



„MODERNISIERTER RECHTSEXTREMISMUS“

EINE HERAUSFORDERUNG FÜR DIE POLITISCHE BILDUNG

RUDOLF VAN HÜLLEN



ISBN 978-3-939826-91-0

INHALT

5 | VORWORT

Wilhelm Staudacher

7 | 1. EINLEITUNG

- 1.1 Problemaufriss 7
- 1.2 Vorgehen..... 9

11 | 2. DIE RECHTSEXTREMISTISCHE SZENE IN DER BUNDESREPUBLIK

- 2.1 Extremismus.....12
- 2.2 Extremismusprävention durch vorverlagerten
Demokratienschutz.....13
- 2.3 Ideologiemerkmale des Rechtsextremismus14
- 2.4 Organisationsformen des Rechtsextremismus15

18 | 3. ENTWICKLUNG, STRUKTUR UND PERSONAL VON NPD, DVU UND „KAMERADSCHAFTEN“

- 3.1 Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) ..18
- 3.2 Die „Deutsche Volksunion“ (DVU)24
- 3.3 Neonationalsozialistische „Kameradschaften“ 27
- 3.4 Bewertung des Potenzials der „Volksfront von rechts“28
 - 3.4.1 Organisatorische Kapazität28
 - 3.4.2 Wahlerfolge / Wählerpotenzial30
 - 3.4.3 „Gelegenheitsstrukturen“ für rechtsextremistische
Politik32

35 | 4. STRATEGIE UND TAKTIK DES „MODERNISIERTEN“ RECHTSEXTREMISMUS

- 4.1 Rechtsextremistisches Politikverständnis:
Politische Fragen sind Machtfragen.....35
- 4.2 Grundkonzeptionen und Probleme der „Volksfront
von rechts“36
 - 4.2.1 „Kampf um die Köpfe“36
 - 4.2.2 „Kampf um die Straße“37
 - 4.2.3 „Kampf um die Parlamente“38
- 4.3 Taktisches Auftreten.....39
 - 4.3.1 Politischer Stil: Übernahme linksextremistischer
Agitation und Rhetorik40
 - 4.3.2 Überregionale Aktionsformen42
 - 4.3.2.1 „Demonstrationspolitik“42
 - 4.3.2.2 „Wortergreifungsstrategie“44
 - 4.3.2.3 „National befreite Zonen“46
 - 4.3.3 Rechtsextremismus vor Ort47
 - 4.3.3.1 Rechtsextremisten in der Rolle des
„Kümmers“48
 - 4.3.3.2 Beteiligung an örtlichen Institutionen und
Freizeitvereinen50

© 2008, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck, auch auszugsweise, allein mit Zustimmung der Konrad-Adenauer-
Stiftung.

Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.

Druck: Druckerei Franz Paffenholz GmbH, Bornheim.

Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-939826-91-0

4.3.4	Rechtsextremisten in Parlamenten und Kommunalvertretungen	51
4.3.4.1	Themen und Leistungsbilanz.....	51
4.3.4.2	Optionen für Gegenmaßnahmen.....	53
57	5. PROGRAMMATIK	
5.1	Stellenwert politischer Programmatik bei Rechtsextremisten.....	57
5.1.1	Primat revolutionärer Grundsatzanliegen	58
5.1.2	Kernelemente rechtsextremistischer Programmatik.....	58
5.1.2.1	„Systemüberwindung“	58
5.1.2.2	Feindbilder	62
5.1.2.3	Verschwörungstheorien.....	65
5.2	Ideologie- und Grundwerteebene.....	66
5.2.1	„Lebensrichtiges Menschenbild“ als Grundlage völkischer Ideologie.....	67
5.2.2	Volksgemeinschaft als ethnisch bestimmte Zwangskörperschaft	70
5.2.3	Kampf gegen „Menschenrechtsideologie“.....	72
5.2.4	Kulturelle Referenzmodelle: Neoheidnische Visionen.....	75
5.2.5	Geschichtsbild: Vorbild Nationalsozialismus	77
5.3	Mittlere Politikebene: Internationale/europäische /deutsche Politik	79
5.3.1	„Ethnopluralismus“ und Kampf gegen „Globalismus“	79
5.3.2	Ausstieg aus der Europäischen Union	83
5.3.3	Ausstieg aus dem atlantischen Bündnis	84
5.3.4	Verhältnis zum Islamismus.....	86
5.3.5	„Raumorientierte Wirtschaftspolitik“.....	87
5.3.5	Sozialagitation.....	89
92	6. AUSGEWÄHLTE PROBLEME DER EINDÄMMUNG DES RECHTSEXTREMISMUS	
6.1	Verfehltete Strategien	92
6.1.1	Volkspädagogische „Aufarbeitungs“-Strategien.....	92
6.1.2	„Antirassismus“-, Psycho- und Ausgrenzungsstrategien	93
6.1.3	„Antinationalismus“-Strategien.....	94
6.1.4	Orthodox-kommunistische „Antifaschismus“-Strategien	95
6.2	Mit der Partei „Die Linke“ gegen den Rechtsextremismus?	97
6.3	Differenziertes Vorgehen	100
6.3.1	Ignorieren, Totschweigen, Verbieten?	100
6.3.2	Informieren, Aufklären, Argumentieren!	102
104	7. ANHANG: AUSGEWÄHLTE EINFÜHRENDE LITERATUR	
107	DER AUTOR	

VORWORT

Winston Churchill wird das Zitat zugeschrieben, „*die Demokratie ist die schlechteste Staatsform, ausgenommen alle anderen.*“ Damit wollte der britische Staatsmann verdeutlichen, dass die Demokratie jeden Tag neu erarbeitet, ja zuweilen auch unter Schwierigkeiten erkämpft werden muss. Das friedliche Zusammenleben der Menschen in einer pluralistischen Gesellschaft ist keine Selbstverständlichkeit und die geregelte Auflösung von Interessengegensätzen stellt immer neue Herausforderung an die Politik. Dazu gehört, die Demokratie gegen ihre Feinde, gegen die Extremisten gleich welcher Couleur entschieden zu verteidigen.

Diese Auseinandersetzung – insbesondere mit den Gegnern der Demokratie vom rechten Rand unserer Gesellschaft – ist in den vergangenen Jahren schwieriger und vielschichtiger geworden: Die Rechtsextremisten haben ihre Taktik verändert. Sie haben ihr politisches Auftreten organisatorisch und strategisch professionalisiert. Sie versuchen, sich einen bürgerlichen „Anstrich“ zu geben und versprechen sich davon größere Akzeptanz.

Die vorliegende Studie stellt zum einen diese Tendenzen eingehend dar und will damit helfen, Rechtsradikalismus frühzeitig zu erkennen. Sie zeigt aber auch, dass der Rechtsextremismus seine Wurzeln nach wie vor im nazistischen, faschistischen und totalitären Denken hat. Sie beschreibt, dass sich die radikale Rechte nicht scheut, linksextremen Populismus aufzugreifen und sich zu eigen zu machen. Zugleich wirft die Studie ein Schlaglicht auf die handelnden Personen und auf den Widerspruch zwischen bürgerlichem Habitus auf der einen und kriminellen Verstrickungen der politischen Akteure auf der anderen Seite.

Damit will die Studie Grundlagen für ein entscheidendes Ziel legen: Der Rechtsextremismus muss mit allen zur Verfügung stehenden und erfolgversprechenden Mitteln von Rechtsstaat, Politik und Gesellschaft bekämpft werden. Im Mittel-

punkt dieser Auseinandersetzung muss die politische Bildung stehen. Es ist vor allem sie, die in enger Kooperation mit Schulen, Lehrern und Multiplikatoren in zwei Richtungen aktiv werden kann: Sie kann erstens über die Aktivitäten von Extremisten informieren, ihre ideologischen Wurzelgründe freilegen und damit Ansatzpunkte für das Engagement gegen ihre Agitation bieten.

Sie kann aber zugleich den antitotalitären Grundkonsens stärken und gegen Extremismen immunisieren, indem sie für die Demokratie wirbt, indem sie die Vorzüge dieser Staatsform immer wieder neu erklärt, indem sie Demokraten heranbildet und zur Übernahme von Verantwortung für Toleranz, Meinungsfreiheit und Menschenrechte ermuntert. Der antitotalitäre Grundkonsens gegen jede Form von Extremismus, der unserer Demokratie und der Idee der wehrhaften Idee zugrunde lag, droht verloren zu gehen. Wir knüpfen an diesen Grundkonsens an.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat ihre Wurzeln in der Politischen Bildung. Die Demokratie zu stärken, den Wertekonsens zu festigen und politische Willensbildung zu unterstützen, gehört zu ihren Kernaufgaben. Wir wollen die Zukunft der Demokratie sichern – und mit der Demokratie die Zukunft sichern. Zu dieser Aufgabe soll diese Studie einen wichtigen Beitrag leisten.

Wilhelm Staudacher
Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung

1. EINLEITUNG

1.1 PROBLEMAUFRISS

Die Bundesrepublik Deutschland erlebt derzeit die Renaissance eines extremistischen Phänomens, das in Zeiten der weltweiten Auseinandersetzung mit dem militanten Islamismus seltsam anachronistisch wirkt: Der Rechtsextremismus kann durch relativ spektakuläre Wahlerfolge vor allem in einigen der östlichen Bundesländer auf sich aufmerksam machen. Motor und Zentrum dieses Aufschwungs ist die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD).

Die „*Modernisierung*“ der NPD ist freilich in Führungszeichen zu setzen und umfasst in erster Linie drei Aspekte. Erstens hat sich die früher als altbacken reaktionär-nationalistische geltende Partei ideologisch regelrecht *nazifiziert*. Kaum verhüllt vertritt sie offen rassistische und biologistische Auffassungen: Ihre kämpferisch-aggressive Haltung gegen nahezu sämtliche Grundwerte zivilisierter Gesellschaften war nie ausgeprägter als heute.

Zweitens hat sich die NPD ein *neues, geliftetes Image* zugelegt. Sie kennt inzwischen die Regeln des politischen Marketings und die Medienwirkung der Provokation. Modernisiert erscheinen auch die Auswahl und Darbietung ihrer politischen Anliegen, ferner Strategie und Taktik der Partei.

Die „modernisierte“ NPD stellt drittens das *Gravitationszentrum eines rechtsextremistischen Bündnisses* zwischen der ewig gestrigen „Deutschen Volksunion“ (DVU), der NPD und den neonazistischen „Kameradschaften“ dar. Mit ihm wurde die bisherige Zersplitterung der rechtsextremistischen Szene zumindest teilweise überwunden.

Extremismus jeder Art bedarf der politischen Auseinandersetzung. Die Qualität der „modernisierten“ NPD als einer definitiv neuen Partei ist aktuell jedoch eine besondere Herausforderung für die politische Bildung. Sie steht deshalb im Vordergrund dieser didaktischen Handreichung, die jedoch auch die beiden anderen Partner des rechtsextremistischen Bündnisses umfasst.

Besorgte Menschen, die den Rechtsextremismus stets sehr scharf auszu-leuchten pflegen, sehen angesichts des „modernisierten“ Rechtsextremismus die Republik in *Gefahr*. Das ist überzogen: 10-%-Ergebnisse in einigen kleineren Bundesländern sind mit Blick auf die späten 1960er Jahre erstens nichts Neues. Zudem kann eine fragile Struktur von 7.000 Rechtsextremisten mit einigen Verbündeten eine stabile Demokratie von achtzig Millionen Einwohnern nicht aus den Angeln heben. Diese Entwicklung muss wirklichkeitsnah eingeschätzt werden. Politische Hysterie und sensationsorientierte Verzerrung in den Medien führen zur Überbewertung, und damit zur Fehleinschätzung.

Richtig ist, dass die Bundesrepublik mit dem modernisierten Rechtsextremismus ein *Problem* hat. Das ergibt sich aus dem immerhin messbaren Zuspruch gerade jüngerer Wähler zu einer Partei, die sich zu allem Überfluss auch noch vollständig nazifiziert hat und damit gegen den moralischen Gründungskonsens der Republik verstößt.

Probleme kann man lösen, abschaffen oder ignorieren. Ignoriert wurde einerseits durch schlichtes Wegsehen, andererseits durch Inszenierung wirkungsloser und kontraproduktiver Rituale symbolischer Betroffenheitspolitik schon zu lange. Der Versuch, es durch einen entsprechenden Verbotantrag beim Bundesverfassungsgericht abzuschaffen, ist gescheitert.

Zur Lösung des Problems gibt es mithin keine Alternative. Deshalb muss in unserer pluralistischen und demokratischen Gesellschaft dem Rechtsextremismus mit der Kraft der besseren Argumente und gestützt auf die

Überzeugung, dass die Menschen vernunftbegabt und einsichtsfähig sind, der Rückhalt entzogen werden. Politische Bildung kann einen Beitrag dazu leisten, wenn sie offensiv, ohne Scheuklappen, und ohne jene abgestandenen Reflexe agiert, die den Bürger nicht mehr erreichen oder gar abstoßen.

1.2 VORGEHEN

Diese Ausarbeitung richtet sich primär an Verantwortliche der politischen Bildung, die sich mit dem Thema auseinander setzen, allerdings auch an Multiplikatoren und an politische Praktiker, in deren Wirkungsbereich der „modernisierte“ Rechtsextremismus tätig ist. Sie will auch Rückkopplungen über vor Ort gemachte Erfahrungen anregen, um die Kenntnisse über den richtigen Umgang mit rechtsextremistischen Entwicklungen zu verbessern. Selbstverständlich werden Hinweise, Hintergrundinformationen und argumentative Empfehlungen letztlich jedem verantwortungsbewussten Bürger von Nutzen sein.

Der Wissensstand zu rechtsextremistischen Phänomenen ist gerade bei Betroffenen häufig unzureichend. Oft wird er von Pressemeldungen geprägt, die sich dann wiederum mit den eigenen Wahrnehmungen vor Ort nicht decken. Langfristig gefährliche Hintergründe rechtsextremistischer Aktivitäten werden wiederum vor Ort nicht immer erkannt, weil die erforderlichen Informationen zur Einordnung fehlen. Und schließlich: Der politische Praktiker auf kommunaler Ebene hat in der Regel auch andere Sorgen als den Rechtsextremismus.

Kapitel 2 vermittelt daher Grundinformationen über das Extremismusphänomen und seine juristische sowie historisch-politische Bewertung in der Bundesrepublik.

Kapitel 3 gibt einen Überblick über Entwicklung und Potenzial der drei Teile des Bündnisses „Volksfront von rechts“.

Kapitel 4 befasst sich mit Strategie und Taktik des „modernisierten“ Rechtsextremismus. Hier sind die nachhaltigsten Veränderungen gegenüber der früheren politischen Praxis dieses Spektrums feststellbar.

Kapitel 5 dient der grundsätzlichen Auseinandersetzung mit den Zielen und der Ideologie der Rechtsextremisten. Dabei wird besonderer Wert

auf die Kritik grundlegender Kennzeichen der rechtsextremistischen Ideologie gelegt. Sie verdeutlicht, warum der heutige Rechtsextremismus in der Tat ein Feind zivilisierter Gesellschaften und mit den Grundwerten christlich-demokratischer Politik gänzlich unvereinbar ist. In der politischen Auseinandersetzung wird es darauf ankommen, Demokraten mit Argumenten und Informationen gegen den Rechtsextremismus zu versorgen. Dabei müssen den Rechtsextremisten die ethische Verwerflichkeit, aber auch die Widersprüche ihrer Konzeptionen nachgewiesen werden.

Kapitel 6 beleuchtet eine Reihe von Fehlern bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus in der Vergangenheit.

Diese Handreichung zielt auf die politischen Aspekte des Rechtsextremismus. Das Thema „fremdenfeindliche Gewalt“ insbesondere unter Einschluss seiner mehr oder weniger bemühten und daher zweifelhaften Statistiken wird hier nicht behandelt. Auch der Zusammenhang zwischen Rechtsextremismus und bestimmten Jugendkulturen bleibt außer Betracht.

2. DIE RECHTSEXTREMISTISCHE SZENE IN DER BUNDESREPUBLIK

Die Verfassungsgrundlagen und die Staatsräson der Bundesrepublik Deutschland beruhen auf der Erfahrung zweier verheerender Diktaturen im vergangenen Jahrhundert: des Nationalsozialismus 1933-1945 und des sowjetischen „realen“ Sozialismus in den heutigen neuen Bundesländern 1945-1989. Obwohl beide Diktaturbewegungen sich als antagonistische Kontrahenten unerbittlich bekämpften und diametral entgegengesetzte ideologische Ziele verfolgten, wiesen sie in ihrer menschenverachtenden Herrschaftspraxis erhebliche Gemeinsamkeiten auf. Für die Opfer war die ideologische Begründung zumeist nur Nebensache. Für ein Gemeinwesen, das an die Spitze seiner in der Verfassung verankerten Werte den Schutz der unveräußerlichen Menschenwürde des Einzelnen stellt, ist diese Perspektive entscheidend. Für die Väter des Grundgesetzes verlief die Konfliktlinie zwischen solchen totalitären, rechts- wie linksextremistischen Diktaturbewegungen auf der einen und den Verfechtern des demokratischen Verfassungsstaates auf der anderen Seite. Der „antitotalitäre Konsens“ im Grundgesetz geht davon aus, dass extremistische Bewegungen untereinander größere Gemeinsamkeiten als mit demokratischen Strukturen aufweisen. In der politischen Bildung und in der politischen Auseinandersetzung ist es daher zulässig, linke und rechte Diktaturbewegungen miteinander zu *vergleichen*, was keineswegs bedeutet, dass man sie einfach *gleichsetzen* darf.

Der „antitotalitäre Grundkonsens“ begründet zugleich eine gemeinsame Frontstellung von Demokraten aller politischen Richtungen gegen rechts- und linksextremistische Akteure. Sie beruht auf einem demokratischen Grundkonsens, der die institutionelle Sicherung und Gewährleistung von Menschenrechten, Volkssouveränität, Gewaltenteilung, Machtkontrolle und Rechtsstaatsprinzip einschließt.

2.1 EXTREMISMUS

Aus diesem Grundkonsens folgt die „streitbare Demokratie“ mit ihrer Frontstellung gegen jede Form von politischem Extremismus. Im Gegensatz zu der verbreiteten Legende, die Bonner Republik sei auf dem „rechten Auge blind“ gewesen, hat sich das erste Parteienverbot unter der Regierung Adenauer gegen die rechtsextremistische „Sozialistische Reichspartei“ (SRP) gerichtet. Aus diesem Anlass hat das Bundesverfassungsgericht im Herbst 1952 Elemente einer „freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ definiert, die zum Mindestbestand des Verfassungskonsenses gehören:

- Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten,
- Volkssouveränität,
- Gewaltenteilung,
- Verantwortlichkeit der Regierung,
- Gesetzmäßigkeit der Verwaltung,
- Unabhängigkeit der Gerichte,
- Mehrparteienprinzip mit Chancengleichheit für alle politischen Parteien und
- Recht auf verfassungsgemäße Bildung und Ausübung einer Opposition¹.

Es genügt für ein Verbot, wenn sich eine Partei „aggressiv kämpferisch“ gegen eines dieser Elemente des verfassungsrechtlichen Kernbestandes wendet. Es kommt dazu auch nicht darauf an, ob sie ihre Umsturzpläne offen bekennt und damit in absehbarer Zukunft Erfolg haben könnte: „Zu den Absichten, die eine Partei verfassungswidrig machen, gehören auch [...] diejenigen, die sie nur verwirklichen will, wenn die Situation dafür günstig ist.“²

Extremistische Bestrebungen und Gruppen sind gleichwohl keineswegs automatisch unzulässig oder verboten. Sie stellen vielmehr eine zwar unerfreuliche, aber dennoch „normale“ Erscheinung in Demokratien dar.

Die pluralistische Struktur von Gesellschaften fügt sich aus einer Vielzahl individueller Auffassungen, die ihre Berechtigung aus der aufklärerischen Grundannahme einer unveräußerlichen Freiheit und Autonomie des Einzelnen herleiten. Selbst bei einer sehr breiten Zustimmung der Bevölkerung zu den tragenden Elementen des Verfassungskonsenses wird es daher unvermeidbar Personen geben, die diesen ablehnen. Dies ist in pluralistischen Gesellschaften kein Makel, sondern Normalität. Gelegentliche im politischen Raum erhobene Forderungen, „den Rechtsextremismus auszurotten“ gehen nicht nur an der sozialen Wirklichkeit vorbei, sondern lassen auch darauf schließen, dass ihre Protagonisten Schwierigkeiten mit demokratischen Grundprinzipien haben: „Besenreine“ Gesellschaften gibt es angesichts der Grundtatsache des gesellschaftlichen Pluralismus nicht. Wer sie fordert, lässt eine Neigung zu totalitären Zwangslösungen erkennen: Nur Diktaturen können mit Dissens nicht leben und sind gezwungen, eine virtuelle Harmonie mit Floskeln wie „Volksgemeinschaft“ oder „klassenlose Gesellschaft“ vorzutäuschen.

2.2 EXTREMISMUSPRÄVENTION DURCH VORVERLAGERTEN DEMOKRATIESCHUTZ

Die beste Prävention gegen Extremismus ist zweifellos das vorbehaltlose und engagierte Eintreten der Bürger für die bestehende demokratische Ordnung. Daran hat es schon einmal gefehlt: Historiker sind sich weitgehend einig darüber, dass die Weimarer Republik nicht nur am Zangenangriff der Rechts- und Linksextremisten zugrunde gegangen ist, sondern auch deshalb, weil die politische Mitte sich nicht zu einer entschiedenen Verteidigung der Republik aufraffen konnte.

Die Bundesrepublik hat deshalb vorsorglich ein System des sogenannten vorverlegten Demokratieschutzes installiert. Es verzichtet auf ein sofortiges umstandsloses Verbot erkannter verfassungsfeindlicher Bestrebungen, lässt sie aber gleichwohl nicht völlig unbehelligt agieren. Die auf Grund des Art. 78 GG eingerichteten Verfassungsschutzbehörden haben die Aufgabe, solche Bestrebungen ohne polizeiliche Befugnisse zu beobachten und zu analysieren. Um die wirklichen Absichten solcher Bestrebungen einschätzen zu können, dürfen diese Behörden geheime, „nachrichtendienstliche“ Mittel zur Informationsgewinnung einsetzen. Solches Vorgehen ist allerdings nur zulässig gegen Organisationen, bei denen „Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen“ festgestellt werden³. Aus den Ergebnissen der Informationsgewinnung werden zur

Unterrichtung der Öffentlichkeit die jährlichen Verfassungsschutzberichte erstellt.

Verbote extremistischer Bestrebungen sind in zwei Formen möglich:

Erstens kann sich ein Verbot gegen einfache Vereine richten; sie werden durch den Bundesminister des Innern bzw., falls die Organisation nur in einem Bundesland tätig ist, durch den zuständigen Landesinnenminister ausgesprochen. In den letzten fünfzehn Jahren war eine Vielzahl besonders gewaltbereiter rechtsextremistischer Vereine von solchen Verbotsverfügungen betroffen. Zweitens kann sich ein Verbot gegen eine politische Partei richten, dann sind wegen der herausragenden Bedeutung von Parteien in der parlamentarischen Demokratie erhöhte Anforderungen an das Verfahren zu stellen. Parteien sind als verfassungsrechtlich notwendig für die politische Willensbildung des Volkes anerkannt, sie stehen im Rang verfassungsrechtlicher Institutionen und sind Mittler zwischen dem Volk und den Staatsorganen. Schon wegen dieser bedeutsamen Rollen sind nur die Bundesregierung, der Bundestag und der Bundesrat bzw. die entsprechenden Institutionen eines Bundeslandes berechtigt, einen Verbotsantrag zu stellen. Das Verfahren findet gemäß Art. 21 Abs.2 S. 2 GG vor dem Bundesverfassungsgericht statt.

2.3 IDEOLOGIERMERKMALE DES RECHTSEXTREMISMUS

Ideologie dient in extremistischen Bewegungen drei einander ergänzenden Zwecken: Sie stellt erstens ein möglichst umfassendes System von festgelegten und nicht mehr hinterfragten Aussagen bereit, die einer vereinfachten Welterklärung und vermeintlich sicheren Orientierung in der Wirklichkeit dienen. Ideologie will zweitens ihre Anhänger zu Handlungen bestimmen und drittens die daraus erwachsenden Resultate nachträglich rechtfertigen.

Es gibt gemeinsame Elemente totalitärer Ideologien: Fast immer bevorzugen sie dichotomische, bipolare Welterklärungen, die vereinfachte Unterscheidungen in gut-böse, richtig-falsch, gerecht-ungerecht, rückwärts-gewandt-fortschrittlich etc. vornehmen. Deshalb werden bei extremistischen Weltbildern auch stets Feindbilder geschaffen. Während Demokraten im Verkehr untereinander den Begriff des „politischen Gegners“ bevorzugen, ist für Extremisten aller Couleur die Feindbildkonstruktion ein geradezu unverzichtbares Merkmal. Das gilt besonders für den Rechts-

extremismus, der in hohem Maße von der Abgrenzung zum „Anderen“, „Fremden“ lebt. Dieser wird als außerhalb der eigenen, ethnisch oder national definierten Gemeinschaft stehend definiert. Der Gegensatz zu ihm ist absolut, existenziell und nicht durch Kompromisse abzumildern, und – bei Neonationalsozialisten – biologistisch-naturwissenschaftlich begründet und daher unüberwindbar.

Das dominierende Ideologiemerkmal des Rechtsextremismus ist die grundsätzliche Ablehnung der in der Aufklärung gefestigten Überzeugung von der natürlichen Gleichheit im Sinne einer rechtlichen Gleichwertigkeit der Menschen: Zur Überbewertung des „Eigenen“ gehört spiegelbildlich die Abwertung des „Anderen“ als minderwertig. Im Zusammenhang mit dem Bekenntnis zur Ungleichheit steht die ausgeprägte Neigung zu Autoritarismus: Wenn Menschen qualitativ und rechtlich ungleich sind, liegt es nahe, den „Besten“ die Führung der gemeinschaftlichen Belange zu übertragen. Dies kann, muss aber nicht mit dem nationalsozialistischen Führerprinzip begründet werden. Zugleich wird für das eigene Kollektiv größtmögliche Homogenität gefordert: Volksgemeinschaft oder Nation, je nach Ausrichtung der jeweiligen Gruppe.

2.4 ORGANISATIONSFORMEN DES RECHTSEXTREMISMUS

Rechtsextremistische Bestrebungen in der Bundesrepublik treten in unterschiedlichen Organisationsformen auf, die ihrerseits in Traditionen wurzeln und Folgen für politische Ausrichtung und den Stil politischen Auftretens haben.

Den zahlenmäßig größten Anteil bildet nach wie vor das so genannten „rechtsextremistische Parteienlager“, in dem sich NPD, DVU und – je nach Bewertung – die „Republikaner“ befinden. Ihnen gehören mehr als die Hälfte der gegenwärtig etwa 38.600 Rechtsextremisten als Mitglieder an. Die Organisation in förmlich verfassten Parteien war typisch für die so genannte „Alte Rechte“, die auf traditionelle Formen politischer Partizipation setzte, ferner häufig an Traditionen der historischen nationalistischen deutschen Rechten anknüpfte oder versuchte, vermeintliche oder tatsächliche Defizite der demokratischen Parteien in populistischer Manier aufzugreifen.

Die „neonazistische Szene“ kennt keine förmlich verfassten Parteien und verzichtet seit Mitte der 1990er Jahre auch weitgehend auf rechtlich

fassbare Organisationsformen wie Vereine. Ihre rund 4.200 Anhänger sind in so genannten „Kameradschaften“ organisiert. Dies sind lokale, bisweilen dezentral miteinander vernetzte, aber juristisch nicht fassbare Strukturen von in der Regel höchstens 25 Mitgliedern. Sie werden bei Bedarf einfach aufgelöst oder treten gegebenenfalls auch flexibel unter wechselnden Bezeichnungen auf, um repressive Maßnahmen zu behindern. Es gibt keine zentrale Steuerung und nur ansatzweise übergeordnete Strukturen wie die regionalen „Aktionsbüros“.

Die *rechtsextremistische Skinhead-Szene* bildet mit um die 10.000 geschätzten Anhängern einen wesentlichen Teil des rechtsextremistischen „Fußvolks“. Die meisten ihrer Anhänger sind jedoch von Ressentiments geleitet, über ein gefestigtes und ideologisch ausgebildetes Weltbild verfügen sie nicht.

Die politisierten, neonazistischen Segmente der subkulturell geprägten Skinhead-Szene gelten jedoch als Rekrutierungsfeld für Jugendliche, die hauptsächlich über exzessiven Alkoholkonsum und „Events“ wie Skinhead-Konzerte gewonnen werden. Dabei dient die Musik als „Türöffner“ für neonazistisches Gedankengut. Der 1993 verstorbene britische Neonazi und Leadsänger der Band „Screwdriver“ Ian Stuart Donaldson bezeichnete Musik als ideales Mittel, um Jugendlichen den Nationalsozialismus nahezubringen. In den Texten werden Rassismus, Gewalt und Antisemitismus propagiert sowie der Kampf gegen die verhasste Demokratie besungen. Politische Gegner werden als Ungeziefer bezeichnet und in menschenverachtender Form als Gewaltziele definiert. Ein Einbezug der Kritik mindestens eines ausgewählten Musiktextes in Aufklärungsarbeit gegen Rechtsextremismus ist daher sinnvoll.

Praxistipp:

Politische Bildung muss beachten, dass solche „Sortierung“ von Rechtsextremisten soziale Realität selten trifft. Vielmehr bestimmen Überschneidungen, Mischungen, Grautöne das Bild. Extremismus hängt von menschlichen Akteuren mit ihrer charakteristischen Pluralität ab.

Ein zweiter Irrtum ist naheliegend: Leicht wird unterstellt, dass Zugehörigkeiten zur rechtsextremistischen Szene bewusst und vorsätzlich gewählt werden, und dass solche Entscheidungen auch irreversibel seien. Der Irrtum verstellt zum einen die Einsicht in die auch bei Rechtsextremisten höchst differenzierten Politikzugänge; sie können von familiärer Tradition, dem sozialen Umfeld, ja von Zufällen oder Enttäuschungen in die Demokratie und ihre Repräsentanten abhängen. Zum anderen verleitet er dazu, das Ziel diskursiver Extremismusbekämpfung zu verfehlen: Es geht darum, Anhänger des Rechtsextremismus wieder in den demokratischen Konsens zurückzuziehen.

- 1| *Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 23. Oktober 1952, BVerfGE 2, 1 ff.*
- 2| *Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 17. August 1956 (KPD-Verbot), BVerfGE 5,85 (Leitsätze).*
- 3| *So die etwas umständliche, weitgehend ähnliche Formulierung in den Verfassungsschutzgesetzen des Bundes und der Länder. Sie zeigt, dass die Eingriffsschwelle für eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz sehr niedrig liegt: Die Behörde muss das Vorliegen extremistischer Bestrebungen nicht beweisen, die Feststellung von Anhaltspunkten für ihr Vorliegen genügt, um die Beobachtung auszulösen.*

3. ENTWICKLUNG, STRUKTUR UND PERSONAL VON NPD, DVU UND „KAMERADSCHAFTEN“

Der auch im Mittelpunkt der öffentlichen Wahrnehmung stehende handlungsfähige Kern des deutschen Rechtsextremismus wird derzeit durch ein politisches Bündnis von NPD, DVU und Teilen der neonazistischen „Kameradschaften“ mit der NPD als Gravitationszentrum¹ gebildet. NPD und DVU haben ein formelles Bündnis am 15. Januar 2005 als so genannten „Deutschlandpakt“ geschlossen. Er bezieht sich im Wesentlichen auf Wahlabsprachen, die dafür sorgen sollen, dass die beiden Parteien nicht mehr gegeneinander antreten². Die NPD verwendet für die Zusammenarbeit aller drei Partner den Begriff „Volksfront von rechts“. Er ist propagandistisch gut gewählt, entspricht aber nur begrenzt den Tatsachen, denn zumal zwischen den neonationalsozialistischen Kameradschaften und der DVU existiert ein Feindschaftsverhältnis, das von ideologischen Differenzen und auch persönlicher Verachtung in beiden Richtungen geprägt ist.

3.1 DIE „NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS“ (NPD)

Die Gründung der NPD 1964 war der Versuch, in Zeiten einer relativen Schwäche des deutschen Rechtsextremismus eine Sammlungspartei als Wahlplattform für die zersplitterte

Rechte zu gründen. Sie gab sich besitzbürgerlich, pro-westlich, vehement antikommunistisch, nationalistisch, aber durchaus der Marktwirtschaft zugetan. Sie bekannte sich formal zu demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien, unterlegte diesen aber eine dem Grundgesetz fremde völkisch-nationalistische Ausdeutung. Mitte der 1960er Jahre stieß sie auf günstige Rahmenbedingungen. Der Beginn der Ostpolitik, die große Koalition, das Aufkommen einer militant agierenden extremistischen „Neuen Linken“ und nicht zuletzt die wirtschaftliche Rezession 1966/67 trieben ihr Bürger, die sich in ihrem Status bedroht sahen, und Wähler vom rechten Rand der Unionsparteien zu. Ihre Mitgliederzahlen stiegen bis auf 28.000 Personen (1967). 1971 besetzte sie bundesweit 426 Kommunalmandate³. Außerdem zog sie bis 1968 mit insgesamt 61 Abgeordneten in sieben Landtage ein, erzielte dabei bis zu 9,8% (Baden-Württemberg), scheiterte aber bei der Bundestagswahl 1969 knapp an der Sperrklausel.

Danach gelangen ihr keine nennenswerten Erfolge mehr; 1996 erreichte sie mit nur noch 3.240 Mitgliedern (nach Verfassungsschutzangaben 3.500) ihren bisherigen Tiefpunkt. Zu diesem Zeitpunkt übernahm der frühere Bundeswehrhauptmann Udo Voigt (geb. 1950) den Posten des Bundesvorsitzenden. Voigt stützte den vom Jugendverband ausgehenden „Nazifizierungskurs“, indem er für die Aufhebung eines früheren Abgrenzungsbeschlusses gegenüber der Neonazi-Szene sorgte.

Zwar war die „alte“ ebenso wie die „neue“ NPD rechtsextremistisch, und die heutige Parteiführung stellt sich in die Tradition der 1964 gegründeten Partei. Gleichwohl ist es für die politische Auseinandersetzung wichtig, immer wieder darauf hinzuweisen, dass es sich bei der „neuen“ NPD im Grunde um ein völlig anderes Phänomen handelt. Das Bemühen, Wähler durch die Berufung auf vermeintlich bürgerliche Werte zu gewinnen, ist von den Tatsachen nicht mehr gedeckt.

Eine Partei mit nur 7.000 Mitgliedern kann keine wirklich flächendeckende Struktur aufbauen, auch wenn sie angibt, 16 Landesverbände und rund 200 Kreisverbände zu unterhalten⁴. Die Zahl der Ortsgruppen ist nicht bekannt. Die NPD ist regional höchst ungleichmäßig vertreten. Ihre Hochburgen liegen im süddeutschen Raum. Zahlenmäßig stärkster Landesverband ist Sachsen mit mehr als 1.000 Mitgliedern (24 Kreisverbände der NPD), gefolgt von Bayern (37 Kreisverbände und sieben übergeordnete „Unterbezirke“ mit 900 Mitgliedern). Es folgt das viel bevölkerungsreichere Nordrhein-Westfalen, in dem die NPD aber nur 25 Kreis-

verbände angibt, die zusammen 750 Mitglieder organisieren. Nahezu alle Kreisverbände sind nur über Postfächer erreichbar; wie viele von ihnen nur als Phantomstrukturen existieren, ist mithin kaum klärbar. In weiten Teilen der Republik ist die NPD ohne örtliche oder regionale Strukturen und deshalb auch oft nicht wahrzunehmen.

Aus dieser Situation hat die NPD die Konsequenz gezogen, ihre Kräfte so weit als möglich zu konzentrieren, um in einzelnen Schwerpunktregionen den Eindruck einer handlungsfähigen Struktur zu erwecken. Auch die Beteiligung an Wahlen richtet sich nach solchen Erwägungen. Kandidiert wird im Allgemeinen nur, wenn einigermaßen die Aussicht besteht, existierende Sperrklauseln zu überwinden oder zumindest ein Achtungsergebnis zu erzielen. Bestätigt hat sich dies im April 2007 bei vorgezogenen Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt: Die NPD erlangte überall Mandate, wo sie Kandidaten aufgestellt hatte.

Finanziell war die NPD nie auf Rosen gebettet. Sie erhält Spenden nur von Einzelpersonen, oft handelt es sich um Nachlässe und Erbschaften. Die finanzielle Leistungsfähigkeit und Opferbereitschaft ihrer Mitglieder ist begrenzt; man hat es hier nicht mit gutverdienenden Ärzten oder Unternehmern zu tun. Spenden bewegen sich zumeist in überschaubaren Größenordnungen.

Seit ihren Wahlerfolgen auf Kommunal- und Landesebene erhält die Partei allerdings öffentliche Zuwendungen, die teils aus der staatlichen Parteienfinanzierung, teils aus Fraktions- und Sitzungsgeldern stammen. 2005 und 2006 betrug die Einnahmen aus der staatlichen Parteienfinanzierung rund 1,3 Millionen Euro.⁵ Sie sind allerdings in doppelter Hinsicht nicht ohne Risiko: Zum Teil werden sie als Wahlkampfkostenzuschüsse gewährt, wobei sich deren Höhe aus den bei der vorhergehenden Wahl erreichten Stimmanteilen bestimmt. Erleidet die Partei beim Wahlergebnis Rückschläge, führt das oft zu Problemen. Denn in der Regel sind die zugewiesenen öffentlichen Mittel bereits ausgegeben. Sie kann dann durch die Bundestagsverwaltung zu Rückzahlungen veranlasst werden. Zum zweiten sind die Parteien verpflichtet, dem Bundestag jährliche Rechenschaftsberichte über ihre Einnahmen und Ausgaben vorzulegen. Man darf davon ausgehen, dass sie gerade bei einer Partei wie der NPD sehr genau geprüft werden. Wegen Nachlässigkeiten beim Umgang mit Spendenbescheinigungen sah sich die NPD bereits Ende 2006 mit einer Rückforderung in Höhe von 870.000 Euro konfrontiert. Dagegen rief die

Partei in der Dezember-Ausgabe der *Deutschen Stimme* zu Spenden auf. Wenn jeder NPD-Kamerad 100 Euro gebe, so die Parteiführung, könne die Krise abgewendet werden. Diese Erwartungen wurden nicht erfüllt: Bis zum Jahreswechsel habe, so der Parteivorsitzende, die Aktion gut 100.000 Euro erbracht⁶. Die finanziellen Spielräume der NPD bleiben also angesichts begrenzter Eigenmittel gering. Vor allem wird sie sich die Erweiterung des hauptamtlichen Apparates mit seinen hohen Personalkosten nicht leisten können.

Praxistipp:

Es ist wenig sinnvoll, über die Zuwendung öffentlicher Mittel an die NPD zu lamentieren. Die staatliche Parteienfinanzierung war mehrfach Gegenstand von Grundsatzentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts. Mit ihrer Mittlerrolle zwischen Staat und Gesellschaft haben die Parteien besondere verfassungsrechtliche Aufgaben, für deren Erfüllung sie auch angemessene Mittel benötigen. Kämen diese lediglich aus dem gesellschaftlichen Raum, bestände die Gefahr, dass sich einflussreiche Interessengruppen ihnen genehme Parteien regelrecht kaufen könnten. Die jetzige Regelung beruht also auf einem mehrfach sorgfältig abgewogenen Kompromiss. Andererseits können die Zuwendungen schon aus rechtsstaatlichen Gründen ausschließlich von formalen, objektivierbaren Kriterien abhängig gemacht werden. Insofern erhalten demokratische Parteien ebenso wie rechts- und linksextremistische öffentliche Mittel jeweils nach dem Ausmaß ihres Zuspruchs bei den Wählern. Etwas anderes kann nur im Falle eines Parteienverbots gelten, bei dem die Partei aufgelöst und ihr Vermögen eingezogen wird.

Die – wie bei Rechtsextremisten üblich – schwankende Zahl der Mitglieder geben keinen zuverlässigen Aufschluss über das Aktionspotenzial, die geistig-politischen Fähigkeiten und die Entwicklungstrends der NPD.

Die Partei hat sich einerseits durch ihre Bündnispartner ein Umfeld geschaffen, das über ihre eigenen Mitglieder hinausreicht, sie hat es zudem andererseits vermocht, sich einen Stamm zumeist jüngerer, ideologisch gefährlich hoch motivierter Aktivisten, also Kader, zuzulegen. Für den aus dem Linksextremismus stammende Kaderbegriff verwenden Rechtsextremisten die Bezeichnung „politische Soldaten“. Solche Funktionäre haben ihr Leben der Politik geweiht, opfern dafür Karrierechancen, Wohlstand,

soziale Kontakte, unter Umständen Gesundheit. Das Private ist für sie politisch: Entweder es passt sich der nationalen Sendung an oder es existiert nicht. Ein solcher Kader ist bis auf die Partei und bis auf die Sache, der er – in der Vorstellungswelt von Rechtsextremisten – „dient“ weitgehend bindungslos, und zwar sowohl im sozialen und ethischen wie auch im wohnungstechnischen Sinne: Die NPD verfügt über einen festen Stamm von Kadern, die überall dort hingehen, wo die Partei sie einsetzt. Das öffentlichkeitswirksame Auftreten der NPD beruht wesentlich auf dieser geringen Anzahl von Hauptamtlichen.

NPD-Parteisolddaten oder Kader sind relativ jung, wie eine Durchsicht des aktuellen Parteivorstandes belegt. Von den dort aufgeführten 24 Personen sind zwölf vor 1965 geboren. Das bedeutet, dass rund die Hälfte der Parteiführung der NPD kaum 40 Jahre alt ist: Ein derartig jugendliches Profil können andere Parteien nicht bieten. Politisch signifikanter ist freilich etwas anderes: Gut ein Drittel dieser Kader weist einen erheblichen Vorlauf in der Neonazi-Szene auf. Der zeitweilige persönliche Referent des Parteivorsitzenden Udo Voigt, Thomas Wulff, ist dafür ein Beispiel mit besonders herausgehobener Funktion. Die Übernahme solcher z.T. mehrfach vorbestrafter Kader in die Führungsspitze der NPD unterstreicht die Nazifizierung der Partei besonders deutlich.

Der typische NPD-Kader zeichnet sich aber auch durch seine ausgeprägte Neigung zu Straftaten aus. Diese Tatsache steht im Gegensatz zu dem Versuch der NPD, sich als seriöser Partner anzudienen, der die Wiederherstellung von „Recht und Ordnung“ betreibt. Welcher Art diese Ordnung wäre, verdeutlichen die Vorstrafenregister namhafter NPD-Anhänger.

Praxistipp:

Eine Benutzung solcher personenbezogenen Daten sollte sich immer an Zielgruppen richten, die vor der NPD gewarnt oder über sie aufgeklärt werden sollen, nicht an NPD-Leute selbst. Die Erfahrung zeigt, dass der Verweis auf bestimmte, inzwischen der NPD beigetretene Gewalttäter aus der Neonazi-Szene auch DVU-Anhänger in Argumentationsschwierigkeiten bringt und auf Außenstehende abschreckend wirkt. Die DVU kennt nicht nur einen förmlichen Abgrenzungsbeschluss zur Gewaltszene, der Umgang mit solchen Figuren entspricht auch nicht ihrem Image. Solche Widersprüche innerhalb des „Lagers“ sollten genutzt werden.

Unter den prominenteren NPD-Funktionären sind unter anderem einschlägig in Erscheinung getreten:

- Stefan Köster, Landesvorsitzender in Mecklenburg-Vorpommern, Landtagsabgeordneter, wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung gegen eine linke Gegendemonstrantin bei einer NPD-Veranstaltung Anfang 2007 zu einer Geldstrafe verurteilt;
- Ingo Stawitz, NPD-Landtagskandidat in Schleswig-Holstein: wie Stefan Köster;
- Jürgen Rieger, Mitarbeiter „Referat Außenpolitik“ im NPD-Bundesvorstand, langjährige Vorzeigefigur der neonationalsozialistischen Szene: mehrere Geldstrafen wegen Körperverletzung, 1989 Bewährungsstrafe von einem Jahr wegen anwaltlichen Parteiverrats, 1994 Geldstrafe wegen Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Parteien, 2002 Geldstrafe wegen Volksverhetzung;
- Stephan Haase, Landesvorsitzender Nordrhein-Westfalen und Mitglied Bundesvorstand; 1996 Bewährungsstrafe und Geldstrafe wegen Volksverhetzung und Verbreitung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen;
- Manfred Börm, Mitglied im Bundesvorstand und Leiter des Ordnungsdienstes; 1979 wegen Bankraub, Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung und Überfall auf ein Waffendepot der Bundeswehr im so genannten „Bückeburger Prozess“ sieben Jahre Freiheitsstrafe;
- Matthias Paul, ehemals NPD-MdL Sachsen, 2006 Ermittlungsverfahren wegen Besitz kinderpornografischer Schriften;
- Torsten Heise, Mitglied des NPD-Bundesvorstandes, wegen zahlreicher Körperverletzungsdelikte 1996 eine kumulierte Freiheitsstrafe von 20 Monaten;
- Winfried Petzold, Landesvorsitzender Sachsen und Landtagsabgeordneter, im Januar 2004 bei einem Ladendiebstahl ertappt; Verfahren wurde wegen Geringfügigkeit eingestellt,
- Frank Schwerdt, im NPD-Bundesvorstand „Amtsleiter Recht“ und Landesvorsitzender in Thüringen, u.a 1998 neun Monate Freiheitsstrafe wegen Besitz von Schriften, die den Holocaust leugnen;
- Heino Förster, einst Kandidat der NPD zu Landtagswahlen in Schleswig-Holstein, 1993 wegen versuchten Mordes zu vier Jahren Freiheitsstrafe verurteilt;
- Peter Borchert, 2001/2002 NPD-Landesvorsitzender in Schleswig-Holstein; diverse Verurteilungen wegen gefährlicher Körperverletzung, Erpressung und Volksverhetzung, zuletzt im April 2004 wegen illegalen Waffenhandels dreieinhalb Jahre Freiheitsstrafe.⁷

Nach ihrem Selbstverständnis ist die NPD eine Gemeinschaft von „Kameraden“, deren hauptsächlicher Zweck darin besteht, der „nationalen Sache“ zu dienen. Die kleine und gesellschaftlich weitgehend geächtete Partei steht unter gesellschaftlichem Außendruck; das begünstigt ihren inneren Zusammenhalt.

Zugleich gibt es aber gegenläufige Tendenzen, die den inneren Zusammenhalt weniger stark erscheinen lassen, als die Propaganda es glauben machen will:

Erstens: Zu den traditionellen Faktoren, die eine Stabilität des Zusammenhalts gefährden, gehört der Umstand, dass über die inhaltliche Ausfüllung der Propagandaphrasen von der „nationalen Sache“ selbstverständlich unterschiedliche Auffassungen existieren, die zumeist mit persönlichen Karrierevorstellungen und Machtinteressen verbunden sind. Eine beachtliche Zahl von Kameraden, in älteren Parteipublikationen noch als „Kämpfer“ gewürdigt, verschwand fast über Nacht aus der Parteischicht.

Zweitens: Solche Machtkämpfe produzieren reichlich Renegaten und Überläufer. Eine Vielzahl von Menschen hat nach mehr oder weniger langer Zeit der NPD den Rücken gekehrt und seine politischen Aktivitäten eingestellt oder irrlichtert durch die verschiedenen Sekten der rechtsextremistischen Subkultur.

Praxistipp:

Der Ausstieg aus dem rechtsextremistischen Milieu erfordert Mut und verdient Respekt. Allerdings ist es problematisch, solche Aussteiger auf Seminaren als Zeitzeugen einzusetzen. Die Authentizität ihrer Berichte ist kaum überprüfbar, die Ausstiegsmotive können sehr unterschiedlich sein. Nützlicher ist es, Mitarbeiter aus Institutionen einzuladen, die Aussteigerprogramme umsetzen.

3.2 DIE „DEUTSCHE VOLKSUNION“ (DVU)

Die DVU ist ein im deutschen Parteiensystem singuläres Phänomen: Sie „gehört“ in gewissem Sinne ihrem Initiator, Gründer und ersten und einzigen Bundesvorsitzenden, Dr. Gerhard Frey (Jg. 1933). Obgleich sie im

Rechtsextremismus zu den mitgliederstärksten Formationen gehört, kommt sie weitgehend ohne Parteiapparat und ohne regionale Strukturen aus. Dies trug ihr den Ruf ein, eine „Phantompartei“ zu sein, die im Wesentlichen dazu diene, den Verkauf der publizistischen Produkte ihres Vorsitzenden zu unterstützen⁸.

Frey hatte die DVU im Januar 1971 als gewöhnlichen Verein gegründet, um die Anhängerschaft der damals in der Krise befindlichen NPD aufzufangen. Die DVU grenzte sich dabei von der „nationaldemokratischen“ NPD insoweit ab, als sie sich als „national-freiheitlich“ bezeichnete und zahlreiche Lippenbekenntnisse ihrer Verfassungstreue abgab, die allerdings von ihrer geschichtsrevisionsistischen und fremdenfeindlichen Agitation völlig entwertet werden. Sie beteiligte sich zunächst nicht an Wahlen; ihre hauptsächlichen Aktivitäten bestanden in jährlichen „Großveranstaltungen“ in Passau und in rechtsextremistischer Agitation, vorgebracht über die publizistischen Produkte aus dem Hause Frey. Erst 1987 gründete Frey die „Deutsche Volksunion – Liste D“ als Wahlpartei; die Mitglieder des Vereins wurden, sofern sie nicht widersprachen, in die Partei übernommen.⁹ Im gleichen Jahr erzielte sie mit einem Sitz in der Bremischen Bürgerschaft auch den ersten Wahlerfolg auf Landesebene. Bei ihren Wahlkämpfen kompensierte sie das Fehlen eines einsatzbereiten Aktivistenstammes durch finanzielle Potenz, u.a. durch flächendeckende Hauswurfsendungen und aufwendige Plakatkampagnen. Die Mitglieder entfalten kaum Aktivitäten; ihre Zahl schwankt stark. Der Bestand von ursprünglich 4.000 Mitgliedern 1971 wuchs bis zu einem Höchststand von 26.000 in den Jahren 1992/93. Er lag Ende 2006 mit fallender Tendenz bei 8.500. Ähnlich flüchtig gestalteten sich Wahlbeteiligungen und Stimmanteile. Bisweilen scheiterte die DVU trotz scheinbar günstiger Ausgangsbedingungen und erheblicher finanzieller Aufwendungen völlig, andererseits erreichte sie bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 1998 ein Spitzenergebnis von 12,8% (16 Abgeordnete) und konnte 1999 und 2004 in den Landtag von Brandenburg einziehen. Dies zeigt, dass die Partei vor allem in der Lage ist, vorübergehende Proteststimmungen „abzuschöpfen“.

Formal verfügt die DVU über eine Satzung, einen Bundesvorstand, 16 Landesverbände mit entsprechenden Vorständen und Kreisverbände. Ob die Partei allerdings in allen Kreisen tatsächlich vertreten ist, darf bezweifelt werden. Allerdings spielen solche Fragen bei der Bewertung der Organisationskraft der DVU keine sehr große Rolle. Die Möglichkeiten der

DVU, sich in den politischen Prozess einzubringen, hängen offensichtlich hauptsächlich davon ab, wieviel Geld der Vorsitzende Frey in die Partei investiert. Als Miterbe einer Warenhauskette verfügt er über ein enormes Privatvermögen, das u.a. in erheblichem Immobilienbesitz angelegt ist. Es gibt Schätzungen über rund 250 Millionen Euro¹⁰, diese Angaben sind allerdings ungesichert und daher nicht unbedingt für die politische Auseinandersetzung geeignet. Sie beschreiben aber die Größenordnung. Einen Teil dieses Vermögens hat Frey in seinen „Freiheitlichen Buch- und Zeitschriftenverlag GmbH“ (FZ-Verlag) investiert, in dem u.a. neben zahlreichen Büchern vor allem zu einschlägigen historischen Themen die *National-Zeitung / Deutsche Wochen-Zeitung* (NZ) mit einer wöchentlichen Auflage von 40.000 Exemplaren erscheint.

Dennoch ist die DVU nicht nur Marketing-Agentur für das Verlagshaus. Unbestreitbar verfolgt Gerhard Frey politische Ziele, die in seinen verlegerischen und parteipolitischen Aktivitäten auch hinreichend deutlich zum Ausdruck kommen. Er hat andererseits niemals die Gesamtsumme seines Vermögens in seine politischen Ambitionen investiert, sondern weiß offensichtlich dessen Substanz zu wahren. Allerdings hat er in zweistelliger Millionenhöhe Schulden der DVU als Darlehensgeber abgedeckt. Dies sichert ihm zwar einen beherrschenden Einfluss in der Partei, war aber andererseits wirtschaftlich riskant, denn er musste damit rechnen, dieses Geld zu verlieren.

Aus der dominierenden Stellung Freys resultieren auch andere Eigenheiten der DVU: Sie verfügt über keinen nennenswerten organisatorischen Unterbau und auch nicht über ein entwickeltes Parteileben. Die Richtung bestimmt Frey von München aus per Fax¹¹. Zwar war dieses Prozedere wiederholt Gegenstand von innerparteilicher Kritik, gegen die Dominanz der Münchener Zentrale konnte sie sich aber nie durchsetzen.

Bei den Funktionsträgern der DVU handelt es sich zumeist um Personen aus der mittleren und älteren Generation, junge Menschen sind kaum darunter. Die wenigsten von diesen Personen - unter Einschluss der Parlamentarier - hatten vor ihrer Mitgliedschaft in der DVU politische Erfahrungen. Nach außen treten die wenigen Funktionäre betont bürgerlich auf; zumeist stammen sie aus Schichten des unteren Bürgertums. Praktisch allen ist gemeinsam, dass sie irgendein Integrationsproblem mit der Gesellschaft haben. Dies muss nicht unbedingt politischer Natur sein; Abstiegs- und Deklassierungsängste mischen sich offensichtlich mit Erfahrungen des persönlichen wirtschaftlichen Scheiterns.

3.3 NEONATIONALSOZIALISTISCHE „KAMERADSCHAFTEN“

Die neonationalsozialistischen „Kameradschaften“ sind eine relativ neue und für den Rechtsextremismus eher untypische Organisationsform. Sie entstanden seit Mitte der 1990er Jahre als Reaktion auf behördliche Verbote von offen nationalsozialistischen Vereinigungen. Mit zellenartigen, aber möglichst weitgehend vernetzten Gruppen von 10 bis 25 Personen, ohne formelle Mitgliedschaft, Satzung, Vorstand und somit ohne juristisch fassbare Struktur, widersprechen die „Kameradschaften“ in gewissem Sinne der an Größe, Macht und Hierarchie orientierten Tradition des Rechtsextremismus. Kenner der Szene gehen von bundesweit rund 200 Kameradschaftsstrukturen aus.¹² Die „Kameradschaften“ agitieren bevorzugt mit sozialrevolutionären Themen - allerdings natürlich in der Tradition des Strasser-Flügels der NSDAP und der Nationalbolschewisten.

Die „Kameradschaften“ haben sich für die Neonazis als ideales Instrument einer kulturrevolutionären Unterwanderung der Gesellschaft erwiesen. Diese Feststellung gilt allerdings bei weitem nicht für die gesamte Bundesrepublik, sondern allenfalls für den ländlichen Raum, und hier nochmals bevorzugt für die neuen Bundesländer. Sie haben sich in Mecklenburg-Vorpommern eine entwickelte Bündnisstruktur zugelegt, zusammengesetzt aus überregional tätigen Vereinen, die auf Landesebene Dachverbandsfunktionen übernehmen¹³. Einzelne „Kameradschaften“ unterhalten ihrerseits „kulturelle“ Vorfeldorganisationen und Gratiszeitungen, welche ihre Anliegen in scheinbar unverdächtigster Form an den Bürger bringen. Beispiele dafür sind in Mecklenburg-Vorpommern der flächendeckend auf Rügen verteilte *Insel-Bote* einer „Initiative für Volksaufklärung e.V.“ oder die *Stimme der Heimat* des „Heimatbundes Pommern“.

Quellentext: Originalton „Kameradschaften“

Das Blatt erläutert dem „lieben Leser, deutsche Jungen und Mädels“ denn mal ganz nebenbei, was ein „lebensrichtiges Menschenbild“ ist („Das höchste Ordnungsprinzip der Natur innerhalb der menschlichen Art ist das Volk“) und erklärt den Begriff „Rasse: Eine Rasse ist eine Gruppe von Menschen einheitlichen und beständigen Erbgutes“ (*Die Stimme der Heimat*, Zeitung des Heimatbundes Pommern, Ausgabe 1, Jahrgang 2006. Die Titelseite mit Fahnen schwingendem Jungvolk im Emblem entspricht klassischer NS-Ästhetik)

Der ungeschminkte Bezug auf den Nationalsozialismus steht neuerdings im Widerspruch zu einem gewandelten Auftreten und Erscheinungsbild. Die „wachsende Dominanz der ideologisch gefestigten Neonaziszene“¹⁴ innerhalb des unorganisierten Rechtsextremismus geht einher mit dem Bemühen, bei der Bevölkerung Anerkennung zu finden: Glatzen, Springerstiefel, Gewalt und Alkoholexzesse sind out; ordentlicher Kurzhaarschnitt, karierte Hemden, höfliches Auftreten und Hilfsbereitschaft in „öffentlichen Belangen“ sind an ihre Stelle getreten. Das Konzept ist offensichtlich erfolgreich: „Vor allem in ländlich geprägten Gebieten gewinnen Kameradschaften zunehmend an Akzeptanz. In einigen Regionen stellen sie bereits einen Teil des öffentlichen Lebens dar.“¹⁵ Die veränderte Taktik führt auch dazu, dass die rechte Szene weniger polizeiauffällig erscheint als bisher. Zugleich gibt es einen Trend, die Strukturen noch weiter aufzulockern: Frühere Angehörige der „Kameradschaften“ treten nun nicht mehr unter diesem Namen auf, sondern firmieren als „freie Kräfte“ oder „freie Nationalisten“. In Sachsen macht dies schon ein Drittel der früheren neonazistischen Kameradschaftsszene aus¹⁶. Zwar beeinträchtigt diese Tendenz den Zusammenhalt der ohnehin nicht homogenen Szene. Sie bedeutet aber auch, dass Rechtsextremismus schwerer fassbar wird und stärker vor Ort wirkt. Um Gegenmaßnahmen zu ergreifen ist man immer häufiger auf die Einschätzung durch Ortsansässige angewiesen.

3.4 BEWERTUNG DES POTENZIALS DER „VOLKSFRONT VON RECHTS“

3.4.1 Organisatorische Kapazität

Das rechtsextremistische Lager in Deutschland umfasst – unter Einschluss der „Republikaner“ – rund 38.600 Anhänger. Zum Vergleich zählt man heute etwa 30.700 Linksextremisten. Nicht berücksichtigt sind dabei die etwa 60.000 Mitglieder der Partei „Die Linke“.

Zur „Volksfront von rechts“ zählen 7.000 NPD-Mitglieder, die Mehrzahl von 4.200 Neonationalsozialisten, schließlich die mit sinkender Tendenz noch 8.500 DVU-Mitglieder, die aber eher reine Zählgrößen sind. Berücksichtigt man, dass zahlreiche Neonazis inzwischen zugleich NPD-Mitglieder sind und auch Doppelmemberschaften NPD/DVU existieren, so hat man es mit einem Potenzial von bundesweit vielleicht 17.000 Menschen zu tun. Politisch sichtbar wird eine solche Zahl nur dort, wo Rechtsextremisten Schwerpunkte bilden konnten, z.B. in Sachsen mit 1.000 Mitglie-

dern der NPD und rund 900 Anhängern von „Kameradschaften“ und „Freien Kräften“¹⁷, auch hier wurden Doppelmemberschaften nicht berücksichtigt.

Die Aufmerksamkeit der Presse richtet sich auf Regionen, in denen Rechtsextremisten besonders stark sind. Aber entgegen manchen absichtsvollen Ausmalungen wird selbst im Umfeld von NPD-„Hochburgen“ wie Pirna, Sebnitz oder Königstein (alles Sächsische Schweiz) die Straße nicht von marschierenden NPD-Kolonnen beherrscht. Im Gegenteil: Trotz Schwerpunktbildung ist die NPD auch dort so marginal, dass man keine Anlaufstellen der Partei in Gestalt von Geschäftsstellen der Partei oder den viel berufenen „Bürgerbüros“ ausfindig machen kann.

Praxistipp:

Auf diesen Umstand sollte besonders bei Zielgruppen hingewiesen werden, die nicht aus solchen angeblichen „Hochburg“-Regionen stammen. Anders als mancherorts in den frühen 1990er Jahren muss auch kein Passant befürchten, von rechtsextremistischen Banden angepöbelt zu werden. Allerdings ist einzuräumen, dass auch zivilgesellschaftliche Institutionen und die demokratischen Parteien besonders in ländlichen Gegenden der neuen Bundesländer kaum anzutreffen sind.

In Mecklenburg-Vorpommern gelang es der NPD während des Landtagswahlkampfes 2006, durch massive Plakatierungsaktionen vor allem außerhalb der wenigen Großstädte den optischen Eindruck massiver Präsenz zu erwecken. Allerdings war dies das Ergebnis einer großangelegten Aktion, zu der Personal aus Sachsen und aus den alten Bundesländern herbeigeschafft wurde und die im Etat der Partei nach eigenen Angaben mit 40.000 Euro zu Buche schlug.

Für die politische Wirksamkeit einer Partei ist die Anzahl der Kader entscheidend, die ihr für politische Arbeit, möglichst hauptamtlich, zur Verfügung stehen. Extremisten haben hier traditionell einen Vorteil gegenüber bürgerlich-demokratischen Parteien, da sich ihre Anhängerschaft in größerem Umfang aus Fanatikern rekrutiert, die ihrer politischen Mission auch Beruf und Privatleben unterordnen. Trotzdem bleiben die Möglichkeiten der NPD beschränkt. Sie hat ihre Kräfte in den neuen Bundesländern konzentriert und verschiebt bewegliche Kader von West nach Ost, weil die Kaderdecke insgesamt sehr dünn ist. Unter Einschluss der im

Umfeld der Landtagsfraktionen angestellten Personen und der „Ehrenamtlichen“ (größtenteils Arbeitslose und Rentner) kommt man für die NPD günstigenfalls auf rund 70 Personen. Damit ist über deren intellektuelle Qualität noch nichts gesagt.

3.4.2 Wahlerfolge / Wählerpotenzial

Die öffentliche Aufmerksamkeit für den Rechtsextremismus wird überwiegend durch zwei Faktoren bestimmt: durch spektakuläre Gewalttaten gegen Einzelpersonen einerseits und durch Aufsehen erregende Wahlergebnisse andererseits. Erfolge bei Landtagswahlen gelangen zuerst der DVU, doch sie hielten nicht lange, weil ihre Fraktionen meist in kürzester Zeit zerfielen. Die NPD konnte ihre Ergebnisse mit der Bundestagswahl 2005 verbessern. Sie erzielte bundesweit mit 748.568 Zweitstimmen 1,6%. Dabei lag ihr Zweitstimmenanteil in den alten Bundesländern bei 1,1%, in den neuen aber bei 3,6%. Die Verteilung war – wie in den alten Bundesländern – auch in den neuen nicht gleichmäßig. In Sachsen fuhr die NPD 4,8% ein, in Thüringen 3,7% und in Mecklenburg-Vorpommern 3,5%. Insofern kam der Einzug in die Landtage von Sachsen (19. September 2004 mit 9,2%) und in Mecklenburg-Vorpommern (17. September 2006 mit 7,3%) nicht wirklich überraschend. Eher schon hat das Ausmaß der rechtsextremistischen Stimmanteile schockiert. Allerdings gibt es nachvollziehbare Ursachen für diese Ergebnisse: Die beiden kleinen Bundesländer sind mit besonderen sich aus dem Umbruch nach der Wiedervereinigung ergebenden und die NPD begünstigenden „Gelegenheitsstrukturen“ belastet. Man kann daher den Erfolg der NPD bei den beiden Landtagswahlen keinesfalls auf die bundesweite Situation hochrechnen. Andererseits sind sie insofern beunruhigend, als die Stimmen nicht für eine scheinseriöse („Republikaner“) bzw. um ein „bürgerliches“ Ambiente zumindest vordergründig bemühte Partei (DVU) abgegeben wurden, sondern für eine Gruppierung, die offen neonationalsozialistisch auftrat und den Institutionen und Grundwerten der Demokratie insgesamt den offenen Kampf angesagt hatte.

Betrachtet man die Wählermotivation, so fällt auf, dass die NPD keinen auf ihre Kandidaten zugeschnittenen Persönlichkeitswahlkampf geführt hatte. Diese Botschaft war angekommen. Die Motivation der Wähler, ihre Stimme für die NPD abzugeben, bezog sich auf die von der Partei thematisierten Politikfelder, und nicht viel anders stellen sich die Werte für die Wiederwahl der DVU in den Landtag des Landes Brandenburg dar:

	DVU Brandenburg 2004	NPD Sachsen 2004	NPD Mecklenburg-Vorpommern 2006
Arbeitsmarktpolitik	50%	57%	39%
Soziale Gerechtigkeit	28%	28%	34%
Wirtschaftspolitik	30%	26%	nicht erhoben
Migrationspolitik	28%	38%	40%

Es scheint plausibel, dass sich die Wähler durch die von der NPD in den Vordergrund gestellten Themen mindestens emotional angesprochen fühlten. Dazu ist keine entschiedene Zustimmung zur NPD an sich erforderlich: Die ursprünglich von links akzentuierte und von der NPD nur gewendete Kritik an Globalisierung und Arbeitsmarktpolitik beispielsweise kann auf den ersten Blick plausibel erscheinen. Sie kann zur Wahl der NPD führen, wenn man berücksichtigt, dass die Bürger in den neuen Bundesländern generell geringere Vorbehalte gegen eine Stimmabgabe für extremistische Parteien hegen. Andererseits kann eine solche Entscheidung nicht dahingehend interpretiert werden, die Wähler hätten die Parolen der NPD in ihrem gesamten Zusammenhang von Ideologie und Fernzielen der Partei durchschaut und diesen bewusst zugestimmt. Selbst in einem solchen *worst case* Szenario dürfte allerdings politische Bildung nicht kapitulieren. Es gehört zu den demokratischen Grundüberzeugungen, dass Menschen prinzipiell einsichts- und lernfähig sind.

Gegen die Annahme einer ideologisch gefestigten und mit Argumenten nicht mehr erreichbaren rechtsextremistischen Wählerschaft spricht im Übrigen auch die Herkunft der NPD-Wähler. Bei der Landtagswahl in Sachsen (19. September 2004) stammten rund 40% der NPD-Stimmen von bisherigen Nichtwählern, 17% von Jung- und Erstwählern. Fast 25% waren frühere CDU-Wähler; 6% frühere PDS-Wähler, rund 2% frühere SPD-Wähler. Bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern (17. September 2006) bezog die NPD 21% aus dem Fundus der Nichtwähler, 13% aus Jung- und Erstwählern, 23% aus früheren CDU-, 13% aus früheren SPD- und 8% aus früheren PDS-Wählern. Insofern die NPD als Zielgruppe auf junge Leute gesetzt hatte, ging ihre Rechnung auf: Unter den Jung- und Erstwählern erreichte sie in Sachsen einen Stimmenanteil von 21%, in Mecklenburg-Vorpommern immerhin noch von 17%. Auch in dieser jungen Altersgruppe war sie bei männlichen erfolgreicher als bei weiblichen Wählern.

Der Anteil an Jungwählern in diesen Bundesländern alarmiert. Zwar kann nicht automatisch davon ausgegangen werden, dass sich bei einer ersten Stimmabgabe bereits ein Stammwählerverhalten ausbildet, aber es besteht Handlungsbedarf, damit nicht eine neonationalsozialistische Partei bei Teilen der jungen Generation dauerhafte Akzeptanz erlangt.

Anders stellt sich die Situation in Berlin dar. Bei den dortigen Wahlen konnte die NPD in die Bezirksvertretungen von Lichtenberg-Hohenschönhausen, Treptow-Köpenick und Marzahn-Hellersdorf jeweils in Fraktionsstärke einziehen, in die Vertretung des Bezirks Neukölln, einen sozialen Brennpunkt im früheren Westteil der Stadt, entsandte sie zwei Vertreter. Von Interesse ist hierbei, dass die drei östlichen Bezirke besonders stark durch ehemalige DDR-Eliten bewohnt werden und insofern von typisch stalinistischer Sozialisation eines relevanten Teils ihrer Bewohner geprägt sind; in Lichtenberg befand sich die Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). Hier lagen die hauptsächlichen Wahlerfolge in jenen Plattenbausiedlungen, die überwiegend von den „kleinen Blockwarten“ und niedrigen Chargen des SED-Regimes bewohnt werden.

3.4.3 „Gelegenheitsstrukturen“ für rechtsextremistische Politik

Um den Wählerzuspruch in dauerhaften politischen Einfluss zu verwandeln, muss erstens ein politisches und personelles Angebot vorhanden sein, zweitens eine Nachfrage existieren und drittens müssen die Rahmenbedingungen für rechtsextremistische Erfolge, so genannte „Gelegenheitsstrukturen“ vorhanden sein. Sie sind offensichtlich derzeit nicht in allen Bundesländern gleichermaßen gegeben.

- Das neonazistisch-rechtsextremistische Politikangebot wird nicht mehr überall spontan und moralisch begründet abgelehnt. Während im Westen die Ächtung zumindest antisemitisch und neonationalsozialistischer Bestrebungen weiterhin zum gesellschaftlichen Konsens gehört, ist dies in den neuen Bundesländern nicht im gleichen Maße der Fall. Die Vermittlung demokratischer Werte und eines entsprechenden Geschichtsbildes war hier offenbar nicht durchgängig erfolgreich.
- Es gibt in den neuen Bundesländern mentale Prägungen aus der SED-Diktatur, die Gelegenheitsstrukturen für rechtsextremistische Politik begünstigen. Dazu zählen ein verbreitetes Bedürfnis nach patriarchalischer, obrigkeitlich gesteuerter Sozialversorgung, die stärkere Vorliebe für kollektivistische und egalitäre Werte, schließlich auch größere Skepsis gegenüber liberalen und marktwirtschaftlichen Ideen.

- Die Strukturen demokratischer Parteien und zivilgesellschaftlicher Institutionen sind außerhalb der Städte im Osten schwach ausgeprägt. Das schafft Raum für rechtsextremistische Angebote, die zunächst als „zivilgesellschaftliche“ Dienstleistungen einher kommen, aber stets politisch-extremistisch unterlegt sind.
- Generell schaffen auch die Verunsicherung durch raschen wirtschaftlichen und sozialen Wandel, technologischer Fortschritt sowie die Komplexität und Undurchschaubarkeit transnationaler Politik- und Wirtschaftsbeziehungen („Globalisierung“) Gelegenheitsstrukturen für populistische Agitatoren, darunter eben auch Rechtsextremisten.
- Die thematische, generationelle und moralische (Bankrott des realen Sozialismus) Erschöpfung spezifisch linker sozialer Bewegungen („Frieden“, Umwelt, Soziales) bzw. ihre weitgehende Überleitung in die Strukturen formal verfasster Parteien hat die Wiederbelebung des herrenlos gewordenen Modells „soziale Bewegung“ durch die politische Konkurrenz begünstigt. Abgekupfert werden dabei strategische Konzepte, Taktiken und Aktionsformen, aber auch Themen und eingeschlifene Vorurteilsstrukturen bis hin zur wörtlichen, lediglich in anderen ideologischen Zusammenhang gesetzten Übernahme von Parolen.

Es genügt demnach nicht, bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus die politischen Angebote, die Aktionen und das Personal der Rechtsextremisten ins Visier zu nehmen. Auch die Veränderung der Gelegenheitsstrukturen kann ein Schlüssel zur Bekämpfung des Rechtsextremismus sein.

- 1| Vgl. die neuere Broschüre des Bundesamtes für Verfassungsschutz, *Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) als Gravitationsfeld im Rechtsextremismus*, Dezember 2006, als PDF-Datei unter www.verfassungsschutz.de. Vermutlich meint der Titel, dass die NPD das Gravitationszentrum des Rechtsextremismus darstellt.
- 2| Demnach wird die NPD 2009 bei der Bundestagswahl, die DVU bei der Wahl zum Europaparlament antreten. Bei den Landtagswahlen wird die DVU in Sachsen-Anhalt, Hamburg, Thüringen und Brandenburg antreten, die NPD in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen. Insbesondere die Regelung zu den Landtagswahlen begünstigt die DVU.
- 3| Die aus mehreren Quellen geschöpfte Zahl bei Katharina Beier u.a., *Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns*, Greifswald 2006, S. 24.
- 4| Homepage der NPD (abgefragt 23. Februar 2007). In Niedersachsen existieren parallel zu den Kreisverbänden auch „Unterbezirke“, die nicht weiter untergliedert sind.

- 5| *Angaben aus den Innenministerien der Länder und des Bundes, „Die Welt“ vom 16. Mai 2007.*
- 6| *„Deutsche Stimme“, Februar 2007. Dass die „Erfolgsmeldung“ erst im Februar abgegeben wurde, deutet darauf hin, dass die Partei keinen nennenswerten weiteren Aufwuchs des Spendenstocks mehr registriert hat und auch nicht mehr erwartet.*
- 7| *Die vorgenannten Angaben sind belastbar. Sie stammen entweder aus Verfassungsschutzberichten, aus gesicherten Presseinformationen oder aus seriösen wissenschaftlichen Veröffentlichungen, die bisher nicht angefochten wurden.*
- 8| *Dabei handelt es sich derzeit vor allem um die „Deutsche National-Zeitung“ (DNZ) mit einer Auflage von (2005) rund 40.000 Exemplaren. Ursprünglich vertrieb Freys Verlagshaus noch den „Deutschen Anzeiger“, in den 1970er Jahren war allein die DNZ auf eine wöchentliche Auflage von mehr als 100.000 Exemplaren gekommen.*
- 9| *Der Zusatz „Liste D“ verschwand 1991; die Parallelität von Partei und Verein existiert bis heute fort.*
- 10| http://de.wikipedia.org/wiki/Gerhard_Frey (8. März 2007)
- 11| *Soweit ziemlich übereinstimmend die bisherigen Veröffentlichungen zur DVU: z.B bei Armin Pfahl-Traughber, Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, 3. Aufl., München 2001, S. 13.*
- 12| *Benjamin Fischer, Ueckermünde - ein Refugium des Rechtsextremismus?, Politikwissenschaftliche Arbeitspapiere Universität Greifswald Heft 2, Greifswald 2006, S. 16.*
- 13| *Es handelt sich um das „Nationale und Soziale Aktionsbündnis Mitteldeutschland“; unterhalb dieser Struktur agieren in den Landesteilen Mecklenburg und Vorpommern die „Mecklenburgische Aktionsfront“ und das „Soziale und Nationale Bündnis Pommern“. Letzteres hieß bis 2005 „Pommersche Aktionsfront“. Der Name schien dem neuen reputierlichen Image der Neonazis nicht mehr angemessen (Beier u.a., Die NPD..., a.a.O., S. 33-35).*
- 14| *Verfassungsschutzbericht Mecklenburg-Vorpommern 2005, S. 2.*
- 15| *Diese Einschätzung stammt nicht von Journalisten, die gerne zur Beschwörung der „rechten Gefahr“ neigen, sondern vom sächsischen Verfassungsschutz: Rechtsextremistische Jugendszene im Freistaat Sachsen, Dresden April 2006, S. 5.*
- 16| *Ebenda., S. 4.*
- 17| *Für das erste Halbjahr 2006 gibt der sächsische Verfassungsschutz 3.230 Rechtsextremisten im Freistaat an; im Verhältnis zur Einwohnerzahl sei Sachsen damit bundesweit führend (Entwicklungstendenzen im Extremismus im Freistaat Sachsen im 1. Halbjahr 2006, www.sachsen.de/de/verwaltung/verfassungsschutz). Nur rund ein Drittel der „Freien Kräfte“ sei neonazistisch geprägt, die übrigen subkulturell, also der Skinhead-Szene zuzurechnen. Damit gehören sie allerdings zweifellos auch zum Rechtsextremismuspotenzial.*

4. STRATEGIE UND TAKTIK DES „MODERNISIERTEN“ RECHTS-EXTREMISMUS

4.1 RECHTSEXTREMISTISCHES POLITIKVERSTÄNDNIS: POLITISCHE FRAGEN SIND MACHTFRAGEN

Die NPD versteht sich als „revolutionäre Partei“, ebenso sehen sich die neonationalsozialistischen „Kameradschaften“. Die Rhetorik beider Gruppen ist gesättigt mit Begriffen wie „Kampf“ und „nationaler Widerstand“, getränkt von der Vorstellung, dass die Übernahme der Macht durch die „nationale Opposition“ und nicht etwa nur ihre Beteiligung am „System“ das Ziel seien. Für Rechtsextremisten ist Politik nicht Kompromiss, nicht Ausgleich und nicht Diskurs. Kampf um politische Macht wird in militarisierten Kategorien begriffen.

Soweit die Rechtsextremisten heute ihren Arbeitsschwerpunkt in den neuen Bundesländern sehen, können sie damit wiederum an Prägungen aus SED-Zeiten anknüpfen. Auch für Kommunisten war der Sieg im Kampf um die vollständige Macht entscheidend für den als grundlegenden Bruch verstandenen Übergang in eine neue historische Epoche. Bei Lenin lautete die Kernfrage des Politischen: Wer beherrscht wen?

4.2 GRUNDKONZEPTION UND PROBLEME DER „VOLKSFRONT VON RECHTS“

Für den Erfolg oder Misserfolg der NPD und ihrer Bündnispartner entscheidender als die Programmatik dürfte die „Modernisierung“ von strategischem und taktischem Vorgehen sein. „Modernisierung“ soll dabei in erster Linie verstanden werden als Übernahme zeitgemäßer, an politischem Marketing, Medienwirkung und an Zielgruppenorientierung ausgerichteter Handeln. Seit 1997 verfügt die NPD dazu über das so genannte „Drei-Säulen-Konzept“, das die verschiedenen „Kampffelder“ mit ihren sehr widersprüchlichen Anforderungen harmonisieren soll. „Kampf um die Köpfe“, „Kampf um die Straße“ und „Kampf um die Parlamente“ wurde 2004 durch eine vierte Säule „Kampf um den organisierten Willen“, also um die Bündnispolitik der NPD („Volksfront von rechts“) erweitert.

4.2.1 „Kampf um die Köpfe“

Gemessen am bekannten geistigen Niveau des Rechtsextremismus ist die Proklamation eines „Kampfes um die Köpfe“ an sich schon anspruchsvoll. Kommunisten hätten diese Säule des strategischen Konzepts „ideologischen Kampf“ genannt. Bei der NPD ist er denn auch durch die Theorien des italienischen Kommunistenführers Antonio Gramsci (1891-1937) inspiriert. Gramsci erklärte, es genüge nicht, die politischen Institutionen zu erobern. Revolutionäre müssten vielmehr zuvor ihre Ideen innerhalb von Bildung, Medien, Sinnvermittlungsagenturen und geistigen Eliten zur „kulturellen Hegemonie“ führen und damit die Wertebasis der bürgerlichen Gesellschaft zerstören. Ende der 1980er Jahre fanden solche Konzepte über die Arbeiten des Franzosen Alain de Benoist Eingang in rechtsextremistische Strategiedebatten. Die NPD nimmt sie in bescheidener Form auf. Sie will ihre Ideen über eine „Einbindung von Persönlichkeiten“ und „intellektuelle Netzwerke“ auch in neuen Zielgruppen wie „desillusionierten Umweltaktivisten“ oder „linken Idealisten“ verankern. Auch Marxisten-Leninisten könnten wertvolle Mitkämpfer werden, wenn sie den Sozialismus als Volksgemeinschaft begriffen, heißt es im Strategiepapier der NPD von 1997 zu den „drei Säulen“. Angesichts ihrer Mitgliederbasis sind die Kapazitäten der NPD zu komplexen ideologischen Auseinandersetzungen jedoch begrenzt, auch wenn man mit nahezu allen Beobachtern feststellt, dass das Niveau der ideologischen Schriften und der rechtsextremen Publizistik in den letzten Jahren zugenommen hat.

Wirksamer und gefährlicher könnte der „Kampf um die Köpfe“ durch das allmähliche Einsickern rechtsextremer Ideen, Wahrnehmungsmuster und Sprachcodes sein. Für solcher mentalen Prägung ist nicht erforderlich, dass die Zielgruppen das Konzept der „Volksgemeinschaft“ voll umfänglich verstanden haben und anerkennen. Für die emotionale Übernahme rechtsextremer Ressentiments bieten sich besonders Jugendliche an, die teils mit populistischen Parolen, teils mit Freizeitevents oder Musik gewonnen werden.

4.2.2 „Kampf um die Straße“

Auf öffentliche Wahrnehmung scheint auf den ersten Blick auch der „Kampf um die Straße“ zu zielen. Das hat aus der Sicht der Rechtsextremisten nachvollziehbare Gründe: Neonazistische und antisemitische Aktivitäten treffen in Deutschland auf eine strafbewehrte Missbilligung. Die Möglichkeiten von Rechtsextremisten, solche politischen Inhalte öffentlich vorzuleben, waren daher eher gering. Der breite gesellschaftliche Grundkonsens gegen Rechtsextremismus hatte dazu geführt, dass öffentliche Auftritte selbst von traditionellen, manchmal auch schon von mutmaßlichen Rechtsextremisten praktisch nie ohne Gegenkundgebungen stattfinden konnten.

Zumindest im ländlichen Raum Ostdeutschlands haben sich diese Kräfteverhältnisse heute nachhaltig verändert.

„Kampf um die Straße“ zielt allerdings nicht in erster Linie auf die Wahrnehmung des Grundrechtes der Versammlungsfreiheit, das auch Rechtsextremisten zusteht. Es geht ihnen nicht nur um Argumente und das Werben für Programme und Meinungen, sondern um Reklamation von Machtansprüchen und um Einschüchterung von Gegnern sowie um deren Ausschluss aus dem öffentlichen Raum. „Kampf um die Straße“ ist gerade bei Neonationalsozialisten auch immer im Sinne des Horst Wessel-Liedes das Programm „Die Straße frei den braunen Bataillonen“. Nur vordergründig versammeln sich solche Rechtsextremisten „friedlich und ohne Waffen“ (Art. 8 Abs.1 GG). Tatsächlich stehen ihre Manifestationen trotz aller mühsam taktisch eingeübten Disziplin in einer „Aura der Gewalt“.

Praxistipp :

Bei der Abwägung zwischen Demonstrationsfreiheit und dem Wunsch, Rechtsextremismus zu bekämpfen, kann allzu scharfe Verbotsrhetorik kontraproduktiv sein. Sie wird von rechts anpolitisierten und eventorientierten Jugendlichen nicht verstanden – um die Rückgewinnung u.a. solcher Gruppen für die Demokratie muss es aber gehen. Im Übrigen wird die Polizei für die Unterbindung solchen Treibens ohnehin dann sorgen, wenn sie die öffentliche Sicherheit gefährdet sieht. Rechtsextremisten werden jede Art der Reaktion für sich nutzbar zu machen versuchen. Bei gerichtsfestem Verbot werden sie auf ihren „Martyrerstatus“ verweisen, bei Duldung ihrer Aktionen daraus propagandistischen Nutzen und innere Festigung zu ziehen suchen.

Zweckmäßig ist, auf die gewalttätige Choreografie solcher Aufzüge und auf ihre Ähnlichkeit mit den bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen zwischen SA und Rotfrontkämpferbund am Ende der Weimarer Republik hinzuweisen. Es gibt keinen Grund, nicht darauf zu verweisen, dass sich gewaltbereite linksextremistische Autonome als militante „Antifaschisten“ in der Rolle des historischen Rotfrontkämpferbundes wännen und sich auch so benehmen. Angesichts der „taktischen Zivilisierung“ des Rechtsextremismus geht bei Demonstrationen die Gewalt derzeit in der Regel von linksextremistischen Gegendemonstranten aus. Der seriöse Anspruch solcher Aufmärsche und der oft reklamierte Mitleidsbonus gegenüber linker und behördlicher Verfolgung wird dadurch nachhaltig widerlegt.

4.2.3 „Kampf um die Parlamente“

Die dritte Säule ist für eine Partei, die fortgesetzt Parlamente und Parlamentarismus als „volksgemeinschaftsschädigenden“ Pluralismus verleumdet¹, von nachgeordneter Bedeutung. „Unsere Partei versteht sich als Kampf- und Sammlungsbewegung aller nationalen Kräfte, sie ist kein Wahlverein“² Andererseits war ihre Beteiligung an Wahlen in den neuen Bundesländern in mehrfacher Hinsicht erfolgreich: Sie stützen den Anspruch der NPD, beim Bürger als anerkannte Partei wahrgenommen zu werden, verschaffen – zu Provokationszwecken – ein Presseecho, stellen Übungsfelder für Kader und finanzielle Ressourcen für den Apparat bereit. Die Teilnahme an Wahlen reduziere auch, so das Strategiepapier zu den

drei Säulen schon 1997, „rechtswidrige Behinderungspolitik wegen sonst drohender Wahlanfechtung“. Soweit haben Wahlbeteiligungen für das Bündnis an Bedeutung gewonnen, obwohl sie eher dem modus operandi der schwächelnden DVU entsprechen und von den aktivistischen „Kameradschaften“ mit Misstrauen beäugt werden. Die NPD als Scharnier des rechtsextremistischen Bündnisses sieht es als ihre Aufgabe an, diese strategische Säule beiden Partnern zu vermitteln.

Mit den Wahlergebnissen ist allerdings nicht etwa eine „Parlamentarisierung“ der NPD eingetreten. Das Verhältnis der NPD zu demokratischen Institutionen ist so unversöhnlich feindlich, dass eine „reformistische“ Entwicklung ebenso wenig zu erwarten ist wie bei der NSDAP. Die NPD sitzt in Parlamenten und Kommunalvertretungen, um sie zu missbrauchen, nicht um an ihren Aufgaben konstruktiv mitzuwirken.

Am Rande erwähnenswert ist die Ergänzung der drei Säulen durch den „Kampf um den organisierten Willen“ 2004. Gemeint ist damit die Aufwertung des Bündnisses der „nationalen Opposition“ in den Rang einer strategischen Entscheidung. „Handeln wir künftig noch mehr gemeinsam, denn organisierter Wille bedeutet Macht“, mahnte der NPD-Vorsitzende nach dem Wahlerfolg in Mecklenburg-Vorpommern.³ Unfreiwillig deckt die Beschwörung des Bündnisses die inneren Widersprüche der Gesamtstrategie auf. Die aus taktischen Gründen zivilisierten, gleichwohl aber martialisch wirkenden Aufmärsche des „Kampfes um die Straße“ sind schwerlich geeignet, im bürgerlichen Spektrum Interessenten anzuziehen. Andererseits sind den „Kameradschaften“ die parlamentarischen Anstrengungen als Anpassung an das „System“ verdächtig.

4.3 TAKTISCHES AUFTRETEN

Die „Modernisierung“ des Rechtsextremismus äußert sich auch darin, dass er vermehrt öffentlich in Erscheinung tritt – in den Parlamenten ab Ende der 1980er Jahre, in der Kriminalstatistik ab Beginn der 1990er Jahre durch gewalttätige Übergriffe gegen Ausländer, Fremde und Schwächere⁴, im Straßenbild schließlich durch „Demonstrationen“ im wörtlichen Sinne: Rechtsextremisten lieferten der Sensationspresse Bilder zur Empörung, die zugleich – aus Sicht der Rechtsextremisten – werbend wirkten.

Die Taktiken des rechtsextremen Auftretens sind realitätsnäher, alltags-tauglicher, medientauglicher geworden. Sie bedienen sich propagandistischer Mittel, die auch anderwärts verwendet werden. Rechtsextremisten haben im Wettbewerb um Aufmerksamkeit Vorteile. Einer besteht darin, dass sie Rechtsextremisten sind – für die Auftritte von Bibelforschern interessiert sich niemand. Die Wirkung ihres Auftretens wird durch die Presse nochmals verstärkt. So gerät das Phänomen zu einer Größe, die es nicht verdient. Das alles ist anders als noch vor anderthalb Jahrzehnten, als Rechtsextremismus keine soziale Bewegung, sondern ein Hinterzimmer-Subkulturphänomen ohne gesellschaftliche Relevanz war.

Auf die neue Situation müssen Politik, Bildung, Gesellschaft reagieren. Die Behandlung des „modern“ argumentierenden, relativ realistisch wirkenden, in die Mitte der Bevölkerung zielenden, zu einer sozialen Bewegung zumindest in einigen Teilen der Republik geratenen Rechtsextremismus erfordert einen neuen Realismus. Man muss dem Phänomen argumentativ entgegenreten, ohne es aufzuwerten.

4.3.1 Politischer Stil: Übernahme linksextremistischer Agitation und Rhetorik

Die NPD ist nach ihrem äußeren Auftreten, ihrem politischen Stil und ihrer Agitation keine *antikommunistische* Partei mehr. Darin liegt der wohl radikalste Bruch mit der „alten NPD“ und deren Resten in den Parteistrukturen der alten Bundesländer. Der „nationale Sozialismus“ knüpft mental, sprachlich und auch thematisch an klassische linksextremistische Muster insbesondere realsozialistischer Ausrichtung an. Ziele und Wertekodex der revolutionären Marxisten werden jedoch nicht übernommen. Die sozialistische Vision tritt bei der NPD als Volksgemeinschaft auf – sie knüpft damit gerade nicht wie der klassische Sozialismus an die Ideen der europäischen Aufklärung an.

Die Übernahme linksextremistischer Stilelemente hat unter anderem taktische Gründe. Als im Landesverband Sachsen ein Arbeitskreis „Sozialismus in der NPD“ darüber hinausgehen wollte, wurde das Experiment 1999 „von oben“ beendet.⁵ Der wenig konsistente Charakter der NPD-Ideologie lässt aber weiterhin die Nutzung linksextremistischer Denk- und Deutungsmuster zu.

Systematisch treten dabei hervor:

- eine diffuse Sozialismusvorstellung als konfliktfreie Vergemeinschaftung; bei Kommunisten als „entwickelte sozialistische Gesellschaft“, die keine „antagonistischen Klassengegensätze“ mehr kennt, bei Rechtsextremisten als „Volksgemeinschaft“ auf ethnisch-rassistischer Grundlage;
- Akzeptanz für kollektivistisch-militaristische Verhaltensformen, beim Rechtsextremismus im Wehrmachts- und NS-Kult, beim realen Sozialismus durch die nahtlose Übernahme preußisch-militaristischer Traditionen und Ausdrucksformen in NVA, Grenztruppen und MfS;
- Antiamerikanismus und Antiliberalismus als Chiffre für die Ablehnung liberaler, auf die persönliche Freiheit und Verantwortlichkeit des Einzelnen bezogener Werte und Gesellschaftskonzeptionen;
- Antikapitalismus als deren wirtschaftspolitisches Pendant;
- Antiimperialismus als Reflex auf die weltumspannende Attraktivität des westlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells und seine politischen und militärischen Fähigkeiten;
- schließlich eine mental autoritätsfixierte Grundhaltung, die gesellschaftliche Aktivitäten nicht aus der Initiative des Bürgers, sondern als staatliche Vorgaben erwartet.

Diese Synergieeffekte werden von der NPD, aber auch von den „Kameradschaften“ auf unterschiedlichen Ebenen genutzt.

Die NPD leitet aus der mentalen Verwandtschaft zwischen Rechtsextremisten und SED-Anhängern die Hoffnung ab, das Potenzial der heutigen Partei „Die Linke“ für sich nutzbar machen zu können:

„Die Betrachtung der PDS als ‚kommunistische Partei‘ ist ebenso falsch wie kontraproduktiv. Die PDS sollte in erster Linie als Instrument zur Kanalisierung der wachsenden Unzufriedenheit der Mitteldeutschen betrachtet werden. Das Wählerpotenzial der PDS gehört zu der Personengruppe, die für unsere Thematik besonders empfänglich sein dürfte. Unsere Bestrebungen sollten darauf abzielen, dieses Potenzial der NPD zuzuführen.“⁶

Mit Genugtuung glaubte die NPD feststellen zu können, dass „die Mitteldeutschen geistig keine Bundesrepublikaner geworden, sondern diesem volksfeindlichen System politisch fremd geblieben sind. Mit ihrer Wert-

präferenz für Ordnung, Sicherheit, Gerechtigkeit, Gemeinschaft und Heimat sind sie für die gleichgerichteten Botschaften der nationalen Opposition wesentlich empfänglicher als viele Westdeutsche“.⁷

Solche Berührungspunkte machen es auch möglich, Aktionsformen und politische Rhetorik zu teilen. Die NPD hat die kommunistischen „Pressefeste“ für ihre *Deutsche Stimme* als bundesweite Werbeveranstaltung übernommen; sie versucht sich an „Mahnwachen“, besucht mit der „Wortergreifungsstrategie“ gegnerische Veranstaltungen; das Konzept der „national befreiten Zonen“ knüpft systematisch an Haus- und Platzbesetzungen durch Linksextremisten an. Schließlich übernimmt die NPD bedenkenlos mit leichten Abwandlungen politische Parolen der orthodoxen und der Neuen Linken. Die Bilanzierung einer Spendenkampagne überschrieb der Parteivorsitzende mit „Hoch die nationale Solidarität“ (Original: „Hoch die internationale Solidarität“)⁸, 1996 lancierten NPD und JN eine Kampagne „Gegen System und Kapital, unser Kampf ist national!“ (Original: „Gegen Staat und Kapital, unser Kampf ist international!“⁹, ein „2. Europäischer Kongress der Jugend“ der NPD stand unter dem Motto „Nie wieder Imperialismus! Nie wieder Krieg! Europäischer Nationalismus bis zum Sieg!“ (Original zusammengesetzt aus der alten KPD-/SED-Antifa-Parole „Nie wieder Imperialismus! Nie wieder Krieg“ und der Parole der Neuen Linken „Intifada bis zum Sieg!“)¹⁰. Parolen und Sprachregelungen gegen die „Globalisierung“ kann man praktisch eins zu eins übernommen wieder antreffen.

4.3.2 Überregionale Aktionsformen

„Demonstrationspolitik“, „Wortergreifungsstrategie“ und die Schaffung so genannter „national befreiter Zonen“ sind drei Varianten des überregionalen Auftretens von Rechtsextremisten. Auch hier gilt es, den Effekt überscharfer Wahrnehmung rechtsextremistischer Erscheinungen in der Presse zu beachten. Die tatsächliche Umsetzung dieser drei Taktiken ist nicht mit ihrer propagandistischen Ankündigung identisch. Deshalb ist wiederum das von den Medien in der Öffentlichkeit vermittelte Bild nicht immer richtig.

4.3.2.1 „Demonstrationspolitik“

Unter den Themenfeldern von rechtsextremistischen Demonstrationen standen Eigenwerbung und Agitation gegen die linksextremistische Kon-

kurrenz bzw. staatliche Maßnahmen gegen Rechtsextremismus an der Spitze (123 Fälle im Zeitraum 1998-2004), gefolgt von Sozialagitation (101 Fälle). Demonstrationen zur Verherrlichung des Nationalsozialismus oder der Rolle der Wehrmacht hatten dafür im Durchschnitt höhere Teilnehmerzahlen.¹¹

Für die rechtsextremistische Szene erfüllen Demonstrationen unterschiedliche Zwecke, die ganz überwiegend nach innen auf den eigenen Zusammenhalt gerichtet sind. Sie stabilisieren rechtsextremistische Strukturen, schulen in politischer Praxis Kader, erproben sie in einer Art „Feindberührung“, ziehen bislang unentschlossene Sympathisanten an. Schließlich erzwingen sie aus rechtsextremistischer Sicht Legalität und tragen so dazu bei, dass der „nationale Widerstand“ als normaler Faktor des gesellschaftlichen Lebens erscheint.¹² Für junge und noch unerfahrene Interessenten ist die erstmalige Teilnahme an einem solchen Aufmarsch ein demonstrativer Schritt in die Szene. Der Betreffende kann dabei gesehen werden, lässt politische Zuordnung erkennen und muss mit entsprechenden Reaktionen aus seinem sozialen Umfeld rechnen.

Praxistipp:

Rechtsextremistische Aufmärsche wollen immer auch den politischen Gegner vor Ort provozieren. Sie sollten deshalb niemals unkommentiert stattfinden dürfen. Ob ein Verbot erforderlich ist, müssen nach rechtsstaatlichen Kriterien die zuständigen Behörden entscheiden. Auf politischer Ebene erwecken Verbotsforderungen eher den Eindruck fehlender Argumente und können als Hilflosigkeit ausgelegt werden.

Die NPD verbindet mit Demonstrationen häufig die Hoffnung, sich über einen werbenden Effekt anschließend vor Ort politisch verankern zu können, möglicherweise durch Gründung einer Parteigliederung. Es gilt, solche Erwartungen in ein Negativerlebnis zu verwandeln. Dies kann man durch eine Nachbereitung des Demonstrationsereignisses z.B. in Schulen leisten. Hierbei wäre die thematische Ausrichtung der Demonstration zu behandeln, außerdem kann man anhand der Choreographie des Ereignisses (militaristisches, gewaltorientiertes Erscheinungsbild, Aufklärung über Symbolik und versteckte Bekleidungs-codes der Teilnehmer) den Hintergrund des taktisch eher zivilisiert auftretenden Rechtsextremismus erklären.

Eigene Gegendemonstrationen können als Bekundung der Abwehrbereitschaft sinnvoll sein, sind jedoch auch mit einer Reihe von Risiken behaftet. Sie sollten z.B. eine gewisse Mindestgröße erreichen, damit nicht der Eindruck einer Isolation der Gegenkräfte entsteht. Nutzlose symbolische Rituale sind zu vermeiden. Dazu gehört schon die Verlautbarung von „Betroffenheit“ und „Empörung“ als rhetorische Floskeln. dazu gehören aber auch „Lichterketten“ und Rituale wie „Stricken gegen rechts“. Schließlich ist unerwünschter Zuspruch von Linksextremisten zu vermeiden. Generell sollte man sich an Bündnissen gegen Rechtsextremismus nur beteiligen, wenn man die Inhalte wesentlich bestimmen kann.

Vor dem Unterschreiben eilfertig angebotener Bekenntnislisten ist zu warnen. Für die Konrad-Adenauer-Stiftung als wissenschaftliche Institution gilt, dass sie in solchen Bündnissen nicht in Erscheinung tritt.

4.3.2.2 „Wortergreifungsstrategie“

Auch die „Wortergreifungsstrategie“ ist Ausdruck gestiegenen Selbstbewusstseins unter Rechtsextremisten. Sie besteht darin, gegnerische Veranstaltungen zu „besuchen“ und – wo möglich – durch Redebeiträge für eigene Zwecke umzufunktionieren. Damit wollen Rechtsextremisten einerseits wiederum ihre Präsenz im öffentlichen Raum demonstrieren. Zweitens dient die „Wortergreifungsstrategie“ zur Delegitimierung der Veranstalter und ihrer Themen, während im Erfolgsfalle zugleich gegnerisches Terrain genutzt wird, um rechtsextremistische Ideologie zu verbreiten. „Wortergreifungen“ zielen nicht auf Diskurs, sondern auf Tabubrüche und auf Provokation. Die Agitatoren werden gut vorbereitet sein, und ihre Auffassungen in immer neuen Variationen vortragen. Es besteht die Gefahr, dass den Veranstaltern die Initiative entgleitet, der Themenschwerpunkt sich verändert und die Veranstaltung schließlich thematisch und rhetorisch von den „Besuchern“ beherrscht wird.

Andererseits sollte die Wortergreifungsstrategie“ auch nicht überschätzt werden. Das oben angedeutete Szenario ist mehr als selten. Das rechtsextremistische Lager verfügt nur über sehr wenige Kader, die rhetorisch und argumentativ vor einem gegnerischen Auditorium bestehen können bzw. die den Mut fassen, dergleichen überhaupt zu versuchen. Niemals werden sie allein erscheinen, sondern stets mit einer mehr oder weniger

großen Anzahl von „Kameraden“, die als Claqueure oder nur als schweigende Masse und Drohkulisse wirken. Deren Zusammenrottung vor der Veranstaltung ist demnach ein deutlicher Anhaltspunkt, dass eine „Wortergreifung“ geplant ist. Es bleibt dann durchaus Zeit, vorsorglich Polizei zu benachrichtigen (die Anwesenheit von Neonazis begründet immer die drohende Gefahr der Störung) und vom Hausrecht Gebrauch zu machen. Regelrechte Sprengungen gegnerischer Veranstaltungen durch Rechtsextremisten sind angesichts konsequenter Strafverfolgung nicht üblich – solche Aktionsformen gehörten in der Vergangenheit allenfalls zum Repertoire linksextremistischer Organisationen; abzuwarten bleibt, ob dies von der Konkurrenz noch übernommen wird. In der Praxis bestehen zwischen der propagandistischen Wirkung der „Wortergreifungsstrategie“ und ihrer praktischen Umsetzung deutliche Unterschiede.

Praxistipp:

Es herrscht bei den mit der Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus befassten Institutionen weitgehender Konsens, dass es wenig Sinn macht, Rechtsextremisten auf Präventions- und Aufklärungsveranstaltungen etwa als „Betroffene“ zu Wort kommen zu lassen. Man diskutiert zweckmäßigerweise nicht gerade mit Dealern über Drogenprobleme. Und die von den Rechtsextremisten angekarnte eigene Anhängerschaft wird man ohnehin mit Argumenten kaum erreichen. Bei Veranstaltungen in geschlossenen Räumen können die Einlader über das Hausrecht den Kreis der Teilnehmenden und die Themen bestimmen. Anderes gilt natürlich für Beratungen in kommunalen Gremien und Parlamenten, auch für Diskussionen, die in Vereinen aller Art entstehen können, wenn dort Rechtsextremisten eigene Anhänger als Mitglieder platziert haben. Hier bietet jedoch in der Regel die Satzung eine Handhabe, um unerwünschte und dem Vereinszweck fremde Politisierungen abzuwehren. Im Wiederholungsfall kann man Sanktionen gegen rechtsextremistische Mitglieder bis zum Ausschluss verhängen.

Nützliche Tipps enthält im Übrigen eine neuere, als PDF-Datei im Internet vorhandene Broschüre des Vereins Miteinander e.V./Arbeitsstelle Rechtsextremismus (Hrsg.), *Streiten mit Neonazis? Zum Umgang mit öffentlichen Auftritten von Rechtsextremisten*, Magdeburg, Februar 2007.

4.3.2.3 „National befreite Zonen“

Der Begriff „national befreite Zone“ tauchte erstmalig zu Beginn der 1990er Jahre in NPD-nahen Publikationen auf. Er meinte mit unterschiedlicher Akzentuierung Rückzugsorte in Gestalt von privaten Liegenschaften, Ansätze einer „nationalen Ökonomie“ mit eigenen Ladengeschäften, Buchhandlungen und Gast- und Versammlungsstätten, aber auch die Möglichkeit, im öffentlichen Raum weitgehend ungestört mit rechtsextremistischen Inhalten agitieren zu können, ohne Gegenkräften der Zivilgesellschaft oder behördlichen Maßnahmen ausgesetzt zu sein. Vorbilder für solche Erwägungen waren offensichtlich die in den vergangenen Jahrzehnten entstandenen und teilweise behördlich geduldeten „befreiten Zonen“ des Linksextremismus, z.B. die Hafenstraße in Hamburg oder Kreuzberg in Berlin (West) während der „Häuserkämpfe“ vor 25 Jahren.

Quellentext: Originalton „Junge Nationaldemokraten“

„Befreite Zone bedeutet für uns [...] die Etablierung einer Gegenmacht. Wir müssen Freiräume schaffen, in denen wir faktisch die Macht ausüben, in denen wir sanktionsfähig sein, d.h. wir bestrafen Abweichler und Feinde, wir unterstützen Kampfgefährtinnen und -gefährten, wir helfen unterdrückten, ausgegrenzten und verfolgten Mitbürgern. Das System, der Staat und seine Büttel werden in der konkreten Lebensgestaltung der Aktivisten der Stadt zweitrangig.“

(Artikel „Revolutionärer Weg konkret: Schafft befreite Zonen“ in der Zeitschrift *Vorderste Front* des Nationaldemokratischen Hochschulbundes (NHB) Nr.2 / 1991.) Man beachte allein in dieser Passage die unmittelbaren Übernahmen linksextremistischer Begriffe wie „Gegenmacht“, „System“ oder „Büttel“.

Das Interesse des modernisierten Rechtsextremismus an solchen Konzepten konnte aber niemals in eine offensive Strategie umgesetzt werden: Allerdings erfolgte die Reklamation des Kampfbegriffs mit der üblichen dröhnenden Rhetorik, die leicht darüber hinwegtäuschen konnte, dass wiederum zwischen rechtsextremistischen Allmachtpantasien und der Realität ein gewaltiger Unterschied besteht.

Solche vollmundigen Bekundungen werden von der Presse oft noch propagandistisch verstärkt. „Befreite Zonen“ schwanken von der Vorstellung terrorisierter „no-go-areas“ über die Benutzung von CB-Funkkanälen

durch Rechtsextremisten bis zu rechtsextremistischen Aktivitäten jeglicher Art: „In mehr als 50 Prozent der Artikel wurde ‚national befreite Zone‘ als Synonym für dramatische Zustände verwendet, ohne jedoch den Terminus zu erläutern. [...] Die Berichterstattung in den Medien konstruiert Wirklichkeit.“¹³.

Soweit sich „national befreite Zonen“ auf die neuerdings verstärkten Bemühungen von finanziell potenten Rechtsextremisten beziehen, Immobilien als Versammlungs- oder Schulungsstätten zu erwerben, bleibt festzuhalten, dass es sich um privatwirtschaftliche Geschäfte handelt, die zu unterbinden weder zivilgesellschaftliche Kräfte noch die öffentliche Hand ausreichende Handhabe haben. Der grundgesetzliche Schutz des Eigentums steht dagegen; er gilt auch für Rechtsextremisten.

Etwas anderes gilt allerdings für die politische Nutzung von solchen Liegenschaften als Schulungs- und Versammlungsstätten, zur Abhaltung von rechtsextremistischen Musikveranstaltungen oder als „Geburtstagsfeiern“ getarnten Zusammenkünften mit strafbaren Inhalten. Hier können und sollten Kommunen alle in Frage kommenden bau- und versammlungsrechtlichen Auflagen konsequent nutzen und ihre strengste Einhaltung rechtsstaatlich gewährleisten.

4.3.3 Rechtsextremismus vor Ort

War der Rechtsextremismus zwar seit Gründung der beiden deutschen Staaten vorhanden, aber in der politischen und öffentlichen Wahrnehmung eher unscheinbar, so hat sich diese Situation geändert. Gleichwohl ist das bemerkenswerteste Kennzeichen des „Rechtsextremismus vor Ort“ weiterhin seine ausgeprägte *Asymmetrie*. Sie verläuft zwischen den alten und den neuen Bundesländern, innerhalb der alten nochmals zwischen den nördlichen und den südlichen, ferner zwischen städtischem Areal und ländlichen Gegenden, und auch zwischen wirtschaftlich prosperierenden und unentwickelten Regionen. Vereinfacht gesagt und unter der Annahme, dass auch hier Ausnahmen die Regelhaftigkeit bestätigen: Während das Vorleben einer völkischen Gesinnung in Teilen Ostvorpommerns nicht mehr durchweg gesellschaftlich anstößig wirkt, bleibt das öffentliche Auftreten eines einzelnen Neonazis in west- und norddeutschen Großstädten für den Betreffenden weiterhin mit unkalkulierbaren Risiken verbunden.

Zu den *Gelegenheitsstrukturen* für Rechtsextremisten in den betroffenen Regionen gehört offenbar eine Schwäche oder sogar weitgehende Abwesenheit von zivilgesellschaftlichen Strukturen bzw. der Präsenz demokratischer Parteien. Sinnvermittlungsinstitutionen wie Kirchen und jahrzehntelang eingeübtes Vereinsleben fehlen als Gegenkräfte weitgehend. Wirtschaftliche Unterentwicklung, Arbeitslosigkeit und Bevölkerungsverlust erzeugen depressive Stimmungen. In dieser Situation können neonazistische „Kameradschaften“ ein Vakuum ausfüllen. Ihre Botschaft lautet: Wir sind von hier, wir hauen nicht ab, sondern bleiben und wir tun etwas. Das Angebot hat nur einen entscheidenden Nachteil: Sein Zweck ist der Transport rechtsextremistischer Ideologie.

4.3.3.1 Rechtsextremisten in der Rolle des „Kümmerers“

Die beschriebene Situation hatte sich schon seit einigen Jahren angedeutet und ist keinesfalls mit dem Einzug der NPD in zwei Landtage überraschend entstanden. Schon vor Jahren haben die „Kameradschaften“ ihr Skinhead- und Neonazi-Gewalttäterimage abgelegt und sich als die „netten Nazis von nebenan“ (so der Journalist Toralf Staudt) etabliert. Bürger sollen nicht abgeschreckt, sondern gewonnen werden. Durch allmähliche Unterwanderung im Alltag soll zugleich die Akzeptanz einer „soft“ angelegten Nazi-Ideologie befördert werden. Das kann funktionieren, wenn die Gelegenheitsstrukturen stimmen, wenn niemand oder nur wenige widersprechen oder beim Widersprechen nicht überzeugen.

Was man aus rechtsextremistischer Sicht tun kann, ist schon vor Jahren beschrieben worden:

„Dem Liberalkapitalismus muss eine fundamentalistische nationale Bewegung eine breite Gegenkultur und eine Vielzahl von Gegen-Lebenswelten entgegenstellen [...] Einen ersten Schritt in die richtige Richtung stellen die ‚national befreiten Zonen‘ dar, wo Nationalisten die Jugendkultur beherrschen [...] Mit Aktionen wie Spielplatzsäuberung, Einkaufshilfe oder Liederabende für alte Menschen, Baumpflanzung, Kinderbetreuung oder Lerngemeinschaften wird jenes soziale Engagement gezeigt und jene Volksgemeinschaft vorgelebt, die auch das Wesen des national befreiten Gemeinwesens ausmachen sollen.“¹⁴

Dies solle dazu führen, dass die Nationalisten „in einem Meer von Sympathie“ schwimmen.¹⁵ Dazu brauchen sich die „Kameradschafter“ nicht einmal allzu sehr zu verstellen: Die Strategie entspricht gelebter Volksgemeinschafts-Ideologie. Inzwischen sind die Aktivisten der frühen 1990er Jahre in gesetzteres Alter gekommen, haben eine Existenzgründung hinter sich und geheiratet. Die neu gegründeten hübsch deutsch-ordentlichen Familien einschließlich Nachwuchs fördern die Anerkennung in der Gesellschaft vor Ort. Der Rechtsextremismus hat aufgehört, die Subkultur von mehr oder weniger alkoholisiert und straffällig einher kommenden desintegrierten Jugendlichen zu sein. Selbst martialisch klingende Namen von politischen Strukturen wandeln sich. Bürgerinitiative „Schöner wohnen in Ueckermünde“ – wiewohl gegen ein Asylbewerberheim vor Ort gerichtet und durchaus nicht nur hintergründig fremdenfeindlich gedacht – hört sich gefälliger an als „Aryan Warriors“.

Rechtsextremistisches Auftreten kann sich so in bürgerinitiativähnlichen, sozial-karitativen, freizeitorientierten oder auch kommunalpolitischen Formen vollziehen. Soweit es Serviceleistungen erbringt, die von anderen Institutionen nicht mehr geleistet werden, knüpft es damit an eine soziale und mentale Prägung aus DDR-Zeiten an: Der sozial-patriarchalische Diktaturstaat nahm den Bürgern Eigeninitiative ab und „kümmerte“ sich um fast alles: von der Infrastruktur über Berufsaussichten bis zur Freizeitgestaltung. In diese Lücke springen nunmehr Rechtsextremisten u.a. mit ihrem kommunalpolitischen Engagement.¹⁶

Sie wissen auch, wessen Nachfolge sie antreten, wenn sie Hartz-IV- und Mieterberatungen veranstalten: „Die PDS ist in vielen Plattenbauten vor allem deshalb erfolgreich, weil sie mit Mieterberatungsstellen und ähnlichen sozialen Einrichtungen dort präsent ist, wo die Menschen der Schuh drückt.“¹⁷ Es steht mittelfristig ins Haus, dass die NPD und die „Kameradschaften“ zumindest Teile solcher bisherigen Aktivitäten der an Überalterung aussterbenden Partei „Die Linke“ übernehmen könnten.

Praxistipp:

Mit der „Kümmerer-Funktion“ der Rechtsextremisten ist es allerdings nicht so weit her, wie das zeitweilig in der Presse suggeriert wird. Einem ersten „Bürgerbüro“ der NPD in Lübbtheen (Mecklenburg) sind bisher nur wenige vergleichbare Einrichtungen gefolgt. Trotz vollmündiger Ankündigungen gibt es in Sachsen nicht einmal Partei-Anlaufstellen der NPD. Die vorhandenen Kapazitäten reichen nicht aus. Andererseits sind auch demokratische Parteien in dünn besiedelten Regionen kaum präsent. Das Problem sollte von der Politik zumindest als solches erkannt werden.

4.3.3.2 Beteiligung an örtlichen Institutionen und Freizeitvereinen

Für das Eindringen in die Zivilgesellschaft gibt es seitens der NPD und der „Kameradschaften“ klare Weisungen: Die „Bewegung“ müsse

„[...] auch im bundesrepublikanischen Alltag aktiv sein. Dies kann zum Beispiel in einer örtlichen Bürgerinitiative, in einem Sportverein, der Freiwilligen Feuerwehr oder anderen überparteilichen Organisationen stattfinden.“¹⁸

Auch diese vollmündige Ankündigung hat unmittelbar Besorgnisse ausgelöst über eine alltagskulturelle Unterwanderung durch Rechtsextremisten. Auch in diesem Fall weichen aber Plan und Realität voneinander ab.

Es gibt zweifellos Freizeitvereine, die sich für eine Instrumentalisierung durch Rechtsextremisten eignen. Dazu zählt Fußball als Kampf- und Mannschaftssport. Fußballvereine standen nicht zuletzt auch in der DDR im Ruf, für braunes Gedankengut anfällig zu sein. Dies gilt umso mehr, wenn Vereine von Rechtsextremisten gegründet worden sind.¹⁹

Andere Strukturen sind weniger instrumentalisierbar, vor allem, wenn sie definitiv nicht mal eine vorpolitische Aufgabe haben oder sich mit Hilfe ihrer Vereinssatzungen gegen politische Vereinnahmungen wehren können. Selbst für Vorpommern gibt es keinerlei Hinweise auf „braune“ Löschzüge, soweit es die Freiwilligen Feuerwehren betrifft.

Praxistipp:

Gleichwohl ist darauf zu achten, dass zivilgesellschaftliche Institutionen wie Freizeitvereine, Jugendclubs oder auch Freiwillige Feuerwehren nicht unter die Kontrolle von Rechtsextremisten geraten. Solche Personen werden nicht zögern, die Einrichtungen „umzuwidmen“. Sie sind keine Sachwalter eines allgemeinen öffentlichen Interesses; dies schließt ihre auf Gewalt und Ausgrenzung gerichtete Ideologie aus. In „eroberten“ Institutionen werden sie keinen Pluralismus dulden.

4.3.4 Rechtsextremisten in Parlamenten und Kommunalvertretungen

Politikwissenschaftler haben festgestellt, dass Rechtsextremisten mit einer gewissen Notwendigkeit die Verankerung auf kommunaler Basis suchten – der NPD-Ideologe Jürgen Gansel hatte das eine „geräuschlose völkische Graswurzelrevolution“²⁰ genannt. Dies ergebe sich daraus, dass sie von einem biologistischen Politikmodell ausgingen, bei dem das Bildnis des „Wachsens aus der Wurzel“²¹ oder des Hausbaues, den man nicht mit dem Dach beginnt, Bestandteil von Überzeugungen sei.²² Solche Bilder würden vermutlich schnell leiden, wenn es die Möglichkeit gebe, auf Macht in größerem Umfange zuzugreifen. Insofern sind die Kommunalparlamente Propagandatribünen, Orte der Schulung von Kadern, Möglichkeiten zur Verbreiterung der Basis in der Bevölkerung. Eine irgendwie geartete konstruktive Mitarbeit in kommunalen Vertretungsorganen hat die NPD, haben die Kameradschaften, hat auch die DVU nicht im Sinn.

4.3.4.1 Themen und Leistungsbilanz

Untersuchungen zur Aktivität von NPD- und Kameradschaftskadern in Kommunalparlamenten in Mecklenburg-Vorpommern haben ergeben, dass die Mandatsträger zwar bei Sitzungen anwesend sind, andererseits aber ihre Gestaltungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten bei weitem nicht ausschöpfen. Dies mag auch an ihrer fehlenden Qualifikation liegen. Bemerkenswert ist jedoch, dass Rechtsextremisten sich gerne der mühseligen und an Sachfragen orientierten Ausschussarbeit entziehen und sich bei Debatten schwerpunktmäßig zu solchen Themen melden, die ihnen ideologisch unmittelbar interessant erscheinen oder von denen die sie meinen, sie zumindest verwenden zu können. Die Forschungsgruppe der Universität Greifswald hat am Beispiel der NPD-Abgeordneten in

Anklam – mit einigen Vorbehalten und dem Hinweis auf Vorläufigkeit – sechs Typen von Anträgen unterschieden:

1. Anträge, die sich auf konkrete sozialpolitische Anliegen vor Ort beziehen und somit für die Sozialagitation der NPD nützlich sind,
2. Anträge, mit denen die NPD beansprucht, die Interessen der „kleinen Leute“ gegen „die da oben“ zu vertreten,
3. Anträge, die sich zu einer generellen Kritik am Wirtschaftssystem nutzen lassen,
4. Anträge, die man zu System-, Exekutiv- und Bürokratiekritik verdichten kann,
5. Anträge mit Bezug zum Geschichtsbild (Nationalsozialismus, 2. Weltkrieg),
6. Anträge ohne bestimmtes Profil, aber mit hoher Zustimmungsfähigkeit, geeignet, um den politischen Gegner vorzuführen.²³

Hintergrund: Beispiel für taktische Beweglichkeit in Fallgruppe 6

In der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Lichtenberg – einem Viertel mit hoher SED-Altbelastung, weil sich dort die Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit befand – brachte die NPD über ein Mitglied des Kulturausschusses den Antrag ein, den Obersee-Park in Mies-van-der-Rohe-Park umzubenennen. Bei dem zu Ehrenden handelte es sich um einen deutsch-amerikanischen Architekten (1889-1969) und ausgesprochenen Vertreter der dem Nationalsozialismus suspekten Bauhaus-Schule moderner Architektur. So gesehen hätte eine Umbenennung eher nicht die Zustimmung der NPD, sondern der demokratischen Parteien und der damaligen Linkspartei.PDS finden müssen. Die Bezirksverordnetenversammlung lehnte den NPD-Antrag aber ab; der NPD-Vertreter wurde aus dem Förderverein für den nahe dem Park gelegenen Mies-van-der-Rohe-Bau ausgeschlossen.

In jedem Fall ist dies ein Sieg der NPD, die damit demonstrierte, dass ihre Gegner zwecks symbolischem „Antifaschismus“ auch gegen eigene Überzeugungen votieren.

Die rechtsextremistischen Abgeordneten schlagen also aus ihrer Anwesenheit in den kommunalen Vertretungskörperschaften nur den Gewinn, der sich aus ihrer Sicht lohnt. An einer konstruktiv-gestaltenden Mitarbeit haben sie kein Interesse; das ergibt sich im Übrigen auch aus ihrer Grundhaltung zum Parlamentarismus.

Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass sie die Geschäftsordnung und die normalen Formen des bürgerlichen Umgangs beachten. Dies wird von den demokratischen Parteien und der „Linken“ nicht in gleicher Weise erwidert; vielmehr wird Rechtsextremisten klar gemacht, dass sie nicht als gleichberechtigt akzeptiert werden. Umgangsformen werden nur im allgemeinsten Sinne eingehalten.

Praxistipp:

Ob dies weiterhin so praktiziert werden kann, steht dahin. Es gibt Anhaltspunkte dafür, dass die NPD bereits die Einhaltung formaler Höflichkeitsregeln als Akzeptanzbeweis darstellt und anschließend behauptet, X oder Y seien gegenüber der Partei „gesprächsbereit“ oder „aufgeschlossen“. Sollten sich solche Erfahrungen zu einer durchgehenden Strategie verdichten, wäre entsprechend zu reagieren.

4.3.4.2 Optionen für Gegenmaßnahmen

Die Wahl von Rechtsextremisten in ein Parlament oder eine kommunale Vertretung ist Ausdruck des souveränen Volkswillens. Daraus ergibt sich, dass auch Rechtsextremisten die gesetzlichen und verfassungsmäßigen Wirkungsmöglichkeiten zustehen – mit jeder anderen Auffassung würden Demokraten ihre eigenen Wertgrundlagen demontieren.

Dies unterliegt freilich durchaus einem gewissen Ermessen, das man großzügig oder auch einschränkend auslegen kann.

Allerdings sollte die Wirkung repressiver Maßnahmen auf jüngere Menschen berücksichtigt werden. Differenzierungen in der Gleichbehandlung sind schwer vermittelbar. Das gilt umso mehr, wenn nicht von Anfang an – wie beispielsweise weitgehend noch im Westen der Republik – als allgemeinkundig unterstellt werden kann, dass Rechtsextremisten außerhalb des demokratischen Konsenses stehen.

Maßnahmen administrativer Repression (Veränderung von Geschäftsordnungen zur Einschränkung der Handlungsmöglichkeiten von Rechtsextremisten, Veränderung der Regelungen zur Besetzung von Ausschüssen, Beschränkungen der Redezeit oder der Anzahl mündlicher Anfragen etc.) sollten daher nicht bedenkenlos verwendet werden. Das gilt nicht nur, weil sie bei veränderten Mehrheitsverhältnissen auf die Urheber zurück-

fallen könnten. Sondern auch deshalb, weil dies eine Grundfrage demokratischer Überzeugung ist, die jedem Gewählten die gleichen Chancen zur Ausübung des Mandats bieten muss.

Etwas anderes gilt, wenn sie problemlos vermittelbar sind. Der Schweriner Landtag beschloss eine Regelung, nach der Mitarbeiter der Fraktionen ein polizeiliches Führungszeugnis vorzulegen hatten. Dies traf vor allem die NPD: Der Ausfall vorbestrafter Aspiranten schränkte ihre personelle Auswahl nachhaltig ein. Dennoch war die Maßnahme demokratisch vermittelbar: Warum das höchste Landesorgan das Recht haben sollte, auf vorbestrafte Mitarbeiter lieber zu verzichten, ist leicht zu vermitteln.

Argumentationshinweis:

NPD-Abgeordnete erscheinen vordergründig als fleißige Parlamentarier. Sie erscheinen vollzählig zu Plenarsitzungen und verharren dort bis zu deren Ende, während die Reihen der demokratischen Parteien und der „Linken“ nie vollzählig und von ständigen Kommen und Gehen gezeichnet sind. Weniger erfahrene Besuchergruppen wissen nicht, dass deutsche Parlamente so genannte „Arbeitsparlamente“ sind. Die Hauptarbeit findet in den nicht-öffentlich tagenden, oft mühseligen Ausschusssitzungen statt. Hier werden auch Gesetzesentwürfe zusammengestellt, geprüft und in Kleinarbeit zu brauchbaren Kompromissen entwickelt. Die NPD interessiert solch konstruktive Arbeit nicht. Sie hat vielmehr erklärt, sich nicht in das Hamsterrad der Ausschüsse begeben zu wollen. Ihre demonstrative Präsenz im Plenum ist daher eher als Desinteresse an der Arbeit des Parlaments und als Faulheit zu deuten.

Pädagogisch ist es unumgänglich, so etwas zu erklären.

Nach ersten Aufregungen über die Anwesenheit der unerwünschten Rechtsextremisten in den Parlamenten haben sich einigermaßen brauchbare Standards im Umgang mit ihnen eingespielt. Einen verheerenden Eindruck lieferte anfangs die Gewohnheit, bei einer Wortergreifung eines NPD-Abgeordneten das Plenum zu verlassen. Damit wurde das Parlament auch optisch den Rechtsextremisten überlassen; außerdem wirkte diese Taktik so, als seien die übrigen Fraktionen im Umgang mit den Rechtsextremisten hilflos.

Praxistipp:

Vorzuziehen ist die dosierte Auseinandersetzung:

- Ein allzu detailliertes Eingehen auf NPD-Beiträge oder Anträge wertet diese auf, ist also wenig sinnvoll.
- NPD-Anträge werden grundsätzlich abgelehnt.
- Es genügt, wenn zur Begründung von den anderen Fraktionen jeweils ein Redner spricht.
- Wichtig ist bei scheinbar sachlichen Anträgen oder Redebeiträgen der Rechtsextremisten darauf hinzuweisen, dass sie stets im Sinne ihrer menschenverachtenden Ziele und Wertsysteme zu interpretieren sind. Selbst wo die NPD nur die Aufstellung von Parkbänken vor Seniorenheimen fordert, meint sie im Grunde: Parkbänke nur für Deutsche.

Mit längerer Präsenz in Parlamenten und Kommunalvertretungen werden Rechtsextremisten Erfahrungen sammeln und auch in der Lage sein, sachkundige Kader heranzubilden. Diese Entwicklung sollte man realistisch in Rechnung stellen.

- 1] Zum Beispiel in der Broschüre „Klarheit im Denken und Handeln beim Thema ‚Neue Ordnung‘“ Nationaldemokratische Schriftenreihe Folge 11, Berlin 2001, S. 16: „Wir Nationaldemokraten kritisieren die Verwerfungen eines durch einseitige Parlamentszentrierung deformierten politischen Systems“.
- 2] Aussage der NPD gemäß Verbotsantrag des deutschen Bundestages 2001, Ziff. B.II.2.b.dd. (<http://www.extremismus.com/dox/antrag-bt.htm>)
- 3] Erklärung auf der Homepage des NPD-Bundesvorstandes, Stand: 18. September 2006.
- 4] Es sei darauf hingewiesen, dass im Unterschied zur linksextremistischen Legende diese kriminellen Akte ganz überwiegend nicht das Werk rechtsextremistischer Strukturen, sondern sonstwie gewalttätig konditionierter Einzeltäter waren. Zwar spielten rechtsextremistische Ressentiments dabei durchaus eine Rolle; sie traten aber gegenüber Faktoren wie allgemeiner Verrohung und Alkohol deutlich zurück.
- 5] Vgl. dazu Henrik Steglich, Die NPD in Sachsen, Göttingen 2005, S. 74 ff.
- 6] Strategische Leitlinien zur politischen Arbeit der NPD, Nationaldemokratische Schriftenreihe – Folge 12, Berlin 2002, S. 30.
- 7] Erklärung NPD-Bundesvorstand „Die nationale Achse Dresden-Berlin-Schwerin“, vom 20. September 2006 (Homepage NPD-Bundesvorstand)
- 8] „Deutsche Stimme“, Januar 2007.
- 9] Vgl. Toralf Staud, Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD, Köln 2005, S. 91.

- 10| Vgl. Jan Zobel, *Volk am Rand. NPD: Personen, Politik und Perspektiven der Antidemokraten*, Berlin 2005, S. 55.
- 11| Fabian Virchow, *Dimensionen der „Demonstrationspolitik“ der extremen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland*, in: Andreas Klärner / Michael Kohlstruck (Hg.), *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*, Hamburg 2006, S. 79. Das sehr empfehlenswerte Buch ist über die Bundeszentrale für pol. Bildung erhältlich.
- 12| Zu diesen Funktionen vgl. ebenda, S. 82-88.
- 13| Uta Döring, „National befreite Zonen“. Zur Entstehung und Karriere eines Kampfbegriffs, in: Klärner / Kohlstruck, *Moderner Rechtsextremismus*, a.a.O., S. 200, 201.
- 14| Christian Rogler, „Die nationalistische Avantgarde“, in: Holger Apfel (Hg.), *Alles Große steht im Sturm, Tradition und Zukunft einer nationalen Partei*, Stuttgart 1999., S. 165.
- 15| „Vorderste Front“ Nr. 2, Juni 1991, S. 6, zit. nach Staud, *Moderne Nazis*, a.a.O., S. 133. Mao Tsetung hatte bekanntlich das Bild von der Guerilla entworfen, die in der Bevölkerung „wie Fische im Wasser“ schwimmt.
- 16| Benjamin Fischer, „Die Kümmerer. Die Kommunalpolitik der extremen Rechten in Vorpommern“, in: *Regionale Arbeitsstellen für Jugendhilfe, Schule und interkulturelle Arbeit Mecklenburg-Vorpommern* (Hg.), *Rechts oben. Vorpommern als Modellregion der extremen Rechten*, 2007, S. 31-35.
- 17| Rogler, „Die nationalistische Avantgarde“, a.a.O., S. 165.
- 18| Stefan Köster, *Landesvorsitzender der NPD in Mecklenburg-Vorpommern*, in: „Deutsche Stimme“, September 2006.
- 19| Für die gezielte Strategie gegenüber Fanclubs und Fussballvereinen instruktiv ein Beitrag im „blick nach rechts“ 6/2007 vom 16. März 2007 Richtig ist die dort angedeutete Konsequenz, den Fanclubs zu helfen, sich vom politischen Ballast umgehend wieder zu befreien. Und bei von Rechtsextremisten gegründeten, betriebenen oder kontrollierten Clubs sollte man Möglichkeiten prüfen, sie von öffentlichen Mitteln der Sportförderung auszunehmen.
- 20| Erklärung vom 20. September 2006, NPD-Homepage.
- 21| Mit Belegen aus Aussagen des NPD-Vorsitzenden: Steglich, *Die NPD in Sachsen*, a.a.O., S. 118 f. ; auch Katharina Beier u.a., *Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns*, a.a.O., S. 17 f.
- 22| Staud, *Moderne Nazis*, a.a.O., S. 135.
- 23| Beier u.a., *Die NPD in den kommunalen Parlamenten*, a.a.O., S. 79 f.

5. PROGRAMMATIK

Bei der folgenden Darstellung rechtsextremer Programmatik werden überwiegend Texte der NPD verwendet. Die DVU kennt nur ein Kurzprogramm, das zudem von sprachlicher Verstellung geprägt und von der Praxis der Partei nicht gedeckt ist. Das programmatische Verhältnis zwischen NPD und „Kameradschaften“ hingegen brachte der heutige NPD-Landtagsabgeordnete Michael Andrejewski (Mecklenburg-Vorpommern) zum Ausdruck, als er in der *taz* vom 8. April 2006 erklärte: „Ideologisch sind wir doch sowieso identisch. Also habe ich mich einfach integriert.“

5.1 STELLENWERT POLITISCHER PROGRAMMATIK BEI RECHTSEXTREMISTEN

In Schriften niedergelegte politische Programmatik gilt verbreitet als vernachlässigbarer Aspekt des politischen Geschehens. Im Zweifel, so lautet die Vorstellung, würden politische Grundsätze ohnehin pragmatisch auf dem Altar der Sachzwänge geopfert. Diese Auffassung ist insbesondere mit Blick auf extremistische Organisationen falsch. Historische Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus, dem Stalinismus/Maoismus und neuerdings dem islamistischen Fundamentalismus belegen, dass ideologische Überzeugungen gerade von fanatisch motivierten Organisationen ohne Rücksicht auf die Folgen eins zu eins umgesetzt werden – notfalls unter schrankenlosem Einsatz von Gewalt. Das gilt auch für den taktisch zivilisiert auftretenden „modernisierten“ Rechtsextremismus.

5.1.1. Primat revolutionärer Grundsatzanliegen

DVU, NPD und „Kameradschaften“ stellen ihre tagespolitischen Forderungen in den Dienst ihrer systemüberwindenden Fernziele. Dies gilt sowohl für die mittlere Politikebene als auch für die Aktivitäten auf regionaler und kommunaler Ebene. Auf beiden Ebenen wird z.B. die NPD Themen nur aufgreifen, wenn sie entweder Ausdruck einer gelebten Volksgemeinschafts-Ideologie, also der Grundwerte-Ebene, sind oder wenn sie sich so zuspitzen lassen, dass die Vorschläge der Partei die „Richtigkeit“ ihrer politischen Fernziele zu bestätigen scheinen oder sie auf andere Art mindestens mittelfristig fördern. Dabei kann es vorkommen, dass sie – nachgerade auf kommunaler Ebene – Forderungen erhebt, die isoliert betrachtet vernünftig und sachlich angemessen erscheinen und die auch von Demokraten erhoben bzw. unterstützt werden könnten.

Praxistipp:

In einer Debatte zur Migrationspolitik wird sich die NPD stets zu Wort melden; dieses Thema entspricht ihrem ureigensten Anliegen einer ethnischen Homogenisierung der Gesellschaft durch Ausschluss von Fremden. Auch einer Forderung nach Erhöhung von familienpolitischen Leistungen würde sie vermutlich zustimmen, allerdings garantiert mit dem Zusatz, dass der Kreis der Leistungsempfänger auf Deutsche zu begrenzen sei. Nur so entspricht Familienpolitik der Volksgemeinschaftsideologie der NPD. Die Erfahrung zeigt, dass bei Debatten zu solchen Themen Rechtsextremisten zwar zunächst mit scheinbar sachlichen Ausführungen beginnen, spätestens aber gegen Ende ihrer Redezeit einen Zusammenhang mit ihren ideologischen Fernzielen herzustellen versuchen. Daraus folgt, dass man bei scheinbar sachlichen Einlassungen der NPD und ihrer Bündnispartner als Begründung für eine Ablehnung jeweils für eine Einordnung in den Zusammenhang der menschenverachtenden Ideologie der Extremisten sorgen sollte.

5.1.2 Kernelemente rechtsextremistischer Programmatik

5.1.2.1 „Systemüberwindung“

DVU, NPD und „Kameradschaften“ wollen „das System“ überwinden. „Das System hat keine Fehler, es ist der Fehler“, formuliert dazu eine Parole

der JN in Anlehnung an identische linksextremistische Diktion. Die gebräuchlichen Begriffe „System“, aber auch „Systemparteien“, „Systempresse“, „Systempolitiker“ und „Systemlinge“, gehen auf den Sprachgebrauch der NSDAP zurück. Entsprechende Absichten der „Systemüberwindung“ räumen heutige Rechtsextremisten aber unterschiedlich offen ein.

Argumentationshinweis: Scheinlegalismus der DVU

Lediglich die DVU gibt sich betont verfassungstreu. Ihr schmalbrüstiges „Partei-Programm“ beginnt mit der Behauptung, die Partei bekenne sich „vollinhaltlich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, wie sie im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland verfasst ist“¹. Sie verweist auf den Art. 56 GG, nach dem der Bundespräsident sich bei Amtsantritt verpflichtet, seine „Kraft dem Wohle des deutschen Volkes (zu) widmen, seinen Nutzen (zu) mehren, Schaden von ihm (zu) wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes (zu) wahren und (zu) verteidigen, seine Pflichten gewissenhaft (zu) erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann (zu) üben“. Platt populistisch deklariert die DVU nunmehr als „Wohl des Volkes“ ihr eigenes Programm. Was die DVU wolle, ergebe sich aus dem alle Politiker verpflichtenden Amtseid (der tatsächlich nur Amtsträger, aber nicht alle Politiker verpflichtet). „Dass deutsche Politik in Deutschland endlich wieder gemäß dieser Vorschrift gemacht wird, ist das Hauptziel unserer Partei“, heißt es in der Präambel zum „Partei-Programm“ der DVU. Sodann folgen lauter programmatische Aussagen, die in ihrer Gesamtschau der Rechts- und Verfassungsordnung auf das Gründlichste widersprechen. Im Übrigen belegt die DVU jenseits ihres Lippenbekenntnisses zum Grundgesetz mit jeder Ausgabe der Publikationen aus dem Verlagshaus Frey ihre Verfassungsfeindlichkeit. Deren Agitation ist fremdenfeindlich, verherrlicht die Angriffskriege des Dritten Reiches und relativiert die Massenverbrechen des Regimes.

Bei der NPD gibt es Bekundungen im Programm und aus dem Munde des Parteivorsitzenden, die belegen sollen, dass die Partei nicht die Abschaffung von Demokratie und Rechtsstaat, sondern im Gegenteil deren Befestigung anstrebe. Soweit solche Äußerungen nicht ohnehin als Bestandteil eines verständlicherweise abwiegelnden Kurses im Umfeld des Verbotverfahrens zu lesen sind, verdienen sie auch ansonsten keine Beachtung. In der *Jungen Freiheit* vom 24. September 2004 hat der Partei-

vorsitzende Voigt – offenbar in euphorischer Stimmung fünf Tage nach dem Wahlerfolg in Sachsen – dazu alles Notwendige gesagt:

Quellentext: Interview Udo Voigt in der *Jungen Freiheit* (JF) vom 24. September 2004

Voigt: Es ist unser Ziel, die BRD ebenso abzuwickeln, wie das Volk vor fünfzehn Jahren die DDR abgewickelt hat. Dies geht offensichtlich auch über die Wahlurne.

JF: Bitte?

Voigt: Nach 1945 sind in Deutschland zwei Vasallenstaaten entstanden, die DDR in Mitteldeutschland und die BRD im Westen. Erst wenn beide Vasallenstaaten verschwunden sind, können die Deutschen sich in Selbstbestimmung einen eigenen Staat schaffen, in dem sie frei leben können.

JF: Widersprechen Sie, wenn man da feststellt, dass die NPD zu Recht vom Verfassungsschutz verfolgt wird?

Voigt: Nein, im Grunde ist diese Beobachtung aus Sicht der Vasallenstaaten nachvollziehbar. [...]

JF: Wie hat man sich den Umsturz vorzustellen?

Voigt: Durch revolutionäre Veränderung.

JF: Nämlich?

Voigt: Durch Bewusstwerdung des Volkes über den Zustand der Entmündigung, in dem es sich befindet, und eine demokratische Erhebung dagegen. Dieser Prozess hat am Sonntag mit dem Wahlerfolg der NPD in Sachsen bereits begonnen.

JF: Lenin hielt es für legitim, der Geschichte durch Waffeneinsatz auf die Sprünge zu helfen, wenn die Zeit dafür reif ist.

Voigt: Das kommt für uns nicht in Frage, die NPD erkennt das Gewaltmonopol des Staates und damit dessen Gesetze an.

JF: Also ein legitimistischer Kurs?

Voigt: Wir erstreben zwar die Überwindung der BRD, aber solange sie de facto existiert, werden wir ihre Gesetze befolgen."

Argumentationstipp:

Gegenbild zur demokratischen Verfasstheit der Bundesrepublik ist für die NPD und die Kameradschaften die „Reichsidee“. „Die Wiederherstellung des Deutschen Reiches ist die wichtigste Aufgabe der deutschen Nationalisten“, heißt es im *Politischen Lexikon* der NPD. In diesem Zusammenhang wird oftmals bekundet, das Deutsche Reich sei gar nicht untergegangen, sondern lediglich durch die Verhaftung der Reichsregierung Dönitz (als Nachfolger des Reichskanzlers Hitler) durch die britische Besatzungsmacht handlungsunfähig geworden.

Die Bundesrepublik hingegen sei ein Besatzungsdiktat: „Das deutsche Volk durfte nie in einer Volksabstimmung über das Grundgesetz befinden, weshalb es seit seiner Verkündung 1949 ein schwerwiegendes Legitimationsdefizit aufweist. Eine deutsche Nationalversammlung müsste deshalb eine wirkliche ‚Verfassung‘ verabschieden, als die selbst die BRD-Gründungsväter das Grundgesetz ausdrücklich nicht angesehen haben. Mit der Forderung nach einer Nationalversammlung steht man indes voll auf dem Boden des Grundgesetzes. In Art. 146 heißt es nämlich, dass das GG seine Gültigkeit verliert, wenn eine vom deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossene Verfassung in Kraft tritt.“ (*Argumente für Kandidaten und Funktionsträger*, a.a.O., S. 29 f.)

Der Sachverhalt ist kompliziert, weshalb die Argumentation der NPD einer Widerlegung bedarf. Richtig ist, dass auch nach Auffassung der Staatsrechtslehre das Deutsche Reich mit der Kapitulation am 8. Mai 1945 nicht untergegangen, sondern lediglich handlungsunfähig geworden ist. Es hat sich seit 1949 in zwei Teilen – Bundesrepublik und DDR – neu organisiert: „Mit der Errichtung der Bundesrepublik Deutschland wurde nicht ein neuer westdeutscher Staat gegründet, sondern ein Teil Deutschlands neu organisiert. Die Bundesrepublik Deutschland ist also nicht ‚Rechtsnachfolger‘ des Deutschen Reiches, sondern als Staat identisch mit dem Staat ‚Deutsches Reich‘“ (BVerGE 36,1 ff., Urteil vom 31. Juli 1973 – Grundlagenvertrag –). Dem stand allerdings das Wiedervereinigungsgebot gerade nicht entgegen; Art. 23 GG eröffnete für andere Teile Deutschlands das Angebot, der Bundesrepublik beizutreten. Dies ist am 3. Oktober 1990 geschehen, als die nach dem Sturz der SED-Diktatur neu gegründeten Länder der DDR ihren Beitritt zur Bundesrepublik beschlossen. Der Art. 23 GG ist damit nach allgemeiner Auffassung „erschöpft“.

Art. 146 GG lautet in der neuen Fassung: „Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“ Neu eingefügt wurde die Passage „das nach der Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt“. Damit ist das Grundgesetz kein Provisorium mehr, sein Wiedervereinigungsgebot ist erfüllt, und die in Art. 146 GG erwähnte Möglichkeit, sich eine neue Verfassung zu geben, steht letztlich jedem Volkssouverän zu.

Anders als von Extremisten über Jahrzehnte gerne behauptet, hatte das Grundgesetz ungeachtet einer fehlenden Volksabstimmung oder eines Bundestagsbeschlusses (der Bundestag wurde erst nach der Inkraftsetzung des Grundgesetzes aufgrund der darin niedergelegten Vorschriften gewählt) auch keine Legitimationsmängel. Der verfassungsgebende Parlamentarische Rat bestand aus Abgesandten der demokratisch gewählten Länderparlamente. Und im Übrigen zog das Grundgesetz seine Legitimation aus der jahrzehntelangen überwältigenden und immer wieder bei Wahlen und Abstimmungen sowie im Alltag erneuerten und bekräftigten Zustimmung der Bevölkerung. Der französische Staatsrechter Ernest Renan hat diese Form der Legitimation als „plébiscite de tous les jours“ bezeichnet: als alltägliche Volksabstimmung.

Die „Kameradschaften“ sind zwar Bestandteile der rechtsextremistischen Szene, aber gerade keine fassbare Organisation. Man kann deshalb nicht Aussagen einer Kameradschaftsstruktur einer anderen oder gar allen zuschreiben. Andererseits verbergen sie ihre Ziele nicht. Verfassungsfeindliche Äußerungen sind in Druckschriften und Internet so deutlich, dass sie für jede Region leicht auffindbar sind. Für regionale überörtliche Zusammenschlüsse sind die Internet-Adressen der „Aktionsbüros“ oder das „Störtebeker-Netz“ hilfreich. Um Straffälligkeit zu vermeiden, neigen solche Internet-Portale allerdings dazu, aggressive Aussagen durch Sarkasmus und Ironie zu verfremden.²

5.1.2.2 Feindbilder

Extremistische Organisationen bevorzugen eine klare, simple Welterklärung bi-polaren Zuschnitts: gut-böse, schwarz-weiß, Freund-Feind.

Vermittelnde Positionen, Zweideutigkeiten, Grautöne sind unerwünscht. Der Gegenpart des eigenen Lagers und seiner Freunde ist der Feind. Der Feind ist nicht bloß politischer Gegner, er ist im existenziellen Sinne Feind, er ist vollkommen böse und muss total überwunden werden.

Zu den Feinden der NPD gehört selbstverständlich wie bereits dargestellt, das „System“. Es umfasst:

- das politische Institutionengefüge (NPD-Diktion: „Die BRD abwickeln“)
- die Wertebasis der Demokratie (NPD-Diktion: „Menschenrechtsideologie“ und „Westliche Wertegemeinschaft“)
- das Prinzip offener Gesellschaften mit entwickelten internationalen Kontakten und Beziehungen (NPD-Diktion: „Multikulti“, „Globalismus“, „One World“),
- die Marktwirtschaft und den Welthandel (NPD-Diktion: „Liberalkapitalismus“),
- seltener konkrete Akteure und Politiker (NPD-Diktion: „Systempolitiker“).

Es fällt auf, dass sich fast alle Facetten dieses Feindbildes gegen die Grundlagen der liberalen Demokratie angelsächsischer bzw. kontinentaleuropäischer Prägung richten. Insbesondere die USA, ihr politisches System, ihre Form der Marktwirtschaft, ihre multikulturelle, tolerante und auf individuelle Freiheit ausgerichtete Gesellschaft, schließlich ihr militärisches Potenzial ergeben aus rechtsextremistischer Sicht ein ideales und umfassendes Feindbild. Hinzu kommt, dass den Amerikanern weit stärker als den Sowjets und den übrigen Westalliierten die militärische Bezwingung des NS-Regimes zur Last gelegt wird. Nach der „Modernisierung“ der NPD rückten die USA zusätzlich stärker als Symbol eines weltweiten Kapitalismus ins Blickfeld.

Beim Feindbild USA können Rechtsextremisten noch zwei weitere Faktoren für sich nutzen: Ein unterschwelliger Antiamerikanismus existiert in den alten Bundesländern trotz erfolgreicher Demokratisierung und Westbindung fort. In der DDR war das Feindbild der „imperialistischen USA“ offizielles zentrales Element der Systemkonkurrenz; entsprechend gründlich und nicht ohne Folgen wurde es offiziell gepflegt. Das hat Folgen hinterlassen.

Hintergrund und Argumentationshinweis:

Nach einer vom *Stern* im März 2007 veröffentlichten Umfrage sehen 72% der Befragten Deutschen in den USA eine größere Gefahr für den Weltfrieden als im Iran. Nur 31% halten die sich atomar aufrüstende Mullah-Diktatur für friedensgefährdender. An solche Grunddaten kann die Agitation der NPD natürlich anknüpfen.

Argumentieren gegen solche Vorurteile ist demnach schwierig. Es kann sinnvoll sein, zunächst ein paar Argumente zum Fragenkomplex USA vorzuhalten:

Die USA sind eine multikulturelle Einwanderungsgesellschaft. Soweit Rechtsextremisten dies aus nationalistischer Sicht beanstanden, sollte darauf hingewiesen werden, dass die zweitgrößte Einwanderergruppe in die USA im 19. Jahrhundert aus Deutschen bestand.

Das Vertrauen der Amerikaner in die Vernunftfähigkeit der Menschen veranlasste die USA nach 1945, den besiegten Deutschen alsbald die Chance zum eigenständigen Aufbau einer Demokratie zu geben. Dieses Experiment unterstützten sie materiell und ideell großzügig. So konnte die Bundesrepublik mit ihrer wirtschaftlichen Prosperität und ihrem Ausmaß an Freiheit für den Einzelnen ein ständig präsenten Vorbild werden, das den Deutschen in der DDR Hoffnung auf eine Überwindung und Abwicklung der stalinistischen SED-Diktatur gab. 1989/90 unterstützten wiederum die Amerikaner die Pläne der Regierung Kohl für die deutsche Einheit nahezu vorbehaltlos.

Wer beim Feindbild Amerika tiefer nachfasst, stößt auf einen noch dahinter liegenden, aber seltener artikulierten Kern. Denn wiederum stellvertretend für alle von Rechtsextremisten abgelehnten Facetten des „American Way of Death“ (NPD-Diktion) steht die „Ostküste“. Diese nur scheinbar geographische Bezeichnung ist eine unter Rechtsextremisten sofort verstandene Chiffre. „Ostküste“ meint die alten Kernstaaten der amerikanischen Föderation, insbesondere New York, das wiederum mit dem Standort der Börse und des Finanzestablishments identifiziert wird. Es ist in rechtsextremistischer Vorstellung dominiert von „Liberalkapitalisten“ und „Globalisten“, die sich der US-Regierung zur Umsetzung ihrer angeblichen Weltherrschaftspläne bedienen. Dabei sind die handelnden Personen in rechtsextremistischer Vorstellung ganz überwiegend Juden,

gedacht als Personen jüdischen Glaubens oder irgendwie mit dem „Zionismus“ oder dem Staat Israel verbundene Menschen.

Ergebnis: Der Kern des – zumeist wegen seiner möglichen Strafbarkeit unausgesprochenen – anti-westlichen, anti-amerikanischen Feindbildes der NPD, der „Kameradschaften“ und - in abgeschwächter Form - auch der DVU ist der Antisemitismus.

Hintergrund:

Antisemitismus ist ein vielschichtiges und komplexes Vorurteilmuster. Wegen der besonderen Sensibilität des Gegenstandes sollten Antisemitismus-Vorwürfe gut begründet sein. NPD und DVU meiden offen antisemitische Aussagen. Sie bevorzugen suggestive Andeutungen oder den so genannten „sekundären Antisemitismus“, der vorwiegend mit der Behauptung arbeitet, Juden missbrauchten das Andenken an den Holocaust, um die Deutschen in einem Schuldkomplex festzuhalten und daraus immer neue materielle Forderungen abzuleiten. Für einen Überblick über die Erscheinungsformen des Antisemitismus neuerdings die Beiträge in *Aus Politik und Zeitgeschichte* 31/2007.

5.1.2.3 Verschwörungstheorien

Verschwörungstheorien stehen unmittelbar mit Feindbildern im Zusammenhang. Da Feindbilder in der Regel emotionale Konstrukte sind, aber nicht in erster Linie auf konkreten Beobachtungen des Handelns von bestimmten Personen beruhen, können sie die von ihnen festgestellten „Übel“ meistens nicht belegen. Der Feind bleibt anonym, im Dunkeln, ist nicht zu fassen.

Angesichts fehlender Beweise gibt es für die Verursachung des Übels nur eine Erklärung: Es wird durch Verschwörung, unsichtbar, im Geheimen ins Werk gesetzt – hinter der scheinbar das Feindbild nicht recht bestätigenden Realität steht eine zweite Wirklichkeit, in der von dunklen Mächten ein weltumspannender böser Plan entworfen und umgesetzt wird.

Traditionell sind viele solcher Verschwörungstheorien auf das Hauptfeindbild, die USA, und auf „die Juden“ bezogen. So gelten natürlich auch für die NPD die Anschläge des 11. September 2001 in New York nicht als

das, was sie tatsächlich waren, nämlich ein geplanter Terrorangriff islamistischer Fanatiker. Vielmehr geht die Partei von einem amerikanischen, mutmaßlich jüdischen Komplott aus. Es habe der US-Politik die Handhabe zum militärischen Losschlagen gegen „den Islam“ und zur imperialistischen Kontrolle der arabischen Ölressourcen liefern sollen. „Die Chronik der getürkten Kriegsgründe zieht sich von der Versenkung der ‚Lusitania‘ über Pearl Harbour bis zum 11. September 2001.“³

Argumentationshinweis:

Der „Deutsche Stimme“-Verlag unterhält einen Versandhandel mit ausgiebigem Katalog (<http://www.ds-versand.de>) für einschlägige Literatur, Tonträger und Devotionalien. Das Literaturangebot enthält u.a. die Unterkategorie „God’s own Country – die USA“, in der 61 Titel angeboten werden. Die meisten stammen zwar von rechtsextremistischen Autoren, doch sind auch etliche Werke mit einem nicht extremistisch motivierten Antiamerikanismus im Programm. Von den 60 angebotenen Titeln sind rund ein Dutzend, die sich mit den Ereignissen des 11. September 2001 befassen, linksextremistischen Ursprungs. Darunter befinden sich drei Bücher des amerikanischen Anarcho-Kommunisten Noam Chomsky, eine Veröffentlichung des Chefredakteurs der neostalinistischen *Jungen Welt*, ein Buch der indischen Schriftstellerin Arundhati Roy, ein Elaborat aus der linksextremen Psychosekte „Bund gegen Anpassung“. Schließlich „erklärt“ der ehemalige Oberst der DDR-Staatssicherheit Klaus Eichner die Rolle des damaligen US-Botschafters in der Bundesrepublik Vernon Walters bei der deutschen Wiedervereinigung. Ein trübes Gemisch, das man ebenso in der Unterkategorie „Hinter den Kulissen / überstaatliche Mächte / New World Order“ antreffen kann. Die Botschaft lautet: Die Anschläge sind das Werk der Amerikaner, der Freimaurer oder auch des Mossad.

5.2 IDEOLOGIE- UND GRUNDWERTEEBENE

Ideologische Grundsatzziele, verbunden mit charakteristischen Politik- und Menschenbildern, werden in der Regel in Grundsatzprogrammen und in Schriften zu deren Erläuterung vorgestellt. Rechtsextremisten sind in dieser Frage im Allgemeinen eher zurückhaltend. Die „Kameradschaften“ sehen wegen ihrer formlosen Struktur keinen Anlass zur Produktion angreifbarer „Grundsatzpapiere“, eher schon „sprechen“ sie durch program-

matische Äußerungen ihrer wichtigsten Leitfiguren. Die DVU hat ein solches Programm nicht vorgelegt. Lediglich die NPD hat 1967 ein kurzes „Manifest“, 1973 und wieder 1997 Parteiprogramme vorgelegt. Das Papier von 1997 (14 Seiten) wurde durch ein „Aktionsprogramm“ (77 Seiten) ergänzt. Die NPD scheiterte im Oktober 2007 mit dem Versuch, eine neue Fassung ihres zehn Jahre alten Grundsatzprogramms zu verabschieden.

5.2.1 „Lebensrichtiges Menschenbild“ als Grundlage völkischer Ideologie

Allen politischen Philosophien liegen bestimmte – zumeist vorwissenschaftliche, auf Wertsetzungen basierende – Menschenbilder zugrunde. Für Rechtsextremisten ist ein äußerst pessimistisches Menschenbild typisch. In Analogie zur Natur wird das Wesen des Menschen im Kampf ums Überleben gesehen, bei dem die Starken obsiegen und die Schwachen untergehen. Diese darwinistische Sichtweise wird auf die Gesellschaft übertragen: Der Ausscheidungs- und Überlebenskampf „starker“ Kollektive, Sippen, Völker, Nationen oder Rassen gegen schwächere – und damit zugleich als „minderwertig“ oder „lebensunfähig“ beschriebene – bildet den Kern eines Menschenbildes, das in seiner reinsten Form im historischen Nationalsozialismus zum Ausdruck kam.

Bei den rechtsextremistischen Organisationen der „Volksfront von rechts“ ist die Bereitschaft, sich zu einem solchen sozialdarwinistisch-rechtsextremistischen Menschenbild zu bekennen, unterschiedlich ausgeprägt. Selbst die NPD vermeidet es, die menschenverachtende Grundlage ihrer politischen Philosophie allzu deutlich zu thematisieren. Lediglich die „Kameradschaften“ stellen ihre neonationalsozialistische Gesinnung offen zur Schau.

Praxistipp:

Das Verwirrspiel um die tatsächlichen Ziele gehört zum taktisch moderierten Auftreten der Rechtsextremisten und trägt dazu bei, dass sie bei politisch wenig gebildeten und demokratisch nicht gefestigten Zielgruppen Anerkennung finden. Eine politische Auseinandersetzung sollte daher wo immer möglich, auf dieser Ebene grundsätzlicher Wertefragen geführt werden. Die Entfernung der Rechtsextremisten vom Wertekodex zivilisierter Gesellschaften kann hier am deutlichsten gemacht werden. Wo verstanden wurde, warum die politischen Fernziele der NPD menschenverachtend sind, muss nicht mehr gesondert erörtert werden, warum man auch scheinbar sachliche Anträge der Partei im Gemeinderat ablehnen muss.

Von allen drei Gruppen stellt die NPD am deutlichsten ein spezifisch rechtsextremistisches Menschenbild heraus. In einem internen Papier wird der sozialdarwinistische Inhalt ungeschminkt erklärt: Die NPD ziehe bei der Bestimmung ihres „lebensrichtigen Menschenbildes“ Wissenschaften wie „Neurologie, Genetik, Soziologie, Biologie, Anthropologie, Ethnologie und Psychologie“ heran. „Die Nationale Erkenntnistheorie beruht auf der Natur des Menschen und fordert demzufolge die Einbeziehung der Naturgesetze in das politische Handeln.“ Offensichtlich sollen politische Konzeptionen aus naturwissenschaftlichen Kategorien abgeleitet werden – ein typisches Kennzeichen sozialdarwinistisch-rassistischer Theorien. Daher bezeichnet die NPD das Menschenbild auch als Element der „Abgrenzung und Positionsbestimmung“. Die Partei setzt sich auch entschieden von der Wertebasis demokratischer Parteien ab. Sie unterstellt diesen ein „falsches Menschenbild, in dem der Mensch von Natur aus als gut und zudem alle Menschen unsinnigerweise als gleich bezeichnet werden.“

Wie diese Passage zeigt, eignet sich die Ebene der Menschenbilddiskussion, um die grundsätzliche Unvereinbarkeit der NPD-Positionen mit demokratischen Vorstellungen im Allgemeinen und christdemokratischen im Besonderen zu illustrieren.

Argumentationshinweis:

Demokraten pflegen weder ein extrem pessimistisches (sozialdarwinistisches) noch ein unangebracht optimistisches Menschenbild. Sie gehen vielmehr realistisch von der Fehlbarkeit des Menschen aus und richten daher Institutionen so ein, dass die Folgen von menschlichen Fehlern beherrschbar und korrigierbar bleiben. Gewaltenteilung, Machtbeschränkung und Rechtsstaatlichkeit sind die Konsequenzen eines skeptischen Menschenbildes, das Gutes für wünschenswert hält, aber für Verfehlungen realistisch Vorsorge trifft.

Vor allem aber geht ein skeptisch-demokratisches Menschenbild davon aus, dass Menschen frei geboren, vernunftfähig und daher auch zur eigenverantwortlichen Gestaltung ihrer persönlichen Ziele berufen sind. Sie sind dabei zu sittlicher Entscheidung befähigt, ihrem Gewissen gegenüber und – nach christlicher Auffassung – vor Gott verantwortlich.

Diese grundlegende Freiheit und Gleichheit der Menschen bestreitet die NPD. Hinter der Leerformel vom „lebensrichtigen Menschenbild“ steht zudem ihr Anspruch, gegebenenfalls zu entscheiden, was für wen „lebensrichtig“ ist. Die naturwissenschaftlichen Erkenntnisse, so erfährt man, unterlägen „einem gewissen Wandel, die Grundwahrheiten jedoch bleiben unverändert.“⁴ Aufgrund dieser Wandelbarkeit sei das lebensrichtige Menschenbild nicht statisch, sondern dynamisch. Mit anderen Worten: Die Partei behält sich vor, von Fall zu Fall zu entscheiden, was für das Leben in ihrer Volksgemeinschaft richtig ist und was nicht. Sie formuliert das ausdrücklich an einer Stelle des „Aktionsprogramms“, an der es heißt, es sei Aufgabe verantwortungsvoller Politik, den Staat so zu gestalten, dass seine Bürger eine möglichst hohe Lebensqualität genießen könnten. „Grundlage der Bewertung der ‚Lebensqualität‘ ist dabei das lebensrichtige Menschenbild.“⁵

Argumentationshinweis:

Die scheinbare „Wissenschaftlichkeit“ des „lebensrichtigen Menschenbildes“ könnte man anfechten, indem man darauf hinweist, dass naturwissenschaftliche Erkenntnisse keineswegs immer aus sich heraus eindeutig und oft in hohem Maße auslegungsbedürftig sind. Dieser Argumentationsgang ist indessen gefährlich: Man kann sich leicht in einer Diskussion darüber wieder finden, wie sich naturwissenschaftliche Erkenntnisse auf die Gesellschaft übertragen lassen. Damit bewegte man sich auf der von der NPD gewählten Diskursebene. Hingegen muss es darum gehen, die Offenheit des politischen Prozesses in demokratischen Ordnungen und vor allem die Freiheit und die Verantwortungsfähigkeit des Einzelnen herauszustellen. Es gilt, eigene Werte positiv zu vermitteln: Ein demokratisches Menschenbild würdigt den Einzelnen nicht zum Objekt eines durch das Kollektiv vorbestimmten Schicksals herab, sondern begreift ihn als Subjekt eigenverantwortlicher Gestaltung von Politik und Zukunft. Die NPD plant das Gegenteil: Die Unterwerfung des Individuums unter angeblich unausweichliche natürliche Zwänge. Dem ist leicht zu begegnen: Eine überzeugende Vermittlung des Wertes Freiheit ist so stark, dass sie auch auf versehentliche NPD-Wähler wirkt.

5.2.2 Volksgemeinschaft als ethnisch bestimmte Zwangskörperschaft

Politischer Ausdruck des „lebensrichtigen Menschenbildes“ ist bei NPD und „Kameradschaften“ die „Volksgemeinschaft“.

Das Parteiprogramm formuliert dazu an prominenter Stelle: „Volkstum und Kultur sind die Grundlage für die Würde des Menschen.“ (NPD-Programm Ziff. 1, S. 2). In dem umfangreicheren „Aktionsprogramm“ erfährt der Leser im Kapitel „Volksgemeinschaft statt multikulturellen Wahnsinns“ (sic), das deutsche Volk sei die Grundlage der deutschen Volksgemeinschaft (S. 12). Die „Gemeinschaftspolitik“ der NPD sehe in Sprache, Kultur und Brauchtum zentrale Bestandteile menschlicher Identität (S. 12).

Aus diesen eher verstreuten Aspekten ergibt sich gleichwohl ein klares Bild der gesellschaftspolitischen Vision der NPD:

- „Volksgemeinschaft“ ist nicht nur durch Sprache, Kultur und Brauchtum definiert, sondern beruht auch auf der gemeinsamen Abstammung ihrer Mitglieder. Sie hat zum Ziel die Herstellung einer ethnisch homogenen Bevölkerung.
- Mit dieser Vision ist implizit die Ausgrenzung „Anderer“, als ethnisch und genetisch „Fremder“ verbunden; die „Volksgemeinschaft“ der NPD funktioniert also wie diejenige der Nationalsozialisten auf rassistischer Grundlage.
- Das Kollektiv der „Volksgemeinschaft“ steht über dem Einzelnen. Seine Menschenwürde ergibt sich auf der Grundlage von Volkstum und Kultur. Ein in Deutschland lebender Ausländer wäre demnach nicht nur kein Mitglied der Volksgemeinschaft; ihm käme auch keine Menschenwürde zu. Die Vorstellung von der natürlichen Würde jedes Menschen auf naturrechtlicher oder christlicher Grundlage ist der NPD fremd. Ihre Volksgemeinschaft orientiert sich deutlich an der Parole der NSDAP „Du bist nichts, dein Volk ist alles“, ohne dies deutlich auszusprechen.
- Die Volksgemeinschaft ist für Deutsche offenbar ein Zwangskollektiv, in dem der Einzelne vor allem Pflichten hat; sie schafft „die Verpflichtung für die Mitwirkung aller im Volk“ (*Politisches Lexikon*). Offenbar schließen „soziale Gerechtigkeit und Solidarprinzip“ in der NPD-Volksgemeinschaft im Zweifel auch Zwangsarbeit ein – das ergibt sich aus der programmatischen Forderung der NPD, Haftanstalten in Arbeitslager umzuwandeln.
- Das Gegenbild zur NPD-Volksgemeinschaft bildet die „multikulturelle Massengesellschaft“. Gemeint sind pluralistische Gesellschaften, in denen konkurrierende Interessen von Einzelnen und Gruppen durch demokratische Verfahren entweder per Mehrheitsentscheid oder durch Kompromiss reguliert und friedlich ausgeglichen werden.
- Hinter der scheinbar harmonischen Fassade der „Volksgemeinschaft“ verbirgt sich – wie im NS-Regime – letztlich der Diktaturanspruch einer Partei oder Herrschaftselite. Indem die NPD gesellschaftlichen Pluralismus als „multikulturellen Wahnsinn“ ächtet, deutet sie an, dass es nur ein in ihrem Sinne richtig verstandenes Interesse der „Volksgemeinschaft“ geben kann. Dies soll auf dem angeblich naturwissenschaftlich abgestützten „lebensrichtigen Menschenbild“ beruhen; tatsächlich definieren schon die einzelnen Programmpunkte der NPD, was in der „Volksgemeinschaft“ erlaubt sein wird und was nicht.

Argumentationshinweis:

Die NPD wird in der täglichen Praxis weniger mit dem historisch belasteten Begriff der „Volksgemeinschaft“ als vielmehr mit der Betonung allgemeiner Gemeinschaftsvorstellungen agieren. Dabei werden vermehrt auch Begriffe aus linksextremistischer Sozialagitation verwendet. Dies kommt insbesondere aus SED-Zeiten überlieferten Einstellungen in den neuen Bundesländern entgegen, die kollektivistisch geprägten Werten wie soziale Sicherheit stärkeres Gewicht zumessen als individual-freiheitlichen.

Gegen die rechtsextremistische Agitation ist es unumgänglich zu verdeutlichen, dass „Gemeinschaft“ zu liberal-demokratischen Werten nicht im Widerspruch steht. Demokratien stellen Integration der Bürger und staatliche Handlungsfähigkeit über einen gesellschaftlichen Grundkonsens her, der auch und vor allem Mechanismen und Regeln der Entscheidungsfindung umfasst. Gemeinschaft und Solidarität ergeben sich im Übrigen auch aus christlichen Grundwerten, denen man in freier Entscheidung zustimmen kann, anstatt durch vermeintliche ethnische Bindungen zwangsvergemeinschaftet zu werden.

Zusätzlich muss klar herausgestellt werden, dass Pluralismus, also die Vielheit der politischen, sozialen und ethischen Auffassungen eine soziale Grundtatsache darstellt, die man nicht durch Berufung auf angeblich gegenteilige ethnisch-kulturelle Prägungen wegdiskutieren kann. Wie die historische Erfahrung zeigt, ist die Behauptung der Konfliktfreiheit einer Volksgemeinschaft nie etwas anderes gewesen als der verdeckte Anspruch einer bestimmten politischen Gruppe, eigene Vorstellungen gegen den gesellschaftlichen Pluralismus mit Gewalt zur Geltung zu bringen.

5.2.3 Kampf gegen „Menschenrechtsideologie“

Nur entwickelte Demokratien gestalten Grund- und Menschenrechte als einklagbare Abwehrrechte des Einzelnen aus und verpflichten die staatliche Gewalt auf den Schutz der Menschenwürde (Art. 1 Abs.1 GG: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“). Autoritäre Systeme und Diktaturen werden sich zumeist verbal zu den Menschenrechten bekennen, sie

aber in der Praxis willkürlich verletzen und nur dort gewähren, wo es den Interessen des jeweiligen Regimes nicht widerspricht.

Die NPD geht in dieser Frage einen Schritt weiter. Auf der Basis ihres biologistisch-rassistischen Menschenbildes ordnet sie Menschenrechte verschwörungstheoretisch als Instrument der „Globalisierer“ zur Errichtung der amerikanischen Weltherrschaft ein. Die „Menschenrechtsideologie“, so wörtlich, sei „die verlogenste, aber auch effektivste Propagandawaffe der Dollar-Imperialisten“⁶.

Die völlige Ablehnung der aufklärerischen Ideen von Menschenwürde und individuellen Grundrechten kommt auch im *Politischen Lexikon* der NPD zum Ausdruck:

Quellentext: *Politisches Lexikon* des NPD-Bundesvorstandes

„Menschenrechte: Vorstellung, dass allen Menschen Würde und gewisse Grundrechte angeboren seien. Diese Rechte werden rein individualistisch ausgelegt. Diese liberalistische Vorstellung wird heute vom Imperialismus der ‚Westlichen Wertegemeinschaft‘ oft als Vorwand benutzt, die Unabhängigkeit freier Nationen durch Eingriffe in ihre urengeinsten inneren Angelegenheiten zu schmälern oder abzuschaffen [...] Menschenrechte sind wichtiger Hebel des Internationalismus zur Schaffung der ‚One World‘, unter Zerstörung gewachsener kultureller und ökonomischer Strukturen. Nationalisten erkennen an, dass Menschenrechte des einzelnen im Rahmen der Volksgemeinschaft bedeutungsvoll sind. Volksgruppenrechte und die Stärkung nationaler Souveränität haben allerdings die Gefahren eines einseitigen Individualismus abzufangen.“

(Fehler aus Original übernommen)

Nicht sehr viel weniger deutlich fallen Weisungen der Parteiführung aus, wie Aktivisten vor Ort argumentieren sollen, wenn der NPD vorgehalten wird, in ihrem volksgemeinschaftlichen Modell kämen die Menschen als konkrete, verantwortlich handelnde Subjekte nicht vor. Dort heißt es:

„Die Menschen leben in Völkern als organisch gewachsenen Gemeinschaften körperlich, geistig und seelisch verwandter Menschen mit gemeinsamer Sprache und Kultur, Geschichte und Tradition, Abstammung und Schicksal. Völker sind konkrete, greifbare Lebenserscheinungen, während es ‚den‘ Menschen gar nicht gibt. Es gibt den Deutschen, den Franzosen und den Türken, aber nicht ‚den‘ Menschen. [...] Der ‚Mensch‘ ist genauso eine Fiktion wie die ‚Menschheit‘.“

(Argumente für Funktionsträger und Kandidaten des NPD-Bundesvorstandes, 2. Aufl., September 2006, S. 13 f.)

Menschenrechte als individuelle Abwehrrechte gegen hoheitliche Freiheitsbeschränkungen umfassen noch eine weitere Komponente. Insofern Verfassungsstaaten auf den Schutz der Menschenwürde und der Menschenrechte verpflichtet sind, haben sie ihre Bürger nicht nur vor unrechtmäßiger hoheitlicher, sondern auch vor privater Gewalt zu schützen (staatliches Gewaltmonopol). Die Gewährleistung insbesondere der persönlichen Unversehrtheit und des Eigentums schützt innergesellschaftlich vor allem Schwache und Schutzbedürftige, denen die Mittel fehlen, sich gegen Angriffe fremder unrechtmäßiger Gewalt angemessen zu wehren. Dieses staatliche Gewaltmonopol scheint die NPD schon heute lediglich gezwungenermaßen hinzunehmen (vgl. Ziff 5.1.2). Wie es damit unter in ihrem Sinne veränderten politischen Umständen aussähe, kann man sich leicht ausmalen. Jedenfalls hält die Partei nichts von der Friedens- und Schutzfunktion des staatlichen Gewaltmonopols. Das belegt schon die willige Aufnahme zahlloser vorbestrafter Gewalttäter in ihre eigenen Reihen.

Argumentationshinweis:

Die NPD-Agitation hebt ständig darauf ab, dass eine Durchsetzung von Menschenrechten aus ihrer Sicht nur einen Vorwand der „Globalisten“ für die weltweite Durchsetzung ihres „liberalkapitalistischen“ Systems sei. Tatsächlich kennt das Völkerrecht keine Befugnis einzelner Staaten für „humanitäre Interventionen“. Dergleichen ist nur sehr eingeschränkt und auf der Grundlage von UNO-Beschlüssen möglich. Allerdings wäre eine Berufung der NPD auf das Völkerrecht wenig glaubwürdig. Es umfasst nämlich auch die UN-Charta und die Europäische Menschenrechtsdeklaration, welche die NPD keineswegs unterschreiben könnte. Ein in dieser Hinsicht nach Vorstellungen der NPD geführtes Land wäre in kürzester Zeit ein international geächteter Paria-Staat.

5.2.4 Kulturelle Referenzmodelle: Neoheidnische Visionen

Der „alte“ Rechtsextremismus und bis heute die DVU pflegten gelegentlich die „abendländische Kultur“ zu beschwören und damit auch deren spezifisch christliche Prägung einzuschließen. Damit ist es beim „neuen“ Rechtsextremismus vorbei. Besonders die Neonazi-„Kameradschaften“, aber auch die „neue“ NPD transportieren heute eine dezidiert nicht nur atheistische, sondern neo-heidnische Gesellschaftsvision. Und diese steht ausdrücklich in Gegensatz zu christlichen Werten.

Insgesamt tritt diese Eigenheit in der NPD weniger deutlich als in den „Kameradschaften“ hervor. § 2 der NPD-Satzung enthält ein Bekenntnis zur „deutschen und abendländischen Kultur“, außerdem zitiert er die „Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses“ mit dem Hinweis, diese sei Bestandteil der grundrechtlichen Ordnung.⁷ Das Parteiprogramm erwähnt religiöse Fragen mit keinem Wort.

Für die relativ starke Verankerung neoheidnischer Einschläge spricht jedoch das Versandangebot der Parteizeitung *Deutsche Stimme*. Dort sind Literatur und Devotionalien aller Art mit germanentümelndem, neoheidnischen Bezug reichlich erhältlich. Zum Beispiel wird für einen „Kalender Germanischer Jahrweiser 2007“ geworben, er enthalte „Wissenswertes über Leben und Geschichte unserer Vorfahren“. Es gibt allein 26 Artikel zur „Schwarzen Sonne“, als Anstecker, Uhr, Aufnäher, Krawattennadel; ferner germanische Götter als Bilder oder Büsten, wahlweise in Metall oder Holz Ausführung. Im Schmuckangebot befinden sich diverse Thorhämmer und Runenanhänger. Das literarische Angebot enthält natürlich „Deutsche Heldensagen“ aber auch „Der Ahnenreiseführer – Wegweiser zu Kult- und Wirkungsstätten unserer Ahnen“.⁸

Praxistipp:

Neoheidnische und germanentümelnde Literatur, Dresscodes und Symbolik haben in der Szene einen hohen Identifikationswert. In einer Gesellschaft mit einer Vielzahl von Lebens- und Kleidungsstilen ist nicht jedem die transportierte Symbolik geläufig. Es kann daher nützlich sein, sich über solche „Codes“ und Symbole kundig zu machen. Dies schließt natürlich auch die Kenntnis darüber ein, was als Abzeichen verbotener nationalsozialistischer Organisationen strafbar sein kann.

Dazu gibt es zwei Standardwerke aus den Verfassungsschutzbehörden. Das Innenministerium Nordrhein-Westfalen brachte in der 3., völlig überarbeiteten Auflage einen vorzüglichen Wegweiser *Musik – Mode – Markenzeichen. Rechtsextremismus bei Jugendlichen* heraus. Die 170 Seiten starke Broschüre kann unter „Bestellung. Verfassungsschutz@im.nrw.de“ abgefordert werden. Das Bundesamt für Verfassungsschutz hält auf seiner Homepage als PDF-Datei eine Informationsbroschüre *Symbole und Zeichen des Rechtsextremismus* (November 2006, 56 Seiten) vor, die aber wegen ihrer Fixierung auf juristische Fragen für die politische Bildung weniger aufschlussreich ist (abrufbar unter http://www.verfassungsschutz.de/de/publikationen/pb_rechtsextremismus/broschuere_2_0612_symbole_und_zeichen/_broschuere_0612_RE_Kennzeichen_12.2.07.pdf).

Neoheidnische Mystik und der dazu gehörige finstere Kitsch sind denn auch eher eine subkulturelle Angelegenheit; sie wabern durch die CD-Cover, Texte, Fanzines der gewaltbereiten Skinhead-Szene, funktionieren als Identifikationsmerkmale Eingeweihter, stellen atmosphärische Kontakte zu anderen, nicht automatisch rechtsextremistisch geprägten Jugend-szenen wie Dark Wave und Gothic her. Ideologisch und normativ sind sie allerdings dem Rechtsextremismus sehr wohl nahe:

- Die germanisch-heidnische Sagenwelt ist von Kampf und Gewalt beherrscht; sie ist im wörtlichen Sinne eine barbarische Ordnung, in der sich selbst die Götter sozialdarwinistisch gegen Riesen und andere Dämonen durchzusetzen hatten.
- Das Erscheinungsbild des Urgermanen ist der in der Dunkelheit unendlicher Wälder umherschweifende Sammler, Jäger und Krieger, d.h. im Klartext: gewöhnliche Totschläger. Er lebt im Kampf mit der ihn umgebenden Natur, wegen seines intellektuellen Status unfähig, sie zu begreifen. Kultur, Staatsbildung, Verstädterung, Handel, entwickelte Gesellschaftsformen sind ihm zu Zeiten völlig fremd, da das Imperium Romanum Teile Mitteleuropas zivilisiert. Die Verherrlichung solchen Primitivismus entspricht der Neigung von Rechtsextremisten, differenzierte und pluralistische Gesellschaftsformen abzulehnen.
- Der christliche Wertekodex mit seiner Friedensbotschaft und dem Gebot der Nächstenliebe ist wegen seiner humanistischen und universalistischen Ausrichtung dem Rechtsextremisten nazistischer Prägung völlig entgegengesetzt. Hinzu kommen als Ablehnungsgründe die historischen und theologischen Berührungspunkte mit dem Judentum.

Die Diskussion gegen neo-heidnische Visionen und Germanenwahn kann man also auf der Werteebene führen.

Man kann aber auch versuchen, sie in die Gegenwart zu verlängern, um sie ad absurdum zu führen und lächerlich zu machen:

Argumentationshinweis:

Sie laufen, zu Ende gedacht, auf eine tribalistische Sippenordnung ohne festen Wohnsitz, mit gewaltsamer Regelung sozialer Konflikte, ohne kulturelle schriftliche Hinterlassenschaft, hinaus. Wenn dies ein Vorbild für Rechtsextremisten wäre, hätten sie allerdings keinen Anlass mehr, nomadisierende Straßenräuber zu verachten – was sie üblicherweise gerade dann tun, wenn diese aus anderen Kulturkreisen stammen. Wer also die germanische Urgesellschaft prima findet, muss auch für das Eigenrecht der sudanesischen Janjawid-Milizen eintreten.

Andererseits ist halbwegs ansprechbaren Diskussionspartnern die Idiotie solcher kultureller Referenzmodelle auch mit einer Portion Ironie nahe zu bringen.

Nebenbei würden nämlich auch eine Anzahl anderer, von Rechtsextremisten ansonsten geschätzter Dinge künftig entfallen müssen, nähme man ihren Germanenwahn ernst. Dazu zählte z.B. die als „Heimat“ geschätzte deutsche Kulturlandschaft, denn sie ist erst im Zuge der Christianisierung durch konsequente Rodung, Trockenlegung von Sümpfen und Urbarmachung des Bodens entstanden. Dazu zählte auch – für die einschlägige Klientel wahrhaft problematisch – das deutsche Bier: Es ist nun mal historisch das Produkt klösterlicher, und damit christlicher, Braukunst.

Die NPD mag den heidnischen Unfug nicht im Programm, sondern nur im Versandkatalog führen. Aber das hindert nicht, sie damit lächerlich zu machen.

5.2.5 Geschichtsbild: Vorbild Nationalsozialismus

Mitte der 1990er Jahre sprach die NPD dem historischen Nationalsozialismus als ihrem Vorbild ziemlich ungehemmt zu. Das brachte die Partei an den Rand des Bankrotts und ihren damaligen Vorsitzenden Günter

Deckert mehrfach ins Gefängnis. Der 1996 als Nachfolger gewählte Udo Voigt spricht dieses Thema etwas anders an.

Seine Handlungsoptionen sind gleichwohl im Zusammenhang mit der Nazifizierung der NPD und ihrer Rolle in der „Volksfront von rechts“ zu sehen. Auf der Grundwerteebene ist keine Abkehr vom Nationalsozialismus als historischem Bezugsmodell zu erkennen: Der offensive Kampf der NPD gegen die universalistische Geltung der Menschenrechte und die Ideologie der rassistisch konturierten Volksgemeinschaft belegen das. Andererseits wurden in der Partei NS-Nostalgie und ihre strafbaren revisionistischen Tendenzen⁹ mindestens aus taktischen Überlegungen zurückgedrängt. Das Thema vermeidet die NPD heute, und dazu gibt es eine klare Weisungslage.

Quellentext: Originalton NPD

In einer Broschüre des NPD-Bundesvorstandes (2. Auflage Juni 2006) *Argumente für Kandidaten und Funktionsträger* heißt es:

„Auf den Themenkomplex Holocaust, Kriegsschuldfrage 1939 und Nationalsozialismus sollte sich mit dem Hinweis auf die Gegenwartsaufgaben der NPD niemand festnageln lassen. Auf dieses rückwärtsgewandte Themenfeld will uns der Gegner locken...“

Empfohlen werden z.B. folgende Antworten:

- (1) *„Adolf Hitler ist tot und die NSDAP aufgelöst, was soll also die Frage? AlsGeborener lebe ich nicht in der Vergangenheit, sondern in der Gegenwart. Die Menschen haben andere Probleme, als sich ständig mit einer Zeit zu beschäftigen, die mehr als sechzig Jahre zurückliegt.“*
- (2) *„Ich beteilige mich nicht an der von linken Umerziehern betriebenen Vergangenheitsbewältigung, sondern mir geht es um die Bewältigung der problemreichen Gegenwart. Adolf Hitler und die NSDAP sind Vergangenheit, Hartz IV, Globalisierung und Verausländerung aber bittere Gegenwart.“*

Die Argumentation rettet die NPD deshalb nicht, weil sie ständig den historischen Nationalsozialismus als Referenzmodell verwendet. Also muss man ihr auch die Diskussion über diesen aufzwingen. Das darf freilich nur geschehen, wenn der Herausforderer thematisch sattelfest ist.

NS-Nostalgie bleibt indessen wiederum durchaus ein Anliegen des Parteivolks. Betrachtet man das Literaturangebot des „Deutsche Stimme“-Verbandhandels, so fällt auf, wie präsent Zweiter Weltkrieg und Nationalsozialismus im Geistesleben der Partei sind. Natürlich kann der Versand keine strafbare NS-Literatur vertreiben. Aber sein Angebot an Militarialiteratur aller Art zur Verherrlichung der Wehrmacht und der Waffen-SS ist enorm.

Dieser Eindruck entspricht der – selten klar ausgesprochenen – Position der NPD zum Nationalsozialismus. Voigt umriss sie im September 2004 – entlastet von dem in Karlsruhe eingestellten Verbotsverfahren – so:

Quellentext: Interview Udo Voigt mit der *Jungen Freiheit* (JF) vom 24. September 2004

JF: *Zu dieser ‚nationalen‘ Szene gehören die Freien Kameradschaften, die gleichzeitig eine Art informellen Flügel der NPD darstellen. Dadurch hat die Partei engen Kontakt bis hin zum militanten Neonazismus.*
 Voigt: *Natürlich ist der Nationalsozialismus als Strömung in Deutschland auch heute vorhanden. Für die NPD ist er nicht maßgebend, aber wir versuchen, neben Nationalliberalen und Nationalkonservativen eben auch die nationalsozialistische Strömung zu integrieren, da eine Abgrenzung nur dem politischen Gegner hilft.“*

Diese Aussage aus dem Munde des Vorsitzenden einer rechtsextremistischen Partei genügte im Übrigen fast allein für ein Verbot.

5.3 MITTLERE POLITIKEBENE: INTERNATIONALE/EUROPÄISCHE/DEUTSCHE POLITIK

5.3.1 „Ethnopluralismus“ und Kampf gegen „Globalismus“

Das Kernelement rechtsextremistischer Vorstellungen einer internationalen Ordnung heißt „Ethnopluralismus“. Im Selbstverständnis von Rechtsextremisten bedeutet dies: Jede Nation verfügt über eine bestimmte,

durch Geschichte, Kultur, geografischen Raum und Bevölkerung definierbare Identität. Je authentischer und unverfälschter, je weniger von „fremden“ Einflüssen beeinträchtigt diese Identität sei, desto stärker sei eine Nation. Alle Nationen hätten ein Anrecht drauf, ihre Identität zu wahren, Einmischungen abzuwehren und sich in freier nationaler Selbstbestimmung zu entwickeln.

Dieses Gedankenmodell bezieht sich auf die rechtsextremistische Sicht zu internationalen Beziehungen, zur Staatenordnung, zu militärischen Bündnissystemen und supranationalen Institutionen aller Art, zur Weltwirtschaftsordnung, schließlich auch zur Bevölkerungspolitik und zur Migrationsproblematik. „Ethnopluralismus“ hebt sich gegenüber dem offen imperialen, militaristischen und die Überlegenheit des eigenen Landes bedenkenlos reklamierenden Chauvinismus des „alten“ Rechtsextremismus auf den ersten Blick positiv ab. Insbesondere die Betonung scheinbarer Gleichberechtigung und damit Gleichwertigkeit souveräner Völker und Nationen wirkt unverdächtig.

Ein näherer Blick auf das Modell enthüllt jedoch seinen Zusammenhang mit rechtsextremistischen Weltbildern. Die Merkmale einer bestimmten nationalen Identität werden zwar nicht näher definiert, aber dennoch einem völkischen Kollektiv insgesamt zugeschrieben. Wie und wer definiert, was spezifisch „deutsch“, „türkisch“ oder „französisch“ sein soll, ist nicht erkennbar.

Ist es akzeptabel, wenn eine Nation im Rahmen ihrer „Identität“ soldatische Qualitäten und die Gewohnheit hervorbringt, hin und wieder die Nachbarländer zu überfallen? Was sind die „geschichtlich gewachsenen Grenzen“ (NPD-Programm, Ziff. 10) innerhalb deren „souveräne Völker“ und auch die Deutschen leben sollen?

Argumentationshinweis:

Solche Fragen haben durchaus praktischen Bezug, der sich direkt an der NPD-Programmatik aufzeigen lässt: Die Partei erhebt Territorialansprüche gegen Polen. „Wir fordern die Revision der nach dem Krieg abgeschlossenen Grenzenerkennungsverträge“ (NPD-Programm Ziff. 10). Die ethnopluralistische „Souveränität der Völker“ gilt wohl für Polen nicht, denn die NPD will die ehemaligen deutschen Ostgebiete zurück. Auch wenn sie das im Programm nicht ausdrücklich schreibt, ergibt es sich schon aus ihrer feststehenden Sprachregelung, die von der ehemaligen DDR als „Mitteldeutschland“ spricht. Vielleicht ist es mit der Arrondierung von Deutschland im Osten ja auch noch nicht getan. Je nach Definition der „historisch gewachsenen Grenzen“ waren auch Elsaß, Lothringen und die belgischen Ostkontone Eupen und Malmedy mal deutsch.

Zwar sollen, wie es im Programm beschwichtigend heißt, Revisionsansprüche „friedlich“ und in „Übereinstimmung mit dem Völkerrecht“ durchgesetzt werden. Von der Glaubhaftigkeit dieser Aussage ist wenig zu halten, da eine Forderung nach gewaltsamer Veränderung der Grenzen strafbar wäre (§ 80 a StGB).

Zudem gilt, dass es im „ethnopluralistischen“ Sinne „reine“ Völker nicht gibt. Alle Kulturnationen sind bis zu einem unterschiedlich hohen Maße auch das Ergebnis von gegenseitiger Durchdringung und Beeinflussung. Öffnung und Austausch sind sogar Voraussetzungen für den Aufstieg von Nationen, wofür als plakative Beispiele Japan und China angeführt werden können. Schließlich sind territoriale Grenzen keine tauglichen Differenzierungsmaßstäbe. Sie können sich friedlich oder unfriedlich verschieben; manche Grenze trennt kulturell eher zusammengehörende Regionen. Moderne internationale Politik arbeitet daran, die trennende Wirkung solcher Grenzen aufzuheben. Mit dem ethnopluralistischen Wahn der NPD wäre der gegenteilige Weg beschritten.

„Ethnopluralismus“ bedeutet auch die Ablehnung von internationaler Kooperation und vertraglichen Regelungen insgesamt. Rechtsextremisten sehen in anderen Nationen eben nicht gleichwertige und gleichberechtigte Verhandlungspartner, sondern Konkurrenten oder sogar Gegner. In der bewussten Abgrenzung tritt im Nachbarn, im „Anderen“ das „Fremde“ wieder als „minderwertig“ hervor. Kooperation mit ihm auf gleicher Au-

genhöhe scheint nicht zum Normalfall rechtsextremistischer Außenpolitik zu gehören. Das primäre Lösungsmuster zur Austragung von Konflikten im internationalen System wäre in der „ethnopluralistischen“ Konzeption der NPD zweifellos wieder die auf Macht gestützte zwischenstaatliche Gewalt. Die Erfahrungen nach 1945 haben gezeigt, dass Demokratien gegeneinander keine Kriege führen. Mit „Nationaldemokratien“ nach dem Bilde der NPD könnte das wieder anders werden.

Für das Gegenbild zum „Ethnopluralismus“ kennt die NPD mehrere Chiffren: „Globalismus“, „One World“, „Multikulturalismus“. Zu dem Stichwort „One World“ finden wir im *Politischen Lexikon* auf der Homepage des NPD-Bundesvorstandes folgenden Eintrag:

„One World: Wahnvorstellung von einer möglichen ‚Eine Welt‘, eines Weltstaates mit Welt-Innenpolitik. Die falsche Vorstellung wird gespeist durch den Glauben an eine ‚Menschheit‘ ohne Bindungen und Überlieferungen. Werkzeug des Imperialismus zur Schaffung der ‚One World‘ sind die ‚Vereinten Nationen‘. Die ideologische Leimrute zur weltweiten Durchsetzung der ‚Westlichen Werte‘ sind die ‚Menschenrechte‘“ (Orthographie wie im Original)

Die Bekämpfung dieser angeblich weltweit wirksamen imperialistischen Verschwörung beginnt daher mit der Schaffung „ethnopluralistischer“ freier Nationen, die „Durchmischung“ und „Einmischung“ vermeiden und in allem das Gegenbild der „multikulturellen“ USA sind: Globalisierungskritik meint für Rechtsextremisten nicht wie bei Linksextremisten eine andere Gestaltung von Globalisierung, sondern deren kompromisslose Bekämpfung. Dabei steht die „soziale Frage“ nicht im Vordergrund, eher schon die Klage über den angeblichen Souveränitätsverlust von Nationalstaaten und über „kulturelle Überfremdung“. Auch hier findet man als vermeintlichen Urheber wieder die „Ostküste“ – als Chiffre für die von Rechtsextremisten unterstellte jüdisch-kapitalistische Weltverschwörung.

Quellentext:

Erklärung des NPD-Bundesvorstandes zum Globalisierungsprotest

„Da es sich dabei um eine Opposition gegen Globalisierung handelt, kann ihr politisches Modell nur die Volksgemeinschaft sein, also die sozial und kulturell begründete enge Zusammengehörigkeit und Solidarität zwischen Menschen gleicher Volkszugehörigkeit und Nation im Gegensatz zur globalen Gleichschaltung von Kulturen, Völkern und Staaten.“ (*Deutsche Stimme*, Dezember 2000 / Januar 2001)

5.3.2 Ausstieg aus der Europäischen Union

Angesichts ihrer Haltung gegenüber supranationalen Institutionen verwundert es nicht, dass die NPD aus grundsätzlichen Erwägungen gegen die EU eingestellt ist. Die Kritik äußert sich zum Teil in wüster Demagogie, knüpft aber auch an gängige, teils populistische Bedenken gegenüber der Vielschichtigkeit der EU an. Im Zentrum steht der Vorwurf der Abtretung von Souveränitätsrechten an eine „unheilvolle Allianz supranationaler Technokraten und Beamten“. ¹⁰ Die EU verlange der Bundesrepublik einseitig große finanzielle Zahlungen ab, mit denen dann noch deutsche Arbeitsplätze in neue Mitgliedsländer verlagert würden. ¹¹ Konsequenter als demokratisch intendierte Globalisierungs- und EU-Kritiker lehnt die NPD auch den gemeinsamen Markt ab, da er gewachsene Wirtschaftsräume zerstöre, Arbeitsplätze vernichte und Sozialabbau fördere. ¹² Daher seien die Verträge von Schengen, Maastricht und Amsterdam aufzuheben, die bisherige Osterweiterung der EU „rückabzuwickeln“ und die gemeinsame Währung wieder aufzugeben.

Es ist also nicht nur Kritik an der Vielschichtigkeit des „zentralistischen Brüsseler Apparates“, welche die NPD umtreibt. Sie will generell keine – wie sie es mutmaßt – Integration Europas als „Instrument des Kapitals zur Durchsetzung seiner Interessen“, das letztlich ein „Umverteilungs- und Fremdbestimmungsmodell“ sei. ¹³ Natürlich ist auch hier wieder die kapitalistisch-jüdische Weltverschwörung am Werke: „Europa ist das Ziel vieler Begehrlichkeiten. Viele wollen von der Schaffenskraft der Europäer profitieren. Die größte Bedrohung stellen derzeit die USA dar, die Europa ihr Wirtschaftssystem aufdrängen und Europa zum Nutzen ihrer Oberschicht ausbeuten wollen. Militärischer Träger dieser Unterwerfung ist die NATO.“

Argumentationshinweis:

Gegen solch blühenden Unsinn kann man nur mit Fakten und historischen Zusammenhängen, hier zu den Gründungsgedanken der EWG/EU und der NATO argumentieren. Wie viel einfacher hätten die USA als weltstärkste Volkswirtschaft die vermutete „Ausbeutung“, wenn Europa nicht als Wirtschaftsraum, sondern als isolierte Kleinstaaten auftreten? Die EU ist im Übrigen für die USA nicht nur ein immens wichtiger Handelspartner, sondern auch ein Konkurrent.

Die Kritik der NPD an der Notwendigkeit der europäischen Wirtschaftsintegration findet zudem im luftleeren Raum statt. Selbst die Wirtschaftsmacht EU wird in einigen Jahren nur noch über rund 5% der Weltbevölkerung verfügen. Gemeinsam bilden die EU-Mitgliedsstaaten einen Wirtschaftsraum von nahezu 500 Mill. Einwohnern, der ein Viertel des Weltbruttosozialprodukts erzeugt. Einzeln auftretend wären im Weltmaßstab selbst die größeren europäischen Nationen chancenlos.

Dies gilt insbesondere für eine – angesichts fehlender Rohstoffe und eigener Energiereserven – exportorientierte Wirtschaft wie die deutsche. Sie profitiert immens von einem vergrößerten Wirtschaftsraum, in den 50% der deutschen Exporte gehen. Gerade die NPD, die sich in der Geschichte der Weltkriegsepoche auszukennen meint, hätte es leicht, sich der problemlosen wirtschaftlichen Blockierung Deutschlands im ersten – und in vergleichbarer Form – im zweiten Weltkrieg zu erinnern.

5.3.3 Ausstieg aus dem atlantischen Bündnis

„Deutsche Streitkräfte dürfen nicht Mittel internationaler Großmachtspolitik sein. Daher fordert die NPD den Austritt aus der NATO und die Schaffung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems.“

(NPD-Programm, S. 15)

Die NATO trifft also ein ähnliches Verdikt wie die EU. Sie wird als verlängerter Arm amerikanischer Kapitalinteressen gesehen, nicht als Werte- und Verteidigungsgemeinschaft der westlichen Demokratien. Die generelle Ablehnung der NPD gegenüber kollektiven Sicherheitssystemen ergibt sich wiederum aus dem Konzept des „Ethnopluralismus“. Demnach kann

es auch keine irgendwie geartete Berechtigung von Auslandsmissionen für deutsche Truppen geben – egal ob im Rahmen der NATO oder der UN. Denn in fernen Ländern entstehende Probleme – wie etwa Afghanistan als zeitweilige Basis für islamistischen Terrorismus – gehen die Bundesrepublik demnach nichts an. Die von einem ehemaligen Offizier, der es immerhin zwölf Jahre in dem „imperialistischen Bündnis“ ausgehalten hat, geführte NPD verfügt über ein sicherheitspolitisches Profil und Fachwissen, das offenbar so weit reicht wie die Schussweite eines Wehrmachtskarabiners. Wichtiger als eine realistische Einschätzung sicherheitspolitischer Risiken sind ihr offensichtlich solche historischen Hobbys wie die „Wiedereinführung der Militärgerichtsbarkeit“ und die „Bildung eines deutschen Generalstabs“, wie das Programm in Ziff. 15 fordert.

Argumentationshinweis:

Die Kritik an der NATO und der Bundeswehr richtet sich bei der NPD natürlich nicht gegen Militär an sich, sondern gegen westliches Militär, das vermeintlichen Kapitalinteressen dient. Sie ist insofern praktisch deckungsgleich mit linksextremistisch intendiertem Anti-Imperialismus, wie er beispielsweise von der Partei „Die Linke“ oder der DKP vertreten wird.

In einem Werbeflugblatt der NPD wird unter der Überschrift „Das kann Wirklichkeit werden“, wenn die NPD regiert, das Szenario eines sofortigen Abzugs von Bundeswehreinheiten aus allen Auslandseinsätzen ausgemalt. Das dürfte selbst bei NPD-Klientel nur mäßigen Anklang finden. Politisch rechts orientierte Jugendliche melden sich überdurchschnittlich gerne zur Bundeswehr (nicht immer zu deren Freude). Die Aussicht, künftig nur noch in inländischen Standorten dienen zu dürfen, wird für sie kaum attraktiv sein; das „Reisebüro Bundeswehr“ ist es aber durchaus.

Der Umstand, dass Deutschland derzeit nur von Freunden umgeben ist, eröffnet deutscher Politik die Chance, mit im historischen Maßstab besonders niedrigen Aufwendungen im Verteidigungshaushalt auszukommen. Dies kann sich ändern, wenn man das freundliche und friedliche Umfeld durch ein Europa nach den Vorstellungen der NPD ersetzt, in dem jeder Staat rücksichtslos seine nationalen Interessen durchsetzt.

5.3.4 Verhältnis zum Islamismus

Der 11. September 2001 hat – nach dem Ende des Kommunismus – eine neue Bedrohung aller zivilisierten Staaten der Welt auf die Tagesordnung gesetzt. Die Reife einer politischen Formation ergibt sich auch daraus, wie sie sich zu dieser Bedrohung stellt.

Der Rechtsextremismus zeigt dabei eine noch wesentlich deutlichere Sympathie und Nähe zum islamistischen Terrorismus als dies Linksextremisten tun.¹⁴ Links- und Rechtsextremisten vereint zwar „antiimperialistische“ Kritik an den USA und an Israel; Rechtsextremisten schätzen aber darüber hinaus insbesondere den in der islamischen Welt grassierenden Antisemitismus.

Andererseits kollidiert diese Interessenidentität der Feindbilder für Rechtsextremisten mit ihrer notorischen Ausländerfeindlichkeit. Als größte Zuwanderungsgruppe gelten Muslime als Bestandteil jener „entwurzelten Massen“, mit denen – im Jargon der Rechtsextremisten – die „Verausländerung“ Deutschlands vorangetrieben wird. Die Verachtung der Rechtsextremisten für muslimische, besonders türkische Menschen, ist geradezu paranoid, man denke an Propagandaaktionen wie „Gute Heimreise“ oder die im Neonazi-Spektrum kursierenden menschenverachtenden Musiktexte. Die „vielen orientalischen Landbesetzer“ würden „bis zum Tag ihrer Rückführung“ eine „unaufhebbare kulturelle Differenz zum Gastland“ aufweisen: „Niemand darf bezweifeln, dass der Islam in Europa eine Fremd- und Feindreligion ist.“

Auf einer anderen, der außenpolitischen Ebene gelten nämlich die Islamisten als Verbündete der „Nationalisten“. Sie richten sich gegen den gleichen Feind, den amerikanischen „Globalismus“, der – so die NPD – ähnlich wie der islamistische Fundamentalismus die Freiheit und Identität der Völker bedrohe. Bei dieser Orientierung wird sogar die traditionelle Fremdenfeindlichkeit von Rechtsextremisten durch den Hass auf westliche Werte überblendet:

„So positiv die wachsende Islamfeindlichkeit innenpolitisch ist, weil sie die nationalistische Forderung nach Ausländerrückführung salonfähig macht, so bedenklich ist sie außenpolitisch, weil sie den US-Amerikanern und ihrer Aggressionspolitik gegen die arabische Welt in die Hände spielt.“¹⁵

Wenn der Islam als „innerer Gegner [...] Verbündeter nach außen“ ist¹⁶, so werden die archaischen und terroristischen Methoden der Islamisten taktisch akzeptiert. So erscheint die Anwesenheit des NPD-Vorsitzenden Udo Voigt bei einer Veranstaltung der inzwischen verbotenen Terrorgruppe „Hizb ut-Tahrir“ im Oktober 2002 in Berlin durchaus konsequent.¹⁷ Und im Januar 2007 schickte die NPD ihr Mitglied Benedikt Frings zur „Holo-caust-Konferenz“ nach Teheran, wo sich die Internationale der Revisio-nisten ein Stelldichein gab. *Deutsche Stimme* zeigte den deutschen Nazi beim freundlichen Händedruck mit dem iranischen Außenminister Motta-ki.¹⁸

Quellentext: Originalton NPD

„Möglich, dass künftige Historiker den iranischen Präsidenten Ahma-dinedschad einmal als Bahnbrecher einer geschichtlichen Wende würdi-gen werden. Denn der Iran ist derzeit die Speerspitze im Kampf um eine gerechtere Weltordnung. [...] Es gibt heute nicht mehr nur ‚den‘ Westen und den Rest der Welt. Seitdem das US-Regime ohne Rück-sicht auf Verluste die ‚One World‘ ansteuert, sind neue Allianzen unum-gänglich. Wer im Angesicht der amerikanischen Zumutung überleben will, muss sich heute andere Verbündete suchen als vor 20 Jahren:

Man muss dies gerade in Deutschland deutlich sagen, weil Millionen von Moslems in unserem Land das Zeug zu einer ethnisch-kulturellen Zeitbombe haben. Aber: Der Islam ist nicht unser Feind. Er mag der Feind Amerikas und der ‚westlichen Werte‘ sein, aber er ist nicht der Feind der Deutschen. Wer unbedingt nach einer Statistenrolle in Ameri-kas verbrecherischen ‚Krieg gegen den Terror‘ schießt, spielt das Spiel Washingtons und Israels.“

(Karl Richter: „Bleiben Sie am Ball, Herr Ahmedinedschad“, in: *Deutsche Stimme*, Juli 2006)

5.3.5 „Raumorientierte Wirtschaftspolitik“

Das von der NPD als „raumorientierte Wirtschaftspolitik“ oder „raum-orientierte Volkswirtschaft“ favorisierte Modell bewegt sich ideologisch nah an nationalsozialistischer Autarkiepolitik. Es knüpft an den von Herder entworfenen „geschlossenen Handelsstaat“ des frühen 19. Jahr-

hundreds an, lehnt Weltmarkt, freien Warenaustausch und eigenverantwortliches Unternehmertum weitgehend ab. Wirtschaft habe, so die NPD in vermutlich unbewusster Übernahme einer Diktion Mao Tse-Tungs, „dem Volke zu dienen“ (NPD-Programm Ziff. 4):

„Ziel nationaldemokratischer Wirtschaftspolitik ist die Synthese von unternehmerischer Freiheit und sozialer Verpflichtung. Deshalb bekennt sich die NPD zu einem freien und sozial verpflichteten Unternehmertum. Die Führung der Volkswirtschaft ist jedoch Aufgabe des Staates und unterliegt dessen letzter Verantwortung.“ (ebda).

In der Staatswirtschaft der NPD sind „Grund und Boden Eigentum des deutschen Volkes“; Unternehmen werden umfangreichste Abgaben abverlangt, wenn sie versuchen sollten, international wettbewerbsfähig zu werden¹⁹, „der internationale Handel ist eine notwendige Ergänzung der heimatischen Wirtschaftsbasis, darf diese aber in ihrer Vielfalt und Substanz nicht aushöhlen.“ (NPD-Programm Ziff. 5).

Argumentationshinweis:

Die Folgen einer Abkoppelung vom Weltmarkt für ein rohstoff- und energiearmes, aber technologisch führendes und exportorientiertes Land lassen sich leicht am ökonomischen Bankrott der DDR vorführen: Investitionen und Innovationen bleiben aus, und die Arbeitsplatzverluste der Exportindustrie würden die Arbeitslosenzahlen rasch in zweistellige Millionenhöhe schnellen lassen. Heute in internationaler Arbeitsteilung produzierte Konsumgüter würden drastisch teurer; preiswertes, in Schwellenländern gefertigtes Werkzeug aus dem Baumarkt gäbe es auch für handwerkeltende „Kameradschaftler“ nicht mehr. Im Speiseplan würden Kartoffeln, Kohl und Sauerkraut wieder nach vorn rücken. Die heimische Autoindustrie würde ohne Exporte überflüssig, ihre Produkte selbst für Inländer unerschwinglich. Was fast ohne Bedeutung wäre, weil die NPD nicht erklären kann, wie sie ohne Exporte die Devisen für den Import von Treibstoffen bezahlen will.

In der Praxis weiß die NPD die Segnungen der Marktwirtschaft dennoch zu schätzen. Die Partei wurde dabei erwischt, dass sie ihr Zentralorgan *Deutsche Stimme* aus Kostengründen in Polen drucken ließ: „Arbeitsplätze nur für Deutsche“ scheint kein unbeugsames Prinzip zu sein.

5.3.6 Sozialagitation

Durch Aufgreifen nationalbolschewistischer Gedankenmuster haben NPD und „Kameradschaften“ eine umfangreiche Sozialagitation entwickelt, die sich seit 2004 besonders wirksam am Thema der Arbeitsmarktreformen festmachte. Es entspricht der agitatorischen Praxis, dass die Partei die Erhöhung von Sozialleistungen ausschließlich (für Deutsche) fordert, grundsätzlich aber keine finanziellen Deckungskonzepte für ihre Forderungen präsentiert.

Die Sozialagitation der NPD ist im Zusammenhang mit der Globalisierungskritik zu sehen und stets auf das völkisch-rassistische Gesamtkonzept der Partei zurückbezogen. Mit sozialpolitischen Anliegen der klassischen sozialistischen Arbeiterbewegung oder der katholischen Soziallehre hat sie nichts zu tun.

NPD und Kameradschaften suggerieren dem Publikum, soziale Ungleichheit habe ihre Ursache im „Globalismus“ und in den Weltherrschaftsplänen des (jüdischen) Kapitals. Befreiung von diesem Zustand zu organisieren, sei Aufgabe bewusst handelnder Nationalisten, die ihr Land aus dem System der Weltwirtschaft herauslösten.

Somit bleibt die Sozialagitation auch stets auf die „Volksgemeinschaft“ und die „raumorientierte Volkswirtschaft“ bezogen: Arbeitsplätze und Sozialleistungen fordern Rechtsextremisten nur für Deutsche. Ausländer sollen hingegen aus den Sozialversicherungssystemen ausgegliedert werden (NPD-Programm Ziff. 7). Voraussetzung für die Teilnahme am Sozialstaat ist also nicht Bedürftigkeit oder eine nicht zu vertretene Notlage des Einzelnen, sondern die ethnische Zugehörigkeit zu einem völkischen Kollektiv:

„Aus sozialer Gerechtigkeit wächst die nationale Volksgemeinschaft. Sozialpolitik bedeutet die Solidarität des Volkes mit seinen Angehörigen. Sie muss die Geborgenheit des Einzelnen in der Gemeinschaft sichern.“ (NPD-Programm Ziff. 7)

Populistische Sozialagitation ist zu einem der Hauptagitationsmuster der NPD geworden. Sie kann wegen ihrer Vieschichtigkeit hier nicht im Einzelnen dargestellt werden. Gleichwohl bildet sie die Fassade für die Systemkritik und die menschenfeindliche völkisch-rassistische Gesellschafts-

konzeption der NPD. Sie muss daher stets in diesem Zusammenhang interpretiert werden. Ihr Gewicht innerhalb des strategischen Konzepts der NPD wird noch zunehmen: Ein neues NPD-Programm soll Aussagen zu den „Grundlagen von Volk und Staat, aber vor allem auch mit Blick auf antiglobalistische Denkansätze im ökonomischen Bereich“ stärker akzentuieren.²⁰

- 1| *Die DVU hat sich offenbar mit dieser Frage nicht sehr tiefgründig beschäftigt. Die – wie sie richtig heißt – „freiheitliche demokratische Grundordnung“ ist nicht etwa „im Grundgesetz verfasst“, sondern geht auf eine Rechtsauslegung des Bundesverfassungsgerichts zu den tragenden Grundsätzen der Verfassung aus Anlass des SRP-Verbots von 1952 zurück; vgl. oben Ziff. 2.1.*
- 2| *Auch dies hat man der extremistischen Linken abgeschaut. Der Stil erinnert an die Vorläufer der Autonomen und an die frühen Jahre der „tageszeitung“ (taz), als dieses Blatt zwischen freundlicher Alternativszene, Anarchismus und Terrorismussympathien changierte.*
- 3| *So der NPD-Ideologe Karl Richter in „Deutsche Stimme“, Juli 2006.*
- 4| *Alle vorhergehenden Zitate aus „Strategische Leitlinien zur politischen Arbeit der NPD. Positionspapier des NPD-Bundesvorstandes“, Nationaldemokratische Schriftenreihe – Folge 12, Berlin 2002, S. 15 f.*
- 5| *„Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland“, S. 9.*
- 6| *Jürgen Gansel, Zappeln in der Menschenrechtsfalle, Erklärung vom 15. März 2006, Homepage der NPD-Bundespartei.*
- 7| *Nicht auszuschließen ist, dass dies ein Seitenhieb auf die angebliche Verfolgung der NPD sein könnte, die damit als verfassungsfeindlich gebrandmarkt wird. Aus dem Text des Satzungsparagraphen geht nicht ausdrücklich hervor, dass auch die NPD für eine solche Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses eintritt.*
- 8| *Alles unter <http://www-ds-versand.de/xtcommerce/> (4. Mai 2007)*
- 9| *Als „Revisionismus“ wird im Zusammenhang mit dem Rechtsextremismus das Bestreben bezeichnet, den Massenmord an den europäischen Juden abzuleugnen oder für nicht bewiesen zu erklären. In der Bundesrepublik treten die Gerichte nicht mehr in eine Beweisaufnahme darüber ein, ob die Shoa stattgefunden hat; nach allgemeiner Rechtsprechung gilt dies als erwiesen und allgemeinkundig. Mit diesem Vorgehen soll Rechtsextremisten die Möglichkeit genommen werden, ihre zynischen Anzweiflungen zulasten der Opfer in jedem beliebigen Rechtsstreit wieder neu vorzutragen.*
- 10| *NPD-Programm, Ziff. 9. Die Partei verwendet gängige populistische Kritik, um die Kosten des Apparates in Brüssel zu geißeln: „Die Leistung der EU-Beamten, insbesondere der angeblichen Spitzenkräfte, steht vielfach in keinem Verhältnis zur Besoldung. Abgehalfterte oder ungeliebte Politiker werden regelmäßig auf einen gutdotierten Versorgungsposten nach Brüssel abgeschoben, damit sie in der Heimat nicht weiter stören.“ (Aktionsprogramm, S. 68). Die Kritik ist zum Teil berechtigt, übersieht aber die hohen Anforderungen an den durchschnittlichen EU-Bediensteten, der mit einer Vielzahl unterschiedlicher nationaler Rechtsordnungen zurechtkommen und über erhebliche Sprachkenntnisse verfügen muss.*
- 11| *„ Argumente für Kandidaten und Mandatsträger“, a.a.O., S. 20 f.*

- 12| *NPD-„Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland“, S. 65 und 66.*
- 13| *„Argumente für Kandidaten und Funktionsträger“, a.a.O., S. 20.*
- 14| *Linksextremisten lehnen soziokulturelle Aspekte des Islam wie verminderten Rechtsstatus der Frauen, Unterwerfung unter eine theokratische Ordnung, rigide Reglementierung des Lebens nach religiösen Vorschriften, ab.*
- 15| *Jürgen Gansel, in: „Deutsche Stimme“, April 2006.*
- 16| *Angelika Willig, in: „Deutsche Stimme“, Februar 2007.*
- 17| *Verfassungsschutzbericht 2002, S. 185.*
- 18| *„Deutsche Stimme“, Februar 2007. Der deutsche Nazi berichtet gerührt, sein schiitischer Reiseführer habe ihn in ein Sufi-Kloster mitgenommen, wo beide gemeinsam gebetet hätten.*
- 19| *In Folge 13 der NPD-Schriftenreihe „Profil“ („Grundlagen einer nationaldemokratischen Volkswirtschaftslehre“) sind dies u.a eine Anti-Lohndumping-Abgabe, eine Naturschutzabgabe, eine Arbeitsplatzsicherheitsabgabe und eine „Rückführungsabgabe“: Damit sollen die Kosten für die Rückführung ausländischer Arbeitnehmer in ihre Heimatländer abgedeckt werden.*
- 20| *NPD-Funktionär Sascha Rossmüller in: „Deutsche Stimme“, Oktober 2007.*

6. AUSGEWÄHLTE PROBLEME DER EINDÄMMUNG DES RECHTSEXTREMISMUS

Die Eindämmung des Rechtsextremismus ist heute, da er eine zumindest in den neuen Bundesländern ernst zu nehmende Größe erreicht hat, eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe geworden. Zur Haltung gegenüber dem „modernisierten“ Rechtsextremismus gibt es heute einen – gemessen am früheren Lagerdenken – erfreulich breiten Konsens der Demokraten.

6.1 VERFEHLTE STRATEGIEN

Eine Reihe älterer verfehlter Strategien gegen den Rechtsextremismus wurde sowohl von demokratischen Kritikern als auch von Linksextremisten verwendet. Umgekehrt beteiligten sich in der Vergangenheit auch Demokraten an eindeutig linksextremistischen Antifa-Strategien.

6.1.1 Volkspädagogische „Aufarbeitungs“-Strategien

Rechtsextremistische Organisationen weisen in unterschiedlicher Intensität einen positiven oder mindestens verharmlosenden Bezug zum Dritten Reich auf. Es liegt nahe, ihre Attraktivität dadurch zu bekämpfen, dass man Bewusstsein für die Verbrechen des NS-Regimes herstellt.

Unter aktuellen Verhältnissen begegnet diese Strategie sofort Einwänden: Sie kann nicht funktionieren, wenn die Wertebasis der Zielgruppe (Neonazis, Skinheads, gewaltbereite Rechtsextremisten oder in deren Umfeld befindliche Personen) Gewalt, Verbrechen und sittliche Verrohung nicht als unerwünschtes, sondern erstrebenswertes Verhalten angenommen hat. Die Zielgruppe ist dann nicht mehr ansprechbar, Aufklärung zum Nationalsozialismus durch Darbietung historischer Fakten wird dann scheitern.

Grundsätzlich wird man heute neben der deutlicheren Gewöhnung an und Zustimmung zu (zumeist medial dargebotener) Gewalt bei jugendlichen Zielgruppen Folgendes beachten müssen: Hinzugekommen ist eine Ost-West-Irritation im Umgang mit Geschichtsvermittlung und Geschichtserfahrung. Schüler in den neuen Bundesländern haben das Dritte Reich nur unzureichend vorgestellt bekommen, weil übernommene DDR-Lehrer in dieser Frage häufig überfordert oder unwillig waren. Wird diese Aufklärung von Institutionen der politischen Bildung nachgeholt, so wird eine „Wessi“-Belehrung vermutet und entsprechend auf Abwehr geschaltet. Generell kommen belehrend gemeinte moralische Vorhaltungen nicht an. Sie bestärken eher die ständige Propaganda von NPD und DVU, nach der die Deutschen ein zwangsweise von den Siegern umerzogenes und seither in einem verordneten Geschichtsbild festgehaltenes Volk seien. Dagegen lassen sich am zweckmäßigsten historische Fakten setzen. Urteile müssen sich die Zielgruppen aus eigenem Antrieb erarbeiten; darauf kann man allenfalls hin arbeiten.

6.1.2 „Antirassismus“-, Psycho- und Ausgrenzungsstrategien

Das offensichtliche Versagen ökonomischer Erklärungen für Rechtsextremismus wie dem orthodox-kommunistischen Antifaschismus hat auch in Teilen der demokratischen Linken zu der Haltung geführt, Rassismus als Kern und Ursache rechtsextremistischer Verhaltensmuster zu sehen. Die Stichhaltigkeit dieses Ansatzes ergab sich scheinbar auch aus der weitgehenden Übereinstimmung von rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Einstellungen. Allerdings schoss das Erklärungsmuster über das Ziel hinaus, weil es den generell „guten Ausländer“ konstruierte, die Diskussion von Einwanderungs- und Integrationsfragen als „rassistisch“ tabuisierte und somit dieses Politikfeld auch noch der rechtsextremistischen Agitation überließ. Mit der erfolgreichen Änderung des Asylrechts 1993 hat sich diese offene Flanke der etablierten Politik ein Stück weit geschlossen.

Argumentationshinweis:

Der Verweis darauf, dass insbesondere in den neuen Bundesländern kein Anlass zur Ausländerfeindlichkeit besteht, weil der Anteil der nicht-deutschen Wohnbevölkerung lediglich zwischen einem und zwei Prozent liege, verfängt nur begrenzt. Die NPD hat ihre Agitation verfeinert. Sie räumt ein, dass aktuell „Überfremdung“ in den neuen Bundesländern kein Problem sei. Die dortige Bevölkerung sei aber langfristig von der im Westen durch „Masseneinwanderung“ von „Landbesetzern“ ablaufenden „Umvolkung“ ebenfalls in ihrer Identität bedroht. „Damit Mitteleuropa deutsch bleibt, muss bereits heute jeder weiteren Überfremdung entgegengetreten werden.“¹ Plakativ behauptet die NPD: „Heute tolerant, morgen fremd im eignen Land.“

Dem „Rassismus“-Erklärungsmuster für Rechtsextremismus nahe verwandt sind die so genannten *Psycho- und Ausgrenzungsstrategien*. Sie rekurren in der Tradition der „Frankfurter Schule“ auf die Grundannahme, dass es bestimmte psychologische Bedingungen gebe, die für Rechtsextremismus empfänglich machten. Zumeist wird bei diesen Theorien die Entstehung des Nationalsozialismus auf eine autoritäre Persönlichkeitsdisposition der Deutschen zurückgeführt. Der Unterton ist klar: Es handelt sich beim Rechtsextremismus um eine spezifisch deutsche, zumindest bei Deutschen epidemisch auftretende Krankheit, weshalb die Publizistik auch gerne von „Bazillus“ oder „Seuche“ schreibt. Das politische Problem Rechtsextremismus wird klinifiziert. Wiederum nähern sich hier von Linken und Linksextremisten bevorzugte Deutungsmuster methodisch dem, was sie zu bekämpfen vorgeben. Denn mit dem Deutungsmuster, ihre politischen Kontrahenten seien nicht einfach nur böse, sondern möglicherweise geradezu unheilbar krank, könnten sich sicherlich auch Neonationalsozialisten anfreunden.

6.1.3 „Antinationalismus“-Strategien

Wiederum verwandt mit den Psycho- und Ausgrenzungsstrategien sind überzogene Befürchtungen vor einem angeblich besonders gefährlichen deutschen Nationalismus, der – so die Grundannahme – nach historischen Erfahrungen mit dem ersten und zweiten Weltkrieg nahezu zwangsläufig Chauvinismus, Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und imperiale Ambitionen nach sich ziehe. Am stärksten zugespitzt sind solche

Deutungsmuster in Teilen der so genannten „antideutschen“ extremistischen Linken. Sie plädierte schon für einen Verzicht auf die deutsche Einheit, aus der unweigerlich ein „IV.Reich“ entstehen werde und forderte die „Auflösung des deutschen Volkes in eine multikulturelle Gesellschaft“.²

Bekanntlich haben sich solche Wahnideen nicht bestätigt. Es gibt auch keinen Anlass, den Rechtsextremisten das Themenfeld Patriotismus zu überlassen. Allerdings muss stets eine Abgrenzung zwischen dem „Nationalismus“ der Rechtsextremisten und einem auf demokratischen Werten basierenden Nationalgefühl gezogen werden.³ Die Erfolgsgeschichte von Westbindung und fünfzig Jahren EU-Integration lässt es geraten erscheinen, das Thema Patriotismus unbefangener anzugehen, es aber nicht den Rechtsextremisten zu überlassen.

6.1.4 Orthodox-kommunistische „Antifaschismus“-Strategien

Diese Konzepte und das an ihr festhaltende politische, zumeist links-extremistische, Spektrum, ist im Wesentlichen bei Analyse der NS-Macht-ergreifung durch die Kommunistische Internationale im Dezember 1933 stehen geblieben. Demnach sei der Faschismus wesensverwandt mit der bürgerlichen Demokratie. In beiden Fällen handele es sich um die Macht-ausübung des Großkapitals. Sie funktioniere im Normalfalle in Form der Demokratie. Werde der Widerstand der Arbeiterklasse gegen das Kapital zu stark, übertrage dieses die Herrschaftsausübung an faschistische Kräfte. Die nach dem Generalsekretär der Komintern Georgi Dimitroff benannte Doktrin definierte den Faschismus als „die offene terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“⁴. Die Nazis waren demnach nur eine graduelle Veränderung gegenüber der Weimarer Demokratie, da beide als Sachwalter der Kapitalherrschaft fungierten. Nach dieser auch als „Agentur-Theorie“ bezeichneten Vorstellung waren auch Demokratien latent faschistisch; die einzige echte Abhilfe bestand in einem Systemwechsel zum Sozialismus, der mit der neuen Kapitalherrschaft auch „den Faschismus mit seinen Wurzeln ausreißen“ könne.

Damit war in orthodox-kommunistischer Sprachregelung „konsequenter Antifaschismus“ ein Synonym für den „realen Sozialismus“ bzw. Stalinismus. „Antifaschistische“ Kampagnen auf dieser Grundlage dienen nicht der Abwehr von Rechtsextremismus, sondern in erster Linie zur Bekämpfung demokratischer und marktwirtschaftlicher Ordnungen.

Ihre Träger sind durchweg Linksextremisten: Als Teil der DDR-Staatsräson war der „verordnete Antifaschismus“ der SED zugleich deren Legitimation, sich von jeglicher Wiedergutmachung und ernsthaften Aufarbeitung der Geschichte des Nationalsozialismus zu dispensieren. Die SED hatte als sozialistische Kraft damit ja angeblich nichts zu tun. Der westdeutsche Interventionsapparat der SED, die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) unterhielt für ihre „Antifaschismus“-Kampagnen die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten“ (VVN-BdA). 2003 hat sich diese Organisation mit den übriggebliebenen Repräsentanten des staatlichen DDR-Antifaschismus zusammengeschlossen.

Hintergrund:

Die Auszeichnung dieser Altkommunisten mit staatlichen Orden wegen ihres „Widerstandes“ gegen den Nationalsozialismus war und ist nicht unüblich. Zwar sind die Betroffenen tatsächlich Opfer des NS-Regimes, sie hatten aber zuvor aktiv bei der Zerstörung der Weimarer Republik geholfen und keineswegs deren Wiederherstellung im Sinn. Ihr politisches Ziel war bis 1945 die Errichtung einer stalinistischen Diktatur; daran hielten sie auch danach unter Bedingungen der deutschen Teilungsgeschichte fest.

Gemeinsame Lichterketten-Demonstrationen, Gedenkstätten-Fahrten oder Zeitzeugen-Gespräche mit solchen Altkommunisten sind kontraproduktiv. Sie vermitteln lediglich gefälschte SED-/DKP-Geschichtsbilder; außerdem geht es ihnen nicht um die Eindämmung von Rechtsextremismus. Im Gegenteil: als Beleg für die Richtigkeit der Agentur-Theorie benötigen sie ihn in gewissem Sinne, um die angebliche „Rechtsentwicklung“ der Bundesrepublik und ihre Anfälligkeit für „Faschismus“ behaupten zu können.

Im Verfassungsschutzbericht des Bundes 2006 ist die VVN-BdA nicht mehr erwähnt. Es ist damit zu rechnen, dass die nach wie vor traditionskommunistische Organisation daraus einen Anspruch ableitet, in den Kreis der Demokraten aufgenommen zu werden.

Kaum eine „Faschismus“-Theorie taugt zur Erklärung des modernisierten Rechtsextremismus so wenig wie diese, nach der Rechtsextremismus eine „Agentur“ des Großkapitals zu dessen Herrschaftssicherung sein soll: Die relevanten Teile des Rechtsextremismus sind aggressiv antikapi-

talistisch eingestellt. Das Großkapital fände unter Bedingungen einer NPD-Regierung denkbar schlechteste Verwertungsbedingungen, und die NPD gilt in den neuen Bundesländern bisweilen als Faktor, der Investoren abschreckt. Überflüssig zu erwähnen, dass weder das Finanzkapital noch Großkonzerne die NPD unterstützen. Die Vorstellung, der heutige Rechtsextremismus sei ein Hampelmann des Kapitals, ist definitiv lächerlich.

6.2 MIT DER PARTEI „DIE LINKE“ GEGEN DEN RECHTSEXTREMISMUS?

Die Frage, ob man mit Vertretern verfehlter und politisch ambitionierter Analysen des Rechtsextremismus NPD, DVU und „Kameradschaften“ bekämpfen kann, stellt sich angesichts des Inhaltes der orthodox-kommunistischen „Antifaschismus“-Doktrin mit aller Deutlichkeit. Denn die frühere SED weist nicht nur in vieler Hinsicht ein ambivalentes Verhältnis zur Verfassungsordnung auf; sie steht auch in der kommunistischen Tradition des „Antifaschismus“.

Selbstverständlich ist „Die Linke“ ein politischer Gegner des Rechtsextremismus. Zugleich aber ist diese Gegnerschaft merkwürdig gebrochen. In Teilen der neuen Bundesländer hat der Rechtsextremismus „Die Linke“ als sozialer „Kümmerer“ abgelöst, außerdem stützt er sich vielfach auf Mentalitäten und traditionelle DDR-Prägungen. Die NPD spricht offen aus, dass sie in der Klientel der früheren SED ein gewinnbares Potenzial sieht. „Die Linke“ weiß um diese Überschneidungen, und ihre praktischen Reaktionen auf den Aufstieg des Rechtsextremismus sind nicht so, dass man sie an der Speerspitze der Gegenkräfte finden könnte.

Betrachtet man ihre politischen Festlegungen, so fällt auf, dass die Positionen der Partei keineswegs eindeutig sind. Sie verwendet in ihren schriftlichen Bekundungen sowohl den angemessenen Begriff „Rechtsextremismus“ als auch die traditionelle Diktion vom „Antifaschismus“. Der Kontext ideologischer Bekundungen erweckt den Eindruck, dass sie sich vom „Antifaschismus“ als Kampfmittel gegen den politischen Gegner im demokratischen Spektrum eher nicht gelöst hat.

Hierfür ist vor allem das aktuelle Parteiprogramm aufschlussreich, das man allerdings erstens als Fortschreibung älterer Papiere und zweitens als innerparteilichen Kompromiss der durchaus intern pluralistisch strukturierten Partei sehen muss.

Im Kapitel „Demokratie“ berührt der Text das Problem Rechtsextremismus:

„Die Verrohung der politischen Kultur, Intoleranz, Rassismus, Antisemitismus und Gewalt gegenüber anderen Lebensweisen stellen große Gefahren für das demokratische Zusammenleben dar. Rechtsextreme und neonazistische Kräfte gewinnen besonders dort an Einfluss, wo die Pflicht vernachlässigt wird, allen die Chance für ein menschenwürdiges Dasein zu bieten. Mit Blick auf die deutsche Geschichte und Gegenwart bekennt sich die Linkspartei.PDS zu konsequentem Antifaschismus und lehnt jede Form von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus ab.“ (PDS-Programm, S. 24)

Im Anschluss an diesen Text wird das Eintreten der Partei für eine offene und tolerante Gesellschaft beteuert, und so hat man tatsächlich ein unklares Bild. Klar wird angedeutet, dass sie die Ursachen des Rechtsextremismus in sozialen Defiziten sieht, was angesichts gegenläufiger empirischer Befunde falsch ist und auf „traditionelle“ Sichtweisen schließen lässt. Auch ist das „Bekenntnis“ als Ritual überflüssig und der ideologische Begriff „konsequenter Antifaschismus“ verdächtig. Andererseits richtet sich die Partei hier nicht „gegen rechts“ im Sinne der Bekämpfung des demokratischen Konkurrenten. Außerdem lassen die Erwähnung von Rassismus und Antisemitismus erkennen, dass ihr Aspekte des Rechtsextremismus heute geläufig sind, die sie als SED stets verleugnet hatte.

Andererseits machen Passagen im Programm, die sich auf das Selbstverständnis der Partei beziehen, klar, dass sie große Schwierigkeiten hat, einen Bruch mit ihrer Vergangenheit zu vollziehen. Nach wie vor wird das SED-Regime nicht nur verharmlost, sondern geradezu verherrlicht:

„Als demokratische Sozialistinnen und Sozialisten bleiben wir insbesondere jenen Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung – der Gewerkschaften, der sozialdemokratischen wie der kommunistischen Parteien – verpflichtet, die in den Kämpfen gegen Nationalismus und Militarismus, gegen Imperialismus und Faschismus entstanden und sich nach 1945/46 im gemeinsamen Einsatz für die antifaschistisch-demokratische Neuordnung Deutschlands bewährten. Aus historischer Erfahrung wenden wir uns entschieden gegen jegliche Form von Antisozialdemokratismus und Antikommunismus.“
(Programm, S. 51)

Wie kommt ein solcher Text in der Diktion des Hochstalinismus in ein angeblich modernes Programm? Hat „Die Linke“ vergessen, dass sie es war, die als Kommunisten Sozialdemokraten und Gewerkschaften bis aufs Blut verfolgt hatte? Und wäre es nicht angemessen, endlich ein klares Bekenntnis zum Antikommunismus als demokratische Grundtugend abzugeben?

Das Programm fährt fort:

„Wir wiederholen unsere Überzeugung: Nach 1945 bemühten sich Millionen Menschen in Ost und West, das faschistische Erbe zu überwinden. Sie setzten sich für ein friedliebendes Deutschland und den Aufbau einer besseren Gesellschaftsordnung ein. Dieser Wille bedarf auch für den Osten keiner Entschuldigung. Die antifaschistisch-demokratischen Veränderungen im Osten Deutschlands und das spätere Bestreben, eine sozialistische Gesellschaft zu gestalten, standen in berechtigtem Gegensatz zur Weiterführung des Kapitalismus und Westdeutschland, der durch die in der Menschheitsgeschichte unvergleichbaren Verbrechen des deutschen Faschismus geschwächt und diskreditiert war.“ (Ebenda.)

Wenn der Wille zum Aufbau einer demokratisch-antifaschistischen Ordnung – jedes gediente SED-Mitglied weiß, dass dies eine Chiffre für eine Übergangsordnung ist, die direkt in die Stalinisierung der DDR einmündete – keiner Entschuldigung bedarf, dann war das SED-Regime aus dieser Sicht insgesamt eben in Ordnung. Wer so etwas fast zwei Jahrzehnte nach 1989 formuliert, gibt zu erkennen, dass er den Unterschied zwischen Demokratie und Diktatur mitnichten verstanden hat.

Wie sollte „Die Linke“ in der Lage sein, sich glaubwürdig an Bündnissen gegen Rechtsextremismus zu beteiligen, wenn sie die eigene Vergangenheit als Betreiberin eines Gewalt- und Unrechtregimes in dieser Form rechtfertigt?

Wer Rechtsextremisten auf der Basis von Grundwerten bekämpfen will, muss auf diesem Feld auch die frühere SED stellen. Es könnte sich lohnen, denn die politische Praxis der Partei sieht vor Ort gelegentlich anders aus als die Diktion dieser Passagen des Parteiprogramms vermuten lassen. Wo die demokratische Zuverlässigkeit erkennen lässt, sollte sie als Partner akzeptiert werden. Von „Bündnissen gegen rechts“ oder dem

Vorschlag „antifaschistische Klauseln“ in die Landesverfassungen aufzunehmen, sollten sich die demokratischen Kräfte fernhalten. Sie könnten rasch in einer „antifaschistischen“ Lichterkette hinter Komintern-Parolen aus den 1930er Jahren hertröten und im Nachhinein feststellen, dass die Lichterkette dem Fackelzug doch näher verwandt war als erwünscht.

6.3 DIFFERENZIIERTES VORGEHEN

Rechtsextremismus und seine Bekämpfung sind wegen der damit verbundenen moralischen Verflechtungen ein politisch sensibles Thema. Schon der vage Verdacht, das Phänomen zu unterschätzen, zu verharmlosen, bei seiner Bekämpfung nicht zu allen Mitteln (notfalls auch zu demokratieunverträglichen) greifen zu wollen, kann fatale Folgen zeitigen. Vermutlich ist deshalb in der Vergangenheit häufig die kühle abwägende Analyse durch – unschädliche, aber auch wirkungslose – Betroffenheitsrituale ersetzt worden.

Der Gegenstand ist, wie gezeigt, durch eine Vielzahl von Asymmetrien geprägt: zwischen Ost und West, Nord und Süd, zwischen scheinbarer „Zivilisierung“ und offener Gewaltbereitschaft, zwischen modernem Outfit und anachronistischer Ideologie. Dies erfordert ein auf unterschiedliche Lagen und Zielgruppen zugeschnittenes Vorgehen: Aufklärung über Rechtsextremismus wird im Ruhrgebiet anders aussehen müssen als in Vorpommern.

6.3.1 Ignorieren, Totschweigen, Verbieten?

Diese drei Reaktionsmuster liegen im Spannungsfeld zwischen Aufwertung durch hysterische Überreaktion einerseits und fahrlässiger Unterschätzung andererseits. Wenn Rechtsextremisten in einer Region auf 10%-Ergebnisse zusteuern, kann man sie nicht mit der Begründung ignorieren oder totschweigen, dass ansonsten Investoren abgeschreckt und die Tourismuseinnahmen gefährdet seien. Wer aber in einer Großstadt wie Berlin wegen ein paar Rechtsextremisten regelmäßig Betroffenheitsmärsche organisiert, macht sich lächerlich und liefert Demokratiefeinden nicht nur einer Richtung Steilvorlagen für die eigene Propaganda.

Zweischneidig sind auch Organisationsverbote, die für schlicht denkende Verwaltungsjuristen die nahe liegende Reaktionsform und für Politiker ein

geeignetes Alibi darstellen. Das Bundesamt für Verfassungsschutz führt in einer Broschüre 26 neonazistische Organisationen auf, die seit 1989 nach dem Vereinsgesetz verboten worden sind, und die Behörde wird nicht müde zu betonen, wie stark diese Verbote die Aktionsfähigkeit der Szene beeinträchtigten.⁵ Interessanterweise ist die Anzahl der Neonazis im Zeitraum dieses Verbotsfeuerwerks von 1.500 auf mehr als 4.000 gestiegen. Und auch das taktisch zivilisierte und daher schwerer zu konterkarierende Auftreten der „Kameradschaften“ ist eine Folge der Verbotspraxis.

Selbst die NPD war Gegenstand eines Verbotsverfahrens⁶, dessen Ausgang außerordentlich lehrreich ist: Am 30. Januar und am 30. März 2001 hatten Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat in Karlsruhe beantragt, die NPD für verfassungswidrig zu erklären und aufzulösen, weil die Partei „in ihrem Gesamtbild nationalsozialistisch, antisemitisch, rassistisch sowie antidemokratisch geprägt“ sei. Vorausgegangen waren im Jahr 2000 drei aufsehenerregende Vorfälle mit mutmaßlich rechtsextremistischem Hintergrund⁷.

Trotz des erheblichen öffentlichen Erwartungsdrucks stellte das Bundesverfassungsgericht das Verfahren am 18. März 2003 ohne abschließendes Urteil ein. Es stellte dazu fest, die Durchsetzung der Führungsgremien der NPD durch V-Leute der Verfassungsschutzbehörden stelle einen nicht behebbaren Schaden für die rechtsstaatlich einwandfreie Durchführung des Prozesses dar⁸. Der Entscheidungstenor macht entweder künftige Verbotsverfahren oder die nachrichtendienstliche Beobachtung extremistischer Organisationen unmöglich.

Argumentationshinweis:

Seither sieht sich jedenfalls die NPD in der politischen Auseinandersetzung bemüht zu behaupten, sie sei schließlich eine legale und zugelassene Partei; dies habe ihr das höchste deutsche Gericht ausdrücklich attestiert. Dazu ist festzustellen: Erstens gibt es in Deutschland keine „zugelassenen“ Parteien. Die Gründung von Parteien ist völlig frei und soll nach dem Willen des Gesetzgebers in größtmöglicher Staatsferne erfolgen, so dass eben deshalb keine irgendwie gearteten „Lizenzierungen“ erfolgen.

Zweitens erfolgte die Einstellung des Verfahrens im Wege einer „Prozessentscheidung“, und der Senat versicherte ausdrücklich, dass sowohl ein weiteres Verbotverfahren denkbar sei als auch, dass man in die inhaltliche Prüfung der Verfassungswidrigkeit der NPD nicht eingetreten sei. Insofern ist der NPD auch durch das gescheiterte Verbotverfahren ausdrücklich nicht ihre „Legalität“ bescheinigt worden.

6.3.2 Informieren, Aufklären, Argumentieren!

Zum *Informieren* gehört – gegen Betroffenheitsrhetorik und Verzerrungen in der Mediendarstellung – die Bereitschaft zur nüchternen Einschätzung. Sie muss die Asymmetrien des Problems herausstellen, ohne zu verharmlosen.

Dazu gehört sachliche Information über die Fähigkeiten und Grenzen des rechtsextremistischen Potenzials. Dazu gehört auch eine realistische Einordnung und Bewertung der von ihm ausgehenden Gefahren: Für ausländisch aussehende Menschen kann unter bestimmten Umständen Rechtsextremismus individuell lebensgefährlich sein, während in dieser Hinsicht Linksextremisten verlässlich harmlos sind. Umgekehrt ist der Rechtsextremismus weder zur Sprengung internationaler Politikanlässe, noch zur flächendeckenden Verwüstung von Innenstädten oder zur reihenweisen Verübung systematischer Brandanschläge in der Lage. Es ist notwendig, solche Unterschiede zu betonen, ohne die eine oder andere Seite zu verharmlosen.

Schließlich tut *Aufklärung* über die Fernziele der „netten Nazis von nebenan“ not. Welche Folgen die Umsetzung von NPD-Programmatik haben kann, lässt sich leicht plastisch darstellen. Anspruchsvoller ist es, gegenüber geeigneten Zielgruppen die Differenz zwischen demokratischen und rechtsextremistischen Zielen auf der Grundwerteebene zu vermitteln. Auch hier sollte von Belehrungen und Vorhaltungen mit volkspädagogischem Gestus gerade in den neuen Bundesländern und gegenüber jüngeren Menschen, die bevorzugte Klientel der Rechtsextremisten sind, Abstand genommen werden.

Schließlich ist zu *argumentieren*: Die offensive positive Herausstellung westlicher und demokratischer Werte ist der bloßen defensiven Widerlegung des rechtsextremistischen Angebots vorzuziehen. Von der Attrakti-

vität eines politischen Konzepts, dass auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenwürde und wirtschaftlichem Wohlstand gründet, darf man schon aus historischen Gründen überzeugt sein. Es auch gegen rechtsextremistische totalitäre Verführung zu vermitteln ist Aufgabe und Herausforderung für politische Bildung.

- 1| *NPD-Broschüre, Argumente für Kandidaten und Funktionsträger, a.a.O., S. 8,*
- 2| *Dies waren vor allem in den 1990er Jahren Parolen des norddeutschen „Kommunistischen Bundes“ (KB), aus dem eine Reihe von Politikern und Bundestagsabgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen und der Partei „Die Linke“ stammen. Die ziemlich pathologischen Vorstellungen dieser Kreise können heute in dem zwischen Links- und Rechtsextremisten alljährlich zelebrierten Wettbewerb um die Deutungshoheit zum Luftangriff auf Dresden am 13. Februar 1945 besichtigt werden. Während die NPD im Landtag von „Bomben-Holocaust“ schwadroniert, fordern „antideutsche“ Autonome „Deutsche Täter sind keine Opfer“ und „Bomber-Harris: Do it again“. Zu den „Antideutschen“ vgl. die Beiträge von Sena Ceylanoglu, „Linksextremismus in Deutschland heute“ und vom BfV, „Massiver ideologischer Streit zum Nahost-Konflikt unter Linksextremisten“, in: BMI (Hg.), *Extremismus in Deutschland*, Berlin 2004.*
- 3| *Dazu ist ein Blick in Nachbarländer hilfreich. In Frankreich ist der Begriff „patrie“ fest im republikanischen Wertsystem verankert. Obgleich die französischen Rechtsextremisten des „Front national“ ihn ebenfalls verwenden, käme kaum jemand auf den Gedanken, ihn mit rechtsextremistischen Inhalten zu identifizieren.*
- 4| *Protokoll des XIII. Plenums des Exekutivkomitees der Komintern, Dezember 1933, Moskau/Leningrad 1934, S. 277.*
- 5| *BfV, Symbole und Zeichen der Rechtsextremisten, Köln, November 2006.*
- 6| *Ausführlich zum NPD-Verbotverfahren: Lars Flemming, „Das gescheiterte NPD-Verbotverfahren – Wie aus dem ‚Aufstand der Anständigen‘ der ‚Aufstand der Unfähigen‘ wurde“, in: Uwe Backes / Eckhard Jesse (Hg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie 2003*, Baden-Baden 2003, S. 159-176.*
- 7| *Es handelte sich um einen Bombenanschlag auf eine Gruppe russlanddeutscher jüdischer Aussiedler, einen Brandanschlag auf die Düsseldorfer Synagoge sowie den Tod durch Ertrinken eines Jungen, dessen Vater aus einem arabischen Land stammte, in Sebnitz (Sachsen); letzterer Vorfall wurde von der „Bild“-Zeitung örtlichen Skinheads zur Last gelegt. Bei dem Bombenanschlag weisen die polizeilichen Ermittlungen auf einen allgemein kriminellen (mafiosen) Hintergrund, als Brandstifter an der Synagoge konnten zwei arabischstämmige Jugendliche ermittelt werden, insofern handelte es sich hier um muslimischen Antisemitismus. Die Ermittlungen zum Todesfall in Sebnitz ergaben einen Unfall; ein Fremdverschulden konnte nicht festgestellt werden. Der Bericht der „Bild“-Zeitung erwies sich als frei erfunden.*
- 8| *Entscheidung des BVerfG vom 18. März 2003; im Internet unter <http://www.extremismus.com/dox/bvg10.htm>; die hier zit. Passagen besonders S. 13 und 16. Ein Teil des Senats trat diesem Tenor nicht bei. Er sah kein unüberwindliches Verfahrenshindernis, sondern wies darauf hin, dass Gericht habe durch Ermittlung des Sachverhalts die offenen Fragen aufklären und über den Verbotsantrag in jedem Falle positiv oder negativ entscheiden müssen.*

7. ANHANG: AUSGEWÄHLTE EINFÜHRENDE LITERATUR

Rechtsextremismus hat umfangreich Aufmerksamkeit in Wissenschaft und Publizistik gefunden. Nicht alle Veröffentlichungen sind indessen empfehlenswert, da viele von Linksextremisten stammen.

Über die aktuellen verfassungsfeindlichen Ziele von Rechtsextremisten informieren - mit entsprechenden Belegen - die Verfassungsschutzberichte des Bundes und der Länder. Sie sind durchweg im Internet abrufbar. Auf den Homepages der Behörden findet sich auch häufig als PDF-Dateien vorgehaltene weiterführende Literatur zu einzelnen Facetten des Rechtsextremismus.

Für einen erweiterten Überblick sind zu empfehlen:

- *TORALF STAUD, Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD.* – Köln: Kiepenheuer & Witsch, 2005; eine journalistisch geschrieben, doch instruktive Darstellung der Ziele und Verflechtungen des rechtsextremistischen Bündnisses.

- *MARC BRANDSTETTER, Die NPD im 21. Jahrhundert.* – Marburg: Tectum Verlag, 2006; diese Gesamtdarstellung leidet etwas darunter, dass sie die neonationalsozialistische Ausrichtung der NPD nicht genügend problematisiert.
- *HENDRIK STEGLICH, Die NPD in Sachsen – organisatorische Voraussetzungen ihres Wahlerfolges 2004.* – Göttingen: V & R Unipress GmbH, 2005.
- *ANDREAS KLÄRNER / MICHAEL KOHSTRUCK (HRSG.), Moderner Rechtsextremismus in Deutschland.* – Hamburg: Hamburger Edition, 2006; differenzierte Darstellung auf hohem Abstraktionsniveau, im Programm der Bundeszentrale für Politische Bildung.
- *KATHARINA BEIER / JENNY BOGITZKY / HUBERTUS BUCHSTEIN / KATHARINA FEIKE / BENJAMIN FISCHER / PIERRE FREYBER / MATHIAS STRÜWING / TIM WIEDEMANN, Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns.* – Greifswald: Steinbecker Verlag 2006.
- *HARALD BERGSDORF, Die neue NPD – Antidemokraten im Aufwind.* – München: Olzog Verlag, 2007; eine aktuelle, faktenreiche und datengesättigte Einstiegslektüre zur NPD.
- *UWE BACKES / HENDRIK STEGLICH (HRSG.), Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei.* – Baden-Baden: Nomos Verlag, 2007; der umfassend angelegte Band behandelt Rahmenbedingungen, Strategien, Umfeld und Ideologie der Partei, er enthält u.a. Analysen der Kommunalpolitik der NPD in Mecklenburg-Vorpommern und in Sachsen sowie eine Untersuchung der Landtagsarbeit in Sachsen.
- *RICHARD STÖSS, Rechtsextremismus im vereinten Deutschland,* 3. Aufl., Berlin 2000; die von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebene Studie eignet sich – obgleich einige Jahre alt – wegen ihrer abgewogenen und empirisch durch zahlreiche Tabellen und Grafiken bereicherten Darstellung nach wie vor für Praktiker der politischen Bildung.

DER AUTOR

Dr. Rudolf van Hüllen studierte Politische Wissenschaften, Neuere Geschichte und Jura. Magister Artium und Promotion in Bonn. Nach Tätigkeit in der Politischen Bildung war er von 1987 bis 2006 Referent/Referatsleiter im Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln.